

## Vorwort



Foto: photothek.net / Thomas Köhler

## Gegen Spaltung. Für Gerechtigkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Angriffe und Alternativen – unter diesen Schlagworten lässt sich die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion zusammenfassen. Nach zwei Jahren können wir sagen: wir haben die Feuerprobe in der Opposition bestanden. Unsere Halbleistungsleistung kann sich sehen lassen.

Mehr und mehr wird deutlich, dass unsere Attacken der schwarz-gelben Bundesregierung getroffen haben. Die Kanzlerin und die Koalition aus Union und FDP haben massiv an Vertrauen verloren. Kein Wunder: sie haben mit dreier Klientelpolitik und ungezählten Kehrtwenden für Chaos und Verunsicherung gesorgt. Gleichzeitig ist Frau Merkel die Kanzlerin des Stillstands.

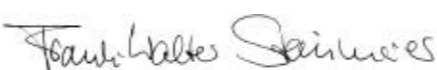
Wichtige Reformen wurden verwässert und verschleppt, der *Herbst der Entscheidungen* war bestenfalls ein Werbegag.

Kritisieren allein reicht aber nicht. Die SPD trägt als größte Oppositionspartei politische Verantwortung. Deshalb formulieren wir sozialdemokratische Alternativen zu Schwarz-Gelb: für mehr Gerechtigkeit, und gegen eine Spaltung der Gesellschaft. Unter dem Titel *Deutschland 2020 – Vollbeschäftigung, Fortschritt, Lebensqualität im neuen Jahrzehnt* haben wir ein ambitioniertes Arbeitsprogramm vorgelegt. Wir stellen uns den zentralen Zukunftsfragen, entwickeln politische Vorschläge und tragfähige Lösungsansätze.


**SPD**  
 BUNDESTAGS  
 FRAKTION

Opposition ist Regierung im Wartestand. Wir bereiten uns auf die Regierungsübernahme 2013 vor. Denn dieses Land hat Besseres verdient als die schwarz-gelbe Chaostruppe: sozialdemokratische Politik mit Augenmaß, die sich den Herausforderungen der Zukunft stellt und den sozialen Zusammenhalt bewahrt.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Frank-Walter Steinmeier  
 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

## Bericht der SPD-Bundestagsfraktion

Chronologie eines politischen Desasters

## Das Versagen von Schwarz-Gelb

**Erster Akt Herbst 2009:  
 Abenteuerlicher Fehlstart**

Angekündigt war eine Wunschkoalition. Die Traumhochzeit von Schwarz-Gelb wurde allerdings im Eiltempo zum Alptraum für Deutschland. Die neue Koalition war auf das Regieren nicht vorbereitet. Beispielloser Dilettantismus herrschte schon bei den Koalitionsverhandlungen. Es war ein Warnschuss, als der „Spiegel“ Ende Oktober 2009 „Vorsicht, Schwarz-Gelb“ titelte und den „abenteuerlichen Fehlstart der neuen Koalition“ beschrieb.

**Koalitionsvertrag ohne Kompass und Klärung**  
 Schwarz-Gelb legte einen Koalitionsvertrag vor, der nichts regelt und wahre Ziele verschleiert. Kanzlerin Merkel gab eine Regierungserklärung, die nichts erklärt. Die Koalition konnte und wollte nicht erklären, wie sie die Versursacher der Finanzmarktkrise an den Folgekosten beteiligen will. Sie konnte und wollte nicht sagen, wie sie milliardenschwere Steuergeschenke auf Pump finanzieren will. Sie konnte und wollte keine Entscheidung über die Kopfpauschale im Gesundheitssystem. Sie konnte und wollte nicht beantworten, wie bei einem hoch verschuldeten Haushalt auch noch ein milliardenschwerer Sozialausgleich zu bezahlen ist. Vor einem finanz- und wirtschaftspolitisch schwierigen Jahr stand Schwarz-Gelb ohne jede Orientierung da.

**Ministerrücktritt im Eiltempo,  
 Koalition der Negativrekorde**

Der Rücktritt von Franz Josef Jung war unausweichlich. Er hatte als ehemaliger Verteidigungsminister schwere Versäumnisse bei der Information des Parlaments über den Luftangriff in Kundus am 4. September zu verantworten. Dabei ging es auch um die Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Kontrolle der Bundeswehrein-sätze und um die Aufklärung militärischer Entscheidungen, die viele zivile Opfer gefordert haben. Diese Bundesregierung stellte eine Serie von Negativrekorden auf: Handlungsunfähigkeit in Rekordzeit, Ministerrücktritt in Rekordzeit und ein unfassbar großes Maß an sozial- und finanzpolitischer Verantwortungslosigkeit.

**Zweiter Akt Januar 2010:  
 Vorhang auf zur Klientelpolitik**

Die erste wesentliche Maßnahme der Bundesregierung war das so genannte *Wachstumsbeschleunigungsgesetz*, das in der Sachverständigenanhörung von nahezu allen Experten abgelehnt wurde: Ohne Wirkung auf das Wirtschafts-

wachstum, verfassungsrechtlich zweifelhaft in der Überprivilegierung von ausgesuchten Gruppen, finanzpolitisch verantwortungslos bei schuldenfinanzierten Steuersenkungen. In der Sache ein Klientelbefriedigungs- und Schuldenbeschleunigungsgesetz.

Der Auftakt zur schwarz-gelben Klientelpolitik war gemacht. Zugleich wurden einflussreiche Positionen in den Ministerien mit Lobbyisten besetzt. Minister Rösler machte Christian Weber, vormals Vize-Direktor des Verbands der Privaten Krankenversicherungen, zum Abteilungsleiter für Grundsatzfragen der Gesundheitsreform. Ein Mann, der in seiner vorigen Funktion für nur 10 % der Versicherten zuständig war, entscheidet nun über die finanzielle Belastung der übrigen 90 % der GKV-Versicherten. Peter Sawicki hingegen, Leiter Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen und bei der Pharmalobby verhasst, wurde von Rösler observiert. Umweltminister Röttgen machte den ehemaligen Atomlobbyisten Gerald Hennenhöfer zum Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium. Ein Schlüsselposten für die Verhandlungen mit der Atomwirtschaft.

**Die Mövenpick-Parteien –  
 1 Milliarde an Steuergeschenken**

Der Gipfel der Steuergeschenke, die ab 2010 gelten, ist und bleibt das Hotelsteuerprivileg. Das hat eine Vorgeschichte: Zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 hat die Düsseldorfer Substantia AG der FDP 1,1 Mio. Euro überwiesen. Diese Summe ist eine der höchsten Parteispenden in der Geschichte der Partei. Hinter der Substantia AG steht einer der reichsten Deutschen, August Baron von Finck. Die Familie Finck ist Mit-eigentümerin der Mövenpick Gruppe, die in Deutschland 14 Hotels betreibt. Auch die CSU wurde mit Großspenden bedacht. Die Gegenleistung kam prompt mit der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen von 19 auf 7 %. Rund eine Mrd. Euro zu Lasten von Bund, Ländern und Kommunen. Und das in einer Zeit höchster Finanznot.

**Folgen für den Haushalt**

Insgesamt verursachen die schwarz-gelben Steuergeschenke Mindereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden von gut 10 Mrd. Euro. Dabei entfallen auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz rd. 8,5 Mrd. Euro. Daneben führt insbesondere die Rücknahme der Besteuerung der Funktionsverlagerungen zu hohen Steuerausfällen, die sich nach Einschätzung der Kommunalen Spitzenverbände auf von rd. 1,8 Mrd. Euro belaufen. Die Kommunen sind insgesamt mit Ausfällen in Höhe von 2,2 Mrd. Euro betroffen. Zugleich aber predigt Angela Merkel bis heute Ländern und Kommunen die *Bildungsrepublik* und fordert mehr Leistungen für Kinder-

gärten, Schulen und Hochschulen. Das ist nichts anderes als schamloser Betrug. Denn sie schlägt denen, die in Bildung investieren müssen, ein dauerhaftes Loch in den Haushalt.

**Dritter Akt Frühjahr 2010: Warten auf Godot –  
 Nichtregierungsorganisation Merkel**

Im ersten Halbjahr 2010 verweigerte die Regierung Merkel die Arbeit. Alle Entscheidungen wurden vertagt, Kommissionen einberufen, die nur den einen Zweck erfüllen sollten, Beschlüsse aufzuschieben. Der Grund war denkbar einfach: Union und FDP hatten *Angst vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen*. Man wusste, dass es für Steuergeschenke auf Pump, für Kopfpauschale und Ausstieg aus Atomausstieg keine Mehrheiten gibt. Und man wollte den Wähler betäuben und einlullen wie schon vor der Bundestagswahl 2009. Die Medien schrieben über die *Nichtregierungsorganisation Merkel*. Auch international war Deutschland mit dem neuen Außenminister Westerwelle nicht mehr wahrnehmbar. In Europa geriet die Bundesregierung ins Abseits. Schließlich platzte auch dem geduldigsten Beobachter der Kraken. Dauerzank auf unterstem Niveau und Chaos in Permanenz haben zum verheerenden öffentlichen Urteil geführt: *Seit dem Frühjahr 2010 hat eine Mehrheit der Deutschen Schwarz-Gelb das Vertrauen entzogen. Die Koalition bekäme keine Mehrheit mehr. Die FDP fiel in der Wählergunst von 15 auf 5 %*. Rot-Grün ist wieder als glaubwürdige Alternative präsent. Das Ergebnis des Nichthandelns vor lauter Angst vor dem Wähler ist ein politisches Debakel: Bei den Wahlen in NRW ist Schwarz-Gelb grandios gescheitert. Innenpolitisch ist Merkel und Westerwelle damit die Mehrheit für schuldenfinanzierte Steuersenkungen, für die Kopfpauschale und für den Ausstieg aus dem Atomausstieg verloren gegangen.

**Versagen in der Griechenland- und Eurokrise**

Die Regierung Merkel hat in der Griechenland- und der damit einhergehenden Eurokrise auf dramatische Weise versagt. Jeder Tag der von Merkel beförderten Unklarheit führte zu weiteren Zinserhöhungen durch die Spekulanten an den Finanzmärkten. Das Risiko für den Steuerzahler wuchs um viele Mrd. Euro, weil Merkel unangenehme Wahrheiten bis nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen verschieben wollte. Sie hat europäische Entscheidungen verschleppt und verschleiert. Sie hat rasche und wirksame Antikrisenmaßnahmen ausgebremst. Merkel hat Deutschland dadurch in Europa isoliert und den Verlust von Ansehen und Einfluss aus innpolitischem Kalkül billigend in Kauf genommen.

**An der Grenze des politischen Betrugs**

Merkel beförderte dabei ein unwürdiges Schauspiel um die finanziellen Hilfen für Griechenland.



Schon nach nur 2 Jahren hat Schwarz-Gelb eine enorme Schadensbilanz zu verantworten

Während Boulevardmedien mit Halbwahrheiten und Lügen gegen Griechenland Stimmung machten und einzelne schwarz-gelbe Politiker das Kesselreihen anheizten mit der Aufforderung, die Griechen sollten ihre Inseln verkaufen, blieb Merkel stumm. Um es klar zu sagen: Sie war Trittbrettfahrerin der antigriechischen Kampagne und hat dabei die deutsche Öffentlichkeit hinter Licht geführt. Wochenlang verweigerten Merkel, Westerwelle und Schäuble dem Deutschen Bundestag klare Auskunft. Vor der Wahl in NRW wurde gesagt: 22,4 Mrd. Euro Garantien und keinen Cent mehr. Bereits zwei Tage nach der Wahl wuchs die Kreditbürgschaft auf 147 Mrd. Euro an. Das ist mehr als Führungsversagen. Es ist kühl kalkulierter politischer Betrug und die gezielte Missachtung der Rechte des Parlaments.

#### Die Nettolüge – FDP blamiert

Von der großspurig verkündeten Steuerreform mit angeblichen Entlastungen für die Mittelschicht und für kleine Einkommen ist nichts übrig geblieben. Die FDP-Minister sind bis auf die Knochen blamiert. Vizekanzler Guido Westerwelle, der keinen Koalitionsvertrag ohne massive Steuerentlastungen unterschreiben wollte, stand mit leeren Händen da. Er hat nicht ein einziges seiner politischen Versprechen gehalten. Die angekündigten Einschnitte bei Arbeitslosen und Familien, steigende Sozialabgaben und höhere kommunale Gebühren führen im Gegenteil dazu, dass viele Menschen noch weniger Geld übrig haben.

#### Zwischenspiel Bundespräsidentenwahl – Schwarze Parteitaktik

Ende Mai 2010 trat überraschend Bundespräsident Horst Köhler zurück, der 2004 von Merkel

und Westerwelle als Kandidat eines schwarz-gelben Machtwechsels inthronisiert worden war. „Der Bundespräsident wirft hin und lässt die Bürger ratlos zurück“, schrieb Die Zeit. Die Bundesversammlung musste also Ende Juni einen neuen Präsidenten wählen.

#### Keine Kraft für einen überparteilichen Kandidaten

Die öffentliche Stimmung mit dem Vertrauensverlust in die schwarz-gelbe Koalition weckte den Wunsch nach einem überparteilichen Kandidaten. In einer Zeit, in der Enttäuschung und Verunsicherung über die etablierte Politik wuchsen, in der zugleich aber eine neue Welle der Politisierung bis tief ins bürgerliche Milieu zu spüren ist, wäre das richtige Signal ein überparteilicher Kandidat gewesen. SPD und Grüne haben Angela Merkel einen Kandidaten vorgeschlagen, der sich gerade nicht passgenau in irgendein koalitionsstaktisches Kalkül fügt, sondern Kraft seiner Persönlichkeit niemanden schont, vielmehr überzeugend und gewinnend die Grundsatzzfragen unseres Gemeinwesens aufgreift. Joachim Gauck hätte dem Amt, der Demokratie und Deutschland gut getan. Auch im Urteil der Medien: Der „bessere Präsident“.

Merkel kam schließlich beschädigt aus den erforderlichen 3 Wahlgängen heraus. Nicht nur, weil viele im schwarz-gelben Lager ihr einen Denkkzettel verpassen wollten. Sondern vor allem, weil sie nicht die Kraft und Souveränität aufbrachte, anders als parteitaktisch zu agieren. Das System Merkel betrieb Schadensbegrenzung zum Selbsterhalt, ohne Blick auf die Stärkung der Demokratie. Viele enttäuschte Menschen registrierten einfach nur die Arroganz der Macht.

*Der Spiegel im Juni 2010 zu Schwarz-Gelb: „Aufhören!“*

#### Vierter Akt: Herbst der Fehlentscheidungen – Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft

Seit Sommer 2010 forcierte Angela Merkel die Bedienung der eigenen Klientel. Ob Haushalts-, Sozial-, Gesundheits- oder Energiepolitik, mit den Beschlüssen der Koalition wird soziale Ungerechtigkeit verschärft, werden neue Privilegien und Begünstigungen eingeführt und Zukunftschancen blockiert. Die Konjunktur hat sich im zweiten Quartal des Jahres erholt, der Arbeitsmarkt bleibt stabil – doch die Bundesregierung hat nichts dazu beigetragen. Sie sonnte sich im Licht von Entscheidungen der Vorgängerregierungen, in denen die Handschrift der SPD deutlich erkennbar ist. Arbeitsmarktreformen, bessere Vermittlung, mehr Bildungschancen, Stärkung der Kommunen, Konjunkturprogramme gegen die Krise und ein Schutzschirm für Arbeit durch die Regelungen der Kurzarbeit – 2008 und 2009 hat die FDP gegen alles gestimmt, was Arbeitsmarkt und Wachstum stabilisieren half, die Union hat gezögert und gezaudert.

#### Sparpaket – Handbuch der sozialen Spaltung

Die von Schwarz-Gelb mit dem Bundeshaushalt 2011 vorgelegten Maßnahmen zur Haushaltseinsparungen treffen vor allem Arbeitslose und Familien. Bei den Jobcentern wird gespart, darunter wird die Vermittlung leiden. Für Transfergeldempfänger werden die Beiträge in die Rentenversicherung ersatzlos gestrichen. Das Elterngeld wird für Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen und daher bisher den Sockelbetrag von 300 Euro erhalten haben, zukünftig gestrichen. Diesen Familien stehen im ersten Lebensjahr ihres Kindes 3.600 Euro weniger zur Verfügung. Rund 130.000 Familien sind davon betroffen, darunter etwa 47.000 Alleinerziehende, in der Mehrzahl Frauen. Es wird bei denjenigen gekürzt, die ohnehin am wenigsten haben, die Gutverdienenden werden nicht einbezogen. Dies gilt auch für die Beteiligung der Spitzenverdiener und Vermögenden an der Finanzierung von Bildungschancen. Der Haushaltsplan enthält umfangreiche Luftbuchungen, wo es um die Beteiligung der Finanzbranche an den Kosten und Folgekosten der Krise geht. Die Finanztransaktionssteuer steht in den Sternen. Merkel treibt die soziale Spaltung in Deutschland voran.

#### Kopfpauschale und Zweiklassenmedizin

Ein Jahr FDP in der Bundesregierung bedeutete: Gesundheit wird teurer, die Versorgung aber nicht besser. Der Beitragssatz stieg von 14,9 % auf 15,5 %. Zudem sollen die Beitragssätze der Arbeitgeber festgeschrieben werden. In Zukunft werden steigende Gesundheitskosten über den Zusatzbeitrag allein von den Arbeitnehmern getragen. Die paritätische Finanzierung der Gesundheitskosten wird damit zu Grabe getragen, der Einstieg in die unsolidarische Kopfpauschale durch die Hintertür vollzogen. Nicht zuletzt: Merkel und Westerwelle sind der Wahllüge überführt. Sie haben mehr Netto versprochen. Stattdessen müssen alle Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen mehr zahlen.

#### Atomdeal – Milliarden für AKW-Betreiber, Proteste auf der Straße

Die energiepolitischen Beschlüsse vom Herbst 2010 feierten Merkel und Westerwelle großspurig als „Revolution“, als „epochal“. In Wahrheit bedienten sie vor allem die vier großen AKW-Betreiber und wurden – da es im Bundesrat keine Mehrheit gibt – unter Umgehung der Länder durchgesetzt. Umweltminister Röttgen sagte selbst, dass eine Laufzeitverlängerung im Umfang, wie sie den großen Versorgern zugesagt wurde, ohne Beteiligung der Länder die Verfassung bricht. Die Folge: Ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, Ende der Rechtssicherheit für die Energiversorger, Vertrauensbruch der Politik. Merkel aber wollte, dass die 17 Atommeiler bis zu 14 Jahre länger laufen. Weil die zunehmende Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren nicht ausreichend berücksichtigt wurde, hätten die AKW ihre zugeteilten Strommengen pro Jahr nicht voll ausschöpfen können. Einzelne Meiler wären somit bis 2040 gelaufen. Damit verhielt Merkel den vier Energiemonopolisten, die Deutschland unter sich aufgeteilt haben, selbst nach zurückhaltenden Berechnungen (mit konstantem Strompreis) Zusatzgewinne von rund 60 Mrd. Euro. Berechnungen des Öko-Instituts, die eine realistische Anhebung der Strompreise einkalkulieren, kamen auf noch wesentlich höhere Zusatzgewinne. Fazit: Merkel sabotierte die von Rot-Grün 1998 begonnene Energiewende, zerstörte den Atomausstiegskonsens von 2000 und brach einen gesellschaftlichen Großkonflikt neu auf.

Der Kernschmelze in den den Reaktorblöcken der japanischen Atomanlagen in Fukushima im März führte auch in Deutschland zu einer Schockwelle. Schon einmal, 25 Jahre zuvor, hatte eine Atomkatastrophe großes Entsetzen ausgelöst. Tschernobyl wurde zum zentralen Lernort der Energiepolitik. Am 14. Mai 1986 sagte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, unter höhnischen Zwischenrufen aus den Reihen der CDU, der Zeitpunkt zum Umdenken sei gekommen: „Wir lehnen den weiteren Ausbau der Atomenergie ab. Die Nutzung der vorhandenen Kernenergiewerke ist nur noch für die Übergangszeit zu verantworten.“ Die SPD beschloss den Atomausstieg und setzte ihn gemeinsam mit den Grünen ab 1998 durch. Union und FDP brauchten 25 Jahre länger, um ihren Irrtum einzugestehen. Merkel reagierte nach Fukushima jedoch ohne das Parlament und rief ein zweifelhaftes Moratorium aus, um die sieben ältesten AKW abzuschalten. Die Energieversorger klagten gegen den Eingriff. Deutschland geriet politisch in ein Energiechaos. Die 180-Grad-

#### Fünfter Akt Frühjahr 2011: Offenbarungseid und Bankrotterklärung einer Koalition

Im Frühjahr 2011 kam für Merkel und Westerwelle die Quittung nach anderthalb Jahren Versagen. In Hamburg gewann die SPD die absolute Mehrheit. In Baden-Württemberg stürzte die CDU, eine grün-rote Mehrheit übernahm die Regierung. Guido Westerwelle war selbst für die FDP als Parteivorsitzender und Vizekanzler nicht mehr tragbar. Sein Nachfolger Philipp Rösler kündigte an, jetzt werde politisch „geliefert“, und musste sich gleich darauf bei den Entscheidungen zur Energiepolitik demütigen lassen. Und Merkel? Sie erlebte ihr Waterloo. Die Laufzeitverlängerung abgesagt, das Sparpaket haltlos, stattdessen Einnahmeverluste und Mehrausgaben. Der groß inszenierte „Herbst der Entscheidungen“ wurde kleinlaut revidiert, wie die Rückrufaktion eines defekten Produkts.

#### Fukushima März 2011 – Atomchaos und schwarz-gelbe Irrtumsbereinigung

Die Kernschmelze in den den Reaktorblöcken der japanischen Atomanlagen in Fukushima im März führte auch in Deutschland zu einer Schockwelle. Schon einmal, 25 Jahre zuvor, hatte eine Atomkatastrophe großes Entsetzen ausgelöst. Tschernobyl wurde zum zentralen Lernort der Energiepolitik. Am 14. Mai 1986 sagte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, unter höhnischen Zwischenrufen aus den Reihen der CDU, der Zeitpunkt zum Umdenken sei gekommen: „Wir lehnen den weiteren Ausbau der Atomenergie ab. Die Nutzung der vorhandenen Kernenergiewerke ist nur noch für die Übergangszeit zu verantworten.“ Die SPD beschloss den Atomausstieg und setzte ihn gemeinsam mit den Grünen ab 1998 durch. Union und FDP brauchten 25 Jahre länger, um ihren Irrtum einzugestehen. Merkel reagierte nach Fukushima jedoch ohne das Parlament und rief ein zweifelhaftes Moratorium aus, um die sieben ältesten AKW abzuschalten. Die Energieversorger klagten gegen den Eingriff. Deutschland geriet politisch in ein Energiechaos. Die 180-Grad-

Wende der Politik innerhalb weniger Monate setzte den Industriestandort, der Versorgungssicherheit und Planbarkeit von Investitionen braucht, einer beispiellosen Belastungsprobe aus. Mit acht Gesetzentwürfen – von der abermaligen Atomgesetznovelle über die Novelle des EEG bis zum Netzausbau – versuchte die Bundesregierung schließlich an die rot-grüne Energiewende wieder anzuknüpfen. Irrtumsbereinigungsgesetze von Union und FDP.

Deutschland 2020 – Die Spaltung verhindern. Die Mitte stärken.

#### Das Projekt Zukunft

Die schwarz-gelbe Koalition und Kanzlerin Merkel können den Glaubwürdigkeits-, Vertrauens- und Autoritätsverlust der amtierenden Regierung nicht stoppen. Die Koalition zerfällt in einem beispiellosen Tempo. Deutschland ist politisch führungslos. Unser Land und Europa nehmen Schaden. Kritik daran ist nicht genug. Die Mehrheit der Menschen wünscht sich politische Vernunft und Verlässlichkeit. Das Land braucht wieder eine seriöse Regierung. Mit dem Arbeitsprogramm *Projekt Zukunft – Deutschland 2020* stellt die SPD-Bundestagsfraktion die Weichen für eine neue Regierungsmehrheit.

„Uns leitet die Idee der Emanzipation des Menschen durch Bildung und Arbeit.“ So haben wir auf der Klausur Anfang 2011 in Magdeburg formuliert. Unser Land darf unter völlig veränderten demografischen Bedingungen nicht auseinander fallen und Transfergesellschaft werden. *Wir wollen die Spaltung verhindern und die Mitte stärken.*

Deutschland soll eine Arbeitsgesellschaft von neuer Qualität werden. Erstmals seit Jahrzehnten haben wir die historische Chance, Vollbeschäftigung zu erreichen. Das ist unser Ziel: Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern zu besiegen.

#### Sieben Leitprojekte

- Ein neuer **Infrastrukturkonsens** für die Bereiche Verkehr, Bau, Energie und Telekommunikation durch Sören Bartol, der die Bereiche zusammenführt, mit Uwe Beckmeyer, Garrelt Duin und Matthias Miersch.
- Eine neue **Ordnung für Arbeit** einschließlich eines **Kreativpaktes** durch Anette Kramme, Sigmund Ehrmann und Lars Klingbeil.
- Ein **Steuer- und Finanzierungskonzept** durch Carsten Schneider und Nicolette Kressl.
- Das **Projekt Ganztagschule** durch Ernst-Dieter Rossmann.
- Das **Projekt Integration** durch Aydan Özoğuz.
- Das **Projekt Gleichstellung** durch Caren Marks Christel Humme.
- Das **Projekt einer neuen Generationenpolitik**, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Jüngeren und die aktive Teilhabe Älterer verbindet, durch Sabine Bätzing-Lichtenhäger und Franz Müntefering.

Jedes dieser Projekte ist eine Querschnittsaufgabe, die mehr als einen Arbeitsbereich umfasst. Genau dieser Blick über den Gartenzaun und dieses Zusammenführen von Kompetenzen muss unsere Methode sein. Für diese Querschnittsaufgaben werden wir zusätzliche Kapazitäten auf Arbeitsebene schaffen. Sie dienen dem Ziel, unsere Ideen für ein Land zu bündeln, in dem wir **nachhaltig wirtschaften, anders arbeiten und besser leben**. Wir werden die Menschen überzeugen – mit einem anspruchsvollen, weil visionären, mit einem glaubwürdigen, weil realistischen, mit einem zukunftsfähigen, weil nachhaltigen, mit einem richtungsweisenden, weil wertorientierten Regierungsprogramm. Wir laden die Engagierten und Interessierten in der Gesellschaft ein, mit uns das Projekt Zukunft zu gestalten.

Wirtschaft und Arbeit

### Die Krise bewältigt. Grundlagen des Aufschwungs gelegt. Für Vollbeschäftigung und gute Arbeit.

Die *Finanz- und Wirtschaftskrise* hat unser Land vor enorme Herausforderungen gestellt, und Deutschland ist im internationalen Vergleich stark aus der Krise gekommen. Krisenmanagement und die Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Stützung und Modernisierung der Wirtschaft in den vergangenen Jahren waren die entscheidenden Voraussetzungen dafür. Die maßgeblich von der SPD durchgesetzten Maßnahmen tragen ihre Früchte: Der gegenwärtige Aufschwung findet nicht wegen, sondern trotz Schwarz-Gelb statt.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht für eine Wirtschaftspolitik, bei der es gleichzeitig um Gemeinwohl und Fortschritt geht. Im Gegensatz zur derzeitigen Regierung stellen wir die Weichen für eine Politik, die nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet. Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Januar 2010 der Tatenlosigkeit der schwarz-gelben Koalition ein **Konzept der wirtschaftlichen Vernunft** entgegengestellt. Ein Schlüssel für Wachstum und Arbeit von morgen ist eine gezielte Investitionsstrategie für die Zukunft. Dazu brauchen wir mehr öffentliche und private Investitionen. Mit einer Modernisierung traditioneller industrieller Zweige muss der Kurs der Wirtschaft ins Zeitalter der Energie- und Rohstoffeffizienz gesteuert werden. Darüber hinaus wollen wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sichern. Wir setzen uns weiter für eine gemeinsame europäische bzw. international koordinierte Wirtschaftspolitik ein.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht zum *Industriestandort Deutschland*. Im Industrieland Deutsch-

land kommt einem zukunftsfähigen Energiekonzept eine Schlüsselrolle zu. Die schwarz-gelbe Koalition hat durch ihre Entscheidung für eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken den bestehenden Ausstiegskonsens aufgekündigt und die von SPD und Grünen begonnene Energiewende konterkariert. Mit einer Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken wird insbesondere der Wettbewerb auf dem Strommarkt behindert. Die Markteintrittsbedingungen für neue Anbieter oder Investitionen von existierenden Marktakteuren werden so erheblich beeinträchtigt; die marktbeherrschende Stellung der großen Stromkonzerne wird – gerade auch zu Lasten der kommunalen Stromanbieter – zementiert.

Die Arbeitsgruppe Energie der Fraktion hat dem *Energieprogramm für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung* entgegengestellt, das die wesentlichen programmatischen Forderungen der SPD zusammenfasst. Das Programm nimmt Impulse aus vielen gesellschaftlichen Bereichen auf – Gespräche mit Unternehmen aus der gesamten Energiewirtschaft, sowohl kommunalen als auch privatwirtschaftlichen, und deren nachgelagerten Branchen sowie der energieverbrauchenden Industrie. Darüber hinaus gab es einen intensiven Dialog mit Verbraucherschützern und Naturschutzverbänden. In den vergangenen Jahrzehnten ist es nicht gelungen, einen parteiübergreifenden Energiekonsens herzustellen, der auch über Wahltermine hinaus Bestand hat. Doch gerade für Deutschland als stärkste Industrienation Europas ist ein solcher Konsens mit Blick auf die notwendige langfristige Investitions- und Versorgungssicherheit und damit zur Sicherung des Wirtschaftswachstums und des Wohlstandes unverzichtbar. Darüber hinaus müssen wir dafür sorgen, dass Strom, Wärme und Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland bezahlbar bleiben. Klimaverträglichkeit, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit gehören in den Blick. Die Risiken für Mensch und Umwelt sind so gering wie möglich zu halten. Zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung gehört neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien auch eine Steigerung der Energieeffizienz auf Seiten der Verbraucher und der Energieerzeuger. Wir brauchen einen klugen Mix aus Anreizen und Regeln, der die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützt, Energie so effizient wie möglich einzusetzen und hierdurch nicht nur Energie, sondern auch Geld zu sparen.

Wirtschaftspolitik kann nicht nur im nationalen Rahmen erfolgen, sie braucht auf der europäischen Ebene stärkere Transparenz und demokratische Legitimation. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union erfordert eine stärkere Balance von exportorientierter Wettbewerbsfähigkeit und Binnennachfrage in

allen Mitgliedsländern. Von Schwarz-Gelb kam über viele Monate hinweg kein substanzieller Vorschlag, um Konsequenzen aus der Finanzkrise zu ziehen, Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen, Spekulationen zu begegnen und die wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung der EU zu stärken. Wir setzen auf eine bessere wachstums- und beschäftigungsorientierte Koordination der *Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik in Europa*. Eine tiefergehende Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitiken auf europäischer Ebene ist in Zukunft unerlässlich, um weiteren Krisen vorzubeugen.

Auch für die 17. Legislaturperiode hat die SPD-Fraktion eine *Arbeitsgruppe Weltwirtschaft* eingesetzt. Denn die Globalisierung der Wirtschaft nimmt weiter zu und die Finanz- und Wirtschaftskrise hat weltweite Auswirkungen. Jeder fünfte Arbeitsplatz und sogar jeder dritte Industriearbeitsplatz hängt von der Exportwirtschaft ab. Dabei sind wir international hervorragend aufgestellt und profitieren von einem erleichterten Zugang zu internationalen Märkten. Fragen der Finanz- und Wirtschaftskrise, internationale Handelsabkommen, die WTO und die Schwerpunktsetzung der G-8- und G-20-Gipfeltreffen, aber auch die Export- und Außenwirtschaftspolitik der Bundesregierung stehen auf der Tagesordnung dieser Arbeitsgruppe.

Die SPD hat dafür gesorgt, dass in dieser Legislaturperiode wieder ein *Unterausschuss für regionale Wirtschaftspolitik* eingerichtet wurde. Damit haben wir einerseits signalisiert, dass die neuen Bundesländer aber auch strukturschwache Regionen im Westen gezielt Anreizprogramme für die Wirtschaftsförderung benötigen. Andererseits zieht sich der Staat nicht aus der Verantwortung, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu schaffen. Denn die Bedeutung der Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur wächst – vor allem auch durch das Auslaufen der Investitionszulage bis zum Jahr 2013. Die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung (GRW) stellt dann das einzige Instrument des Bundes für die regionale Wirtschaftsförderung dar. Die GRW wird zurzeit neu ausgerichtet. Schwarz-Gelb ist sich aber uneinig und hat keine Konzepte, wie die Gemeinschaftsaufgabe mit neuem Input strukturschwache Gebiete in den neuen und alten Bundesländern wirtschaftlich aufwerten könnte. So ist heute schon absehbar, dass die Förderung des Mittelstandes und der KMU weitergeschwächt wird. Sozialdemokratische Politik setzt auf innovative Wirtschaftsförderung und auf zusätzliche Finanzmittel für die Förderung der strukturschwachen Gebiete sowie des Breitbandausbaus. Mit verschiedenen Veranstaltungen haben wir deutlich gemacht, dass wir in Zeiten konservativer Regierungspolitik unser Augenmerk

gezielt auf die Unterstützung von Zukunftsstrukturen richten. Im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe *Leitmärkte der Zukunft* haben wir im Jahr 2010 zu den Themen *Elektromobilität, Gesundheitswirtschaft und Intelligente Netze* mit zahlreichen Gästen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik diskutiert. Anlässlich des Mittelstandspolitischen Tages im November 2010 konnten wir gemeinsam mit Vertretern kleinerer und mittlerer Unternehmen Erkenntnisse austauschen und wertvolle Anregungen aufnehmen.

### Tourismuspolitik

Die Tourismuswirtschaft ist eine der wichtigsten Wirtschaftsbranchen in Deutschland. Dieser Wirtschaftszweig zählt zu den innovativsten und beschäftigungsintensivsten Bereichen unseres Landes. In der Tourismuswirtschaft arbeiten rund 2,8 Mio. Beschäftigte. Die Anzahl der Gästeübernachtungen im Beherbergungsbetrieb kletterte im Jahr 2010 auf ein Rekordhoch von 380 Mio. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Vergangenheit auf die vielfältigen und ressortübergreifenden Aufgaben in der Tourismuspolitik mit zahlreichen parlamentarischen Initiativen reagiert. So wurden insbesondere die Förderung des Inlandmarketings, der Ausbau der Rahmenbedingungen für den Bauernhofurlaub und den Landtourismus, der Breitbandausbau in ländlichen Regionen, der Erhalt der Traditionsschifffahrt und die unzureichende Freizügigkeit des Reiseleitergewerbes in EU-Ländern aufgegriffen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die Förderung der Barrierefreiheit als integraler Bestandteil aller tourismuspolitischen und tourismuswirtschaftlichen Entscheidungen von besonderer Bedeutung. Aus der demographischen Entwicklung resultierend, werden wir uns auch weiterhin mit dem Thema Gesundheitstourismus intensiv beschäftigen. Arbeitsbedingungen, Ausbildung und Qualifizierung sind ebenfalls Gegenstand tourismuspolitischer Forderungen. So muss vor allem dem Fachkräftemangel im Gastgewerbe und der Ausbildung in dieser dienstleistungsintensiven Branche Beachtung geschenkt werden.

### Für gute Arbeit

Gute Arbeit muss den Menschen eine Perspektive geben, gute Arbeit darf nicht krank machen, muss Entwicklungsmöglichkeiten bieten, sie muss Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, Wissen aufzufrischen, Versäumtes nachzuholen und Neues zu lernen. Gute Arbeit heißt auch gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gute Arbeit muss anständig bezahlt werden, Anerkennung geben und Teilhabe ermöglichen. Dies ist die Leitlinie der SPD-Fraktion für unsere parlamentarischen Initiativen zum Arbeitsrecht.

Wir wollen einer Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen durch schlechte Löhne, feh-

lende Absicherung, erzwungene Befristungen oder Teilzeitbeschäftigung und durch Missbrauch von Leiharbeit entgegenwirken. Wir wollen für den Arbeitsmarkt der Zukunft den Niedriglohnssektor zurückdrängen und das Normalarbeitsverhältnis gegenüber atypischer Beschäftigung stärken. Wir brauchen Perspektiven für einen öffentlichen Beschäftigungssektor und für eine Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung, der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Arbeitsmarktpolitik.

### Anstrengungen der Arbeitsvermittlung steigern

Wir müssen unsere Anstrengungen bei Bildung, Qualifizierung und Weiterbildung deutlich steigern, damit wir in Deutschland am Ende nicht zugleich einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und einen verfestigten Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit haben. Wir brauchen passgenaue Instrumente in der Arbeitsmarktpolitik, eine neue Vermittlungsoffensive mit einem besseren Verhältnis von Arbeitsvermittlern zu Arbeitsuchenden, gute Zusammenarbeitsstrukturen in den JobCentern und eine ausreichende Ausstattung der Arbeitsmarktpolitik mit finanziellen Ressourcen.

Die schwarz-gelbe Koalition hatte das Ziel, die JobCenter aufzulösen. Dem Nachdruck der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-regierten Ländern ist es zu verdanken, dass mit dem *Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung* und der dazugehörigen Grundgesetzänderung die bewährte Zusammenarbeit von Agenturen für Arbeit und Kommunen in gemeinsamen Einrichtungen bzw. JobCentern weiter möglich gemacht und auf eine tragfähige verfassungsrechtliche Grundlage gestellt sowie die Zusammenarbeit sogar intensiviert und verbessert werden konnte. Ebenso wurden die bestehenden Optionskommunen entfristet und in einem bestimmten Umfang weitere Optionen ermöglicht. Die Rahmenbedingungen für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen wurden durch die vereinbarte Entfristung von 3.200 Stellen in den gemeinsamen Einrichtungen, die gesetzliche Fixierung eines Betreuungsschlüssels von 1:75 bzw. 1:150 und die Entsperrung von Haushaltsmitteln in Höhe von 900 Mio. Euro verbessert.

Wichtig für eine gute Arbeitsmarktpolitik ist eine sachgerechte Ausrichtung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums und des Leistungsrechts. Mit dem Antrag *Arbeitsmarktpolitik erfolgreich fortsetzen und ausbauen* fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Regelungen zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung entfristet und verbessert, die Förderung der Alten- und Krankenpflegeausbildung verlängert, ein Verfahren zur Zertifizierung von Transfergesellschaften einführt, die Regelungen zum Transferkurzarbeiter-



Foto: Andreas Amann

Zweimal jährlich findet ein intensiver Gedankenaustausch mit den Betriebs- und Personalräten statt

geld optimiert sowie bewährten Regelungen zum Kurzarbeitergeld entfristet und ausbaut.

### Bessere Chancen für junge Menschen

Junge Menschen brauchen echte Perspektiven am Arbeitsmarkt. Wir fordern deshalb die Verlängerung des Ausbildungsbonus und die Vorlage eines Konzeptes, wie der Bekanntheit des Ausbildungsbonus erhöht werden kann. Aus Gerechtigkeitsgründen, aber auch aus Gründen der Chancengleichheit fordert die SPD in dem Antrag *Mehr Chancengleichheit für Jugendliche – Ferienjobs nicht als regelmäßiges Einkommen anrechnen* die Freistellung angemessener Einnahmen aus Schüler-Ferienjobs bei der Einkommensanrechnung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

### Öffentlich geförderte Beschäftigung

Die öffentlich geförderte Beschäftigung braucht eine gesicherte finanzielle Basis. Deshalb fordert die SPD-Fraktion eine auskömmliche Finanzierung der JobPerspektive, um auch Schwerstvermittelbaren eine Chance auf dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu geben.

### Gegen Kürzungen zu Lasten von Arbeitslosen

Haushaltskonsolidierung ist notwendig und unerlässlich, weil andernfalls die nächste Generation weit über Gebühr belastet würde. Die Frage, wer welche Lasten zu tragen hat, zeigt die Gerechtigkeit einer Gesellschaft. Die schwarz-gelbe Koalition schont die Verursacher der Finanzkrise, kürzt zugleich aber bei Arbeitslosen. Wir lehnen die Einschnitte ab, die mit dem Haushaltbegleitgesetz 2011 vorgenommen wurden: Wir fordern die Rücknahme der Anrechnung des Elterngeldes auf das Arbeitslosengeld II, keine Streichung des befristeten Zuschlages beim Übergang vom Arbeitslosengeld I in das Arbeitslosengeld II und keinen Wegfall der Versicherungspflicht der Bezieher von Arbeitslosengeld II in der gesetzlichen Rentenversicherung. Außerdem fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Rücknahme der massiven Einschnitte bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Sie sind nicht nur ungerecht, sondern auch beschäftigungspolitisch falsch. In



Ein fester Termin für die Mitglieder der Fraktion – die Kundgebung zum Equal Pay Day

der jetzigen Aufschwungphase gibt es gute Chancen auf Vollbeschäftigung. Dafür aber müssen wir dem gespaltenen Arbeitsmarkt entgegenwirken und mehr Menschen neue Zugänge zum ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.

#### Für einen gesetzlichen Mindestlohn

Der Niedriglohnbereich ist seit den 90er Jahren in Deutschland stark gewachsen, insbesondere in Bereichen, in denen Tarifvertragsparteien nicht oder nur schwach präsent sind. Dies bedeutet eine Herausforderung für den Staat, der unter einer Erosion der Einnahmehasis der Sozialversicherungen leidet. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro würde sich nicht nur die Einkommenssituation von fünf Mio. Menschen verbessern, auch der deutsche Staat könnte seine angespannte Haushaltslage mit mehr als 7 Mrd. Euro entlasten. Mit dem Mindestlohngesetz fordert die SPD-Fraktion einen flächendeckenden Mindestlohn, dessen genaue Höhe von einer Mindestlohnkommission bestimmt werden soll, der aber bei mindestens 8,50 Euro brutto je Stunde liegen muss. Die einzusetzende Mindestlohnkommission soll aus einem Vorsitzenden und acht weiteren Mitgliedern bestehen. Der Vorsitz und zwei weitere Mitglieder sollen vom BMAS berufen werden; Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände sollen je 3 Mitglieder aus ihren Kreisen vorschlagen. Nach erstmaliger Festsetzung des Mindestlohns durch die Kommission soll dieser jährlich zum 31. August angepasst werden.

#### Missbrauch der Leiharbeit bekämpfen

In mehreren Anträgen fordert die SPD-Fraktion besseren gesetzlichen Schutz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern. Leiharbeit ist zwar grundsätzlich ein sinnvolles Instrument zur Bewältigung von Auftragsspitzen und sollte deswegen nicht abgeschafft werden. Sie wird heute jedoch weniger als ein Instrument der Flexibilität denn zur Lohnrückerei genutzt. Für die Leiharbeit ist der von der SPD gegen den hartnäckigen Widerstand von CDU/CSU und FDP verhandelte Mindestlohn ein erster wichtiger Schritt in die

richtige Richtung. Der Mindestlohn verhindert extrem niedrige Löhne und schützt vor Dumpingkonkurrenz aus dem Ausland. Er trägt aber nicht dazu bei, den Lohnunterschied zwischen Leiharbeitern und Stammbesellschaften in höheren Entgeltgruppen zu verringern. Dies kann nur durch die Verwirklichung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erreicht werden. CDU/CSU und FDP haben eine gesetzliche Regelung für den Grundsatz *gleicher Lohn für gleiche Arbeit* jedoch blockiert. Deshalb sind Regelungen nötig, um den Missbrauch in der Leiharbeit zu unterbinden:

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit:** Einen wirklichen Durchbruch für bessere Arbeitsbedingungen in der Leiharbeit kann es nur geben, wenn alle Leiharbeitskräfte und Stammbesellschaften gleich behandelt werden und den gleichen Lohn bekommen. Dafür muss das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz so geändert werden, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz – vor allem das Prinzip *Gleiche Arbeit, gleicher Lohn* – ohne Ausnahme gilt.
- **Mehr Mitbestimmung:** Die Betriebsräte in den Entleihbetrieben brauchen wirksame Mitbestimmungsrechte für in ihrem Betrieb eingesetzte Leiharbeitskräfte. Solche Regelungen gibt es bislang nicht. Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss klargestellt werden, dass Leiharbeitnehmer nicht nur im Entleihbetrieb wählen dürfen, sondern auch mitzählen bei der Belegschaftsstärke, wenn die Überlassung länger als 3 Monate dauert.
- **Gleiche Teilhabe:** Leiharbeitnehmer müssen gleichen Zugang zu Gemeinschaftseinrichtungen (Kinderbetreuung, Gemeinschaftsverpflegung, Beförderungsmittel usw.) haben wie die Stammbesellschaft. Der Einsatz von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher muss gesetzlich verboten werden.
- **Konzernleihe einschränken:** Die Praxis der Konzernleihe muss durch gesetzliche Regelungen deutlich eingeschränkt werden.
- **Keine Verträge von Fall zu Fall:** Der Grundsatz, dass Leiharbeitnehmer bei wechselnden Unternehmen eingesetzt werden, aber unbefristet bei den Leiharbeitsunternehmen beschäftigt sind, muss wieder gelten. Deshalb muss die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) außerhalb der Probezeit untersagt werden.
- **Ein Platz, ein Jahr:** Nach einem Jahr sind Leiharbeitseinsätze zu beenden. Der Leiharbeitnehmer steht dann für einen neuen Einsatz in einem anderen Betrieb zur Verfügung. Sofern der Arbeitskraftbedarf im Entleihbetrieb über ein Jahr andauert, ist ein Rechtsanspruch auf eine Festanstellung dort angemessen.

#### Mehr Mitbestimmung

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf *Demokratische Teilhabe*

*von Belegschaften und ihren Vertretern an unternehmerischen Entscheidungen* zur Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung vorzulegen. Mehr demokratische Teilhabe von Arbeitnehmern in Unternehmen ist dringend geboten, um eine alleinige Orientierung der Unternehmen an der Profitmaximierung zu verhindern. In ihrem Antrag *Wirkungsvolle Sanktionen zur Stärkung von Europäischen Betriebsräten umsetzen* verweist die SPD-Fraktion auf die Notwendigkeit, die entsprechende Europäische Richtlinie angemessen in deutsches Recht umzusetzen und die Rechte der Europäischen Betriebsräte zu stärken, denn nur mit Europäischen Betriebsräten kann eine wirkungsvolle Mitarbeiterbeteiligung in europaweit agierenden Unternehmen geschaffen werden.

#### Verbesserter Datenschutz

Mit dem Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutzgesetz fordert die SPD-Fraktion strengere Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmer vor dem Missbrauch persönlicher Daten und begründet die Notwendigkeit eines eigenständigen Beschäftigtendatenschutzgesetzes. Mehr Rechtsklarheit und -sicherheit sind Kernziele des Gesetzesvorstoßes. Die publik gewordenen Datenschutzskandale zeigen deutlich, dass im Umgang mit Arbeitnehmerdaten wenig Rücksicht auf Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten genommen wird.

#### Kündigungsschutz

Mit dem Gesetzentwurf *Schutz vor Kündigungen wegen eines unbedeutenden wirtschaftlichen Schadens* will die SPD-Fraktion die Voraussetzungen für Kündigungen wegen Bagatelldelikten gesetzlich verengen. Im Kündigungsschutzgesetz sollte deshalb geregelt werden, dass bei erstmaligen Delikten mit nur geringem wirtschaftlichen Schaden in der Regel nur eine Abmahnung ausgesprochen wird. Die bisherige Praxis der Arbeitgeber, die fristlose Kündigungen wegen dem Verzehr einer firmeneigenen Frikadelle oder der Aneignung von 2 Pfandbons im Gesamtwert von 1,30 Euro aussprechen, soll verhindert werden.

#### Mehr Schutz im Praktikum

Mit dem Antrag *Für Fairness beim Berufseinstieg – Rechte der Praktikanten und Praktikantinnen stärken* möchte die SPD-Fraktion Praktikanten zu mehr Rechten verhelfen und die Ausbeutung junger Menschen beim Berufseinstieg verhindern, indem entsprechende Änderungen im BGB und im Berufsbildungsgesetz (BBiG) vorgenommen werden. Im BGB sollen eine an der Rechtsprechung orientierte Definition des Praktikums und die Pflicht zur angemessenen Vergütung, nämlich 350 Euro brutto monatlich, aufgenommen werden. Praktikumsverträge sollen schriftlich abgeschlossen werden. Die Zeit des Praktikums muss bei einer anschließenden Weiterbeschäftigung auf Kündigungsfristen an-

gerechnet werden. Wichtig ist auch die Forderung nach einer Beweislastumkehr: Liegt der Verdacht nahe, dass statt eines Praktikums ein normales Arbeitsverhältnis vorliegt, müssen Arbeitgeber das Gegenteil beweisen.

#### SPD im Dialog für gute Arbeit

Themen der letzten Betriebs-, Personalräte-, und Schwerbehindertenkonferenzen waren gute Arbeitsbedingungen, Gesundheitsschutz und

Qualifizierung am Arbeitsplatz. Modelle zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen sowie zur Prävention und zur Gesundheitsförderung wurden im Dialog mit Betriebs- und Personalräten diskutiert. Zweimal jährlich fanden bundesweite Konferenzen in Berlin zum Ausbau von Betriebsrätenetzwerken statt. In acht Werkstattgesprächen zur Zukunft der Arbeit hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft zwei Leitfragen disku-

tiert: Wo entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft? Wie sieht die Beschäftigungspolitik der Zukunft aus? Die SPD-Bundestagsfraktion hat mehrere Workshops zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Arbeitslosenversicherung durchgeführt, u. a. zur öffentlich geförderten Beschäftigung, der sozialen Absicherung von Soloselbständigen und zur Vorbereitung der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente.

### Nachhaltig wirtschaften, anders arbeiten, besser leben: Ein neues Wachstumsmodell. Die Fortschritts-Enquete.

Auf Initiative von SPD und Grünen hat der Deutsche Bundestag Anfang 2011 die Enquete-Kommission *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft* eingesetzt.

#### Wachstum und Krise

Vier Krisenerfahrungen haben das Vertrauen in das überkommene Wachstumsmodell schwer erschüttert: Die ökologische Krise mit Naturzerstörung und Ressourcenraubbau, die soziale Krise mit einer Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer des Wachstums, die Finanzkrise mit ihren Blasen und Spekulationen ohne tragfähige wirtschaftliche Grundlage, die Krise der Demokratie, die nicht mehr in der Lage ist, den Vorrang politischer Entscheidungen vor anonymen Märkten durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund soll die Kommission ein neues Wachstums-

modell diskutieren. Es geht um ein tragfähiges Wachstum, das die natürlichen Lebensgrundlagen nicht verzehrt, um nachhaltiges Wirtschaften, das auf echte Gewinne an Lebensqualität zielt, um bessere Arbeit, Bildung und Gesundheitsversorgung, die mehr Menschen Zugang zum Wohlstand verschafft.

#### Ein neuer Maßstab

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Industriestaaten gibt es eine Debatte darüber, ob die Orientierung auf das Wachstum des BIP ausreicht, um Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt angemessen abzubilden. Lange Zeit galt das BIP als Gradmesser für das Wohlergehen und damit die Lebenszufriedenheit der Menschen. Wir brauchen jedoch einen Maßstab, der uns aufzeigt, wie es um die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft steht und ob der Schutz und Fortbestand unserer natürlichen Lebensgrundlagen garantiert ist.

#### Zentrale Fragen

Das Niveau von Gesundheit und Bildung, Sicherheit, politischer Teilhabe und Zugang zu Arbeit, aber auch die Verfügbarkeit von freier Zeit – all das wird derzeit nicht zusammenfassend gemessen und beschrieben. Wenn wir aber wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt erreichen wollen, dann müssen wir uns folgende Fragen stellen: Welches Wachstum wollen wir? Was bringt mehr Lebensqualität? Wie müssen wir unseren Lebensstil gestalten? Wie organisieren wir breitere Teilhabe am Fortschritt? Wie organisieren wir die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie? Wie garantieren wir die globale Tragfähigkeit des Wachstums? Letztendlich: Was macht Wohlstand und Lebensqualität aus und welche Wege müssen wir beschreiten, um wertvolles Wachstum und solidarischen Fortschritt zu erreichen? Das ist die Aufgabe, der wir uns in der Fortschrittsenquete stellen.

Nachhaltig wirtschaften, anders arbeiten, Forschung und Innovation

#### Für eine moderne Gesellschaft.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist und bleibt der gesamtgesellschaftliche Fortschritt der Maßstab für eine moderne und leistungsfähige Forschung und Entwicklung.

Mit dem von der SPD initiierten *Pakt für Forschung und Innovation* und der Exzellenzinitiative für Spitzenforschung an den Hochschulen haben wir die wesentlichen Säulen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Forschungsstandortes Deutschland auf den Weg gebracht. Insbesondere die im Juni 2009 beschlossene Fortschreibung des Paktes mit einer jährlichen Erhöhung der Zuschüsse um 5 % für die 5 großen deutschen Forschungsgesellschaften hat die Planungssicherheit für die Forschungsorganisationen erhöht.

Der Politik der Bundesregierung zur Gestaltung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Deutschlands ist seit der Regierungsübernahme

von CDU/CSU und FDP von Ad-Hoc-Entscheidungen gekennzeichnet. So wurde die Zustimmung der schwarz-gelben Landesregierung in Schleswig-Holstein zum fatalen *Wachstumsbeschleunigungsgesetz* erkaufte mit höheren Bundeszuschüssen für das renommierte IfM GEOMAR in Kiel. Dazu musste es aber über Nacht von der Leibniz-Gemeinschaft in die Helmholtz-Gemeinschaft transferiert werden, um das Land Schleswig-Holstein finanziell zu entlasten. In mehreren parlamentarischen Initiativen hat die SPD-Bundestagsfraktion Licht in das Dunkel dieser Vorgänge gebracht. Im Unterschied zur Bundesregierung setzen wir uns weiter für eine sachorientierte und wissenschaftsgetriebene Weiterentwicklung der *Strukturen der außeruniversitären Forschung in Deutschland* ein.

Mit der High-Tech-Strategie des Bundes haben wir in der Großen Koalition die Voraussetzungen geschaffen, um ressortübergreifend die Bemühungen des Bundes für Forschung und Innovation zu verstärken und besser zu vernetzen. Die im Juni 2010 präsentierte *High-Tech-Strategie 2020* ist fachlich eine Enttäuschung. Gute Ansätze, wie

der Fokus auf die 5 Bedarfsfelder Klima/Energie, Gesundheit/Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation, verpuffen. Völlig verschlafen hat die Bundesregierung das Thema *Elektromobilität*. Die Grundlagen für ein modernes Konzept zur Umsetzung der Elektromobilität müssen Wissenschaft und Forschung schaffen.

Der vollmundigen Ankündigung *steuerlichen Forschungsförderung* im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP vom Oktober 2009 sind bisher keinerlei konkrete Maßnahmen gefolgt. Die SPD hat hingegen bereits frühzeitig in der 17. Wahlperiode einen Antrag zur Einführung einer gezielten steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung insbesondere von KMU in den Bundestag eingebracht.

Nach zahlreichen Verzögerungen hat die Bundesregierung im Dezember 2010 das neue Rahmenprogramm *Gesundheitsforschung* verabschiedet. Das Programm kann die hohen Erwartungen an ein zukunftsgerichtetes Konzept zur Förderung von Wissenschaft und Forschung im Bereich Gesundheit nicht erfüllen. Mit einem



Kommunalpolitische Konferenz am 15.3.2010  
zur Lage der Kommunalfinzenzen

Antrag haben wir die Bundesregierung aufgefordert, die Forschung stärker an den Bedarfen der Menschen im Gesundheitswesen auszurichten.

Deutschland hat noch immer große Defizite, wenn es darum geht, wissenschaftliche Erkenntnisse in ökonomisch verwertbare Produkte zu transformieren. Seit Jahren setzen wir uns für eine Validierungsforschung ein, die es ermöglicht, Forschungsergebnisse frühzeitig auf ihre wirtschaftliche Nutzbarkeit hin zu überprüfen. Echte Validierungsprojekte sind ein unabhängiger *Stresstest*, inwieweit Erkenntnisse hinreichend Realisierungs- und Wertschöpfungspotenzial besitzen. Hierzu haben wir einen Antrag eingebracht, der unter anderem die Einrichtung eines von einer externen Agentur bewirtschafteten, öffentlich finanzierten Innovationsfonds vorsah. Wir unterstützen das ambitionierte Ziel, den Anteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung auf Ebene der EU auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Das erfolgreiche Instrument des Europäischen Forschungsrates (ERC) muss gestärkt und seine Finanzierung im *8. Forschungsrahmenprogramm* verstetigt werden.

Bisher hat die Bundesregierung nicht verhindern können, dass die enormen Mehrkosten des *Kernfusionsforschungsprojektes ITER* zu Lasten der Forschungsetats gehen. Wir fordern, dass die Mehrkosten für das sinnvolle Projekt nicht die EU-Förderung für Forschung und Innovation beeinträchtigen dürfen.

Der Betrugsfall des CSU-Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg hat Anfang 2011 für Aufsehen gesorgt. Zu Guttenberg hat weite Teile seiner Doktorarbeit abgeschrieben – aus Leitartikeln der FAZ, aus Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, die er in Auftrag gegeben hatte, und aus vielen anderen Publikationen. Die anschließende Behauptung zu Guttenbergs vor dem Bundestag, er habe nicht betrogen, war bald der Lüge überführt, und der Minister trat zurück. Danach aber wurden weitere Plagiatsfälle aus den Reihen der Koalitionspar-

teien bekannt. Die Reaktion der schwarz-gelben Koalition auf diese Fälle von wissenschaftlichem Fehlverhalten bzw. Plagiatsfällen ist inakzeptabel. Die Selbstverwaltung der Wissenschaft hat mit großer Professionalität die Verdachtsfälle von Fehlverhalten aufgedeckt und geahndet, während Schwarz-Gelb die Verstöße gegen das Urheberrecht kleinredet und damit die Bedeutung der Wissenschaft infrage stellt. Wir haben uns mit einem Antrag deutlich gegen diese Bagatellisierung von *wissenschaftlichem Fehlverhalten* gestellt.

Haushalt und Finanzen

### Gegen Klientelpolitik. Für einen Staat, der handeln kann.

*Mehr Netto vom Brutto* war 2009 das zentrale Wahlkampfmotto von CDU/CSU und FDP. Umfassende Steuersenkungsversprechen haben dann als zentrales Politikprojekt auch ihren Niederschlag in der Koalitionsvereinbarung gefunden. In den ersten Monaten der schwarz-gelben Bundesregierung war eine Hauptaufgabe der Finanz- und Haushaltspolitik der SPD-Bundestagsfraktion zu zeigen, wie unrealistisch, unfinanzierbar und unsozial diese Pläne sind. Gleichzeitig musste der Versuch der Regierungskoalition abgewehrt werden, sich die noch in der Schlussphase der Großen Koalition verabschiedeten Steuersenkungen – Bürgerentlastungsgesetz, Einkommensteuersenkung im Konjunkturpaket II mit Wirkung zum 1.1.2010 – auf die eigene schwarz-gelbe Fahne zu schreiben.

**Gegen Steuerprivilegien und Steuerbetrug**  
Schwarz-Gelb konnte die eigenen Versprechungen für die breite Mehrheit der Menschen nicht einlösen. Während die versprochenen Entlastungen ausblieben, stiegen die Sozialabgaben. Mit der Einführung der Kopfpauschale für die Krankenversicherung wurde nicht nur die paritätische Finanzierung des Gesundheitssystems ausgehebelt, sondern auch das Tor zur einseitigen *Mehrbelastung der Arbeitnehmer* aufgestoßen. Bis weit über das erste Jahr Schwarz-Gelb hinaus hat Steuerpolitik seitens der Regierungskoalition nicht stattgefunden – mit einer Ausnahme, dem mittlerweile fast schon berüchtigten sog. *Wachstumsbeschleunigungsgesetz*. Die Maßnahmen dieses Gesetzes haben keine erheblichen wachstumsfördernden Wirkungen, führten allerdings neue Steuerprivilegien ein, indem die Unternehmensteuerreform 2008 an wichtigen Stellen aufgebohrt wurde. Ein Paradebeispiel für schwarz-gelbe Klientelpolitik war die Einführung des *Umsatzsteuerprivilegs für Hotels*.

Die Bundesregierung lässt außerdem den Kampf gegen (grenzüberschreitende) Steuerhinterziehung schleifen. Die erzielten Fortschritte in den Verhandlungen mit einzelnen Staaten wie z.B. mit der Schweiz sind zu gering. Die SPD-Bun-

destagsfraktion hat beständig das Durcheinander um den Ankauf von angebotenen Steuer-CDs mit Daten von deutschen Steuerbetrügern angeprangert und ein zupackendes Handeln mit einer besseren Abstimmung und Koordination der Bundes- und Landesbehörden eingefordert. Während die Koalition allenfalls zu gewissen Verschärfungen bereit ist, hat die SPD-Bundestagsfraktion einen eigenen Gesetzentwurf zur Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige nach §371AO eingebracht. In einem umfassenden Antrag *Instrumente zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung nutzen und ausbauen* wurden Maßnahmen und Initiativen aufgeführt, die zu substantiellen Fortschritten beim Kampf gegen die immer noch weit verbreitete Steuerhinterziehung führen könnten. Auch an die Länderparlamente und -regierungen wurde appelliert, den Bestand an Steuerfahndern, Betriebsprüfern, einschlägigem juristischem Personal nicht zu verringern bzw. zu vergrößern sowie den Steuervollzug besser zu machen.

### Für handlungsfähige Städte und Gemeinden

Neue Steuerprivilegien führten auch zu erheblichen Steuermindereinnahmen auf kommunaler Seite. Dabei standen und stehen viele Städte und Gemeinden bereits als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise und anderer Zusammenhänge finanziell enorm unter Druck. Im Frühjahr 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem umfassenden Antrag *Rettungsschirm für Kommunen – Strategie für handlungsfähige Städte, Gemeinden und Landkreise* nicht nur die Kompensation der Einnahmefälle der Kommunen aus dem *Wachstumsbeschleunigungsgesetz* und andere kurzfristig wirkende Maßnahmen gefordert. Der Antrag enthält auch eine Reihe von mittelfristigen Maßnahmen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Kommunen (u.a. weitere Stärkung der Gewerbesteuer). Am 15. März 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Kommunalkonferenz durchgeführt, die auch die Lage der Kommunalfinzenzen angesprochen hat. Mit den kommunalen Spitzenverbänden bestand ein stetiger Informations- und Gesprächskontakt, so dass die Unterstützung der kommunalen Anliegen durch die SPD-Bundestagsfraktion zu jedem Zeitpunkt deutlich war. So ist versucht worden, alle Möglichkeiten der politischen Einflussnahme auf die Regierungskommission zur Neuordnung der Gemeindefinzenzen (*Gemeindefinzenzkommission* seit März 2010) zu nutzen.

In den Schlussberatungen zum Bundeshaushalt 2011 im November 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Reihe kommunalentlastender Anträge gestellt. Zumindest die Einforderung einer höheren finanziellen Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde dann – allerdings erst als Ergebnis der Hartz IV-Reform-Verhandlungen

im Frühjahr 2011 – Realität. Die klare Ablehnung der Vorstellung von FDP, Bundesfinanzminister Schäuble und der Wirtschaftsverbände, die Gewerbesteuer weiter auszuhöhlen und dann abzuschaffen, hat die Fraktion noch einmal unmissverständlich im Antrag *Klare Perspektive für Kommunen – Gewerbesteuer stärken* zum Ausdruck gebracht.

### Finanzmärkte regulieren und an den Krisenlasten beteiligen

Obwohl erheblicher Handlungsbedarf besteht, hat die Regierungskoalition auch in punkto Finanzmarktregulierung bis weit in das Jahr 2010 hinein nahezu kaum agiert. Bereits Ende Januar 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion mit den zwei Anträgen *Die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulation eindämmen* und *Maßnahmenbündel gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und ungerechtfertigte Banker-Boni* eigene Positionen markiert. Ein Schwerpunkt war die Forderung nach einer *Finanztransaktionssteuer* bzw. einem ernst gemeinten Engagement der Bundesregierung hierzu auf europäischer und G20-Ebene. In einer speziellen öffentlichen Anhörung im Finanzausschuss am 17. Mai 2010 wurden häufig vorgebrachte Gegenargumente gegen die Finanztransaktionssteuer entkräftet und die technische Umsetzbarkeit und Praktikabilität einer solchen Steuer festgestellt. Alle Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion im Bereich der Finanzmarktregulierung – u.a. die stetige Aufforderung, den steuerlichen *Betriebsausgabenabzug bei überhöhten Managergehältern in Banken und Unternehmen wirksam zu begrenzen* – wurden mit Koalitionsmehrheit zurückgewiesen. Erst mit ihren Gesetzentwürfen zur Bankenrestrukturierung bzw. Bankenabgabe und zum Verbot von ungedeckten Leerverkäufen zur Jahresmitte 2010 war die Bundesregierung bereit, im Bereich der Finanzmarktregulierung mehr zu tun als allein EU-Rechtsakte umzusetzen. Aber auch hier wurden die Vorschläge der SPD-Finanzpolitiker in den jeweiligen Gesetzgebungsverfahren, die auf eine Schärfung und Verbesserung der Regierungsvorlagen zielten, abgewiesen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zudem die Bundesregierung aufgefordert, ein umfassendes *Gesamtkonzept zur Stärkung des Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen vor[zu]legen*. Die Bundesregierung bleibt aber mit ihrem Anleger-schutz- und Funktionsverbesserungsgesetz von Anfang 2011 weit dahinter zurück, so dass es für die SPD-Bundestagsfraktion Aufgabe bleibt, für einen wirksamen und umfassenderen Anlegerschutz in Deutschland einzutreten und zu kämpfen. So brauchen wir dringend eine stringente Regulierung des Grauen Kapitalmarktes.

**Kein Anschleichen bei Unternehmensübernahmen**  
Bemängelt hat die SPD-Bundestagsfraktion auch

die absehbare Wirkungslosigkeit der von der Regierungskoalition vorgesehenen Maßnahmen gegen das *Anschleichen* von Investoren an Unternehmen. In einem eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (17/3481) hat die SPD-Fraktion im Herbst 2010 einen Vorschlag gemacht, der *es feindlichen* Übernehmern effektiv erschweren würde, sich an Firmen *heranzuschleichen*. Aber die Koalitionsfraktionen waren auch hier nicht interessiert mitzugehen.

### Sparpaket Merkel – unsozial, ungerecht, unsolid

Ab dem Bundeshaushalt 2011 war und ist auch auf Bundesebene die neue Schuldenregel des Grundgesetzes (und das dazugehörige Ausführungsgesetz) zu beachten. Das führt zu erhöhten Konsolidierungserfordernissen, die die schwarz-gelbe Regierungskoalition mit einem Anfang Juni 2010 beschlossenen Konsolidierungspaket erfüllen will. Die dazu notwendigen gesetzlichen Maßnahmen sind im Haushaltsbegleitgesetz 2011 der Bundesregierung umgesetzt worden. Wie die Gewerkschaften, die Sozialverbände und viele andere zivilgesellschaftliche Gruppen hat die SPD-Bundestagsfraktion mit aller Vehemenz gegen die starke soziale Schieflage der Haushaltskonsolidierungspolitik von Schwarz-Gelb protestiert. CDU/CSU und FDP haben in schamloser Weise die wirtschaftlich Leistungsfähigen geschont – bei gleichzeitiger Belastung von wenig verdienenden Arbeitnehmern, Arbeitslosen und Familien. Während die Belastungen von Erwerbslosen bald im Gesetz standen, erweisen sich andere Posten, die Unternehmen, Finanzmärkte und Bundesverwaltung heranziehen, als Luftbuchungen: Die Finanztransaktionssteuer steht in den Sternen, die Einnahmen aus der Brennelementesteuer fallen geringer aus, die Sparbeiträge der Bundeswehr haben sich sogar in erhebliche Mehrausgaben verwandelt. In der parlamentarischen Beratung des Haushaltsbegleitgesetzes wie auch des Bundeshaushalts 2011 (und des Finanzplanes bis 2014) hat die SPD-Bundestagsfraktion Alternativen zur unsozialen Konsolidierungspolitik der Bundesregierung erarbeitet und angeboten: Nötig ist eine nachhaltige, wachstumsorientierte Konsolidierungspolitik, die nicht nur die im Grundgesetz verankerte sog. *Schuldenbremse* einhält, die staatlichen Einnahmen auf allen Ebenen sichert und verbessert, und unsinnige Staatsausgaben und Subventionen kürzt, sondern die auch durch gezielte Investitionen Wachstum, Beschäftigung und Leitmärkte der Zukunft fördert und Unterfinanzierungen z.B. in den Bereichen Bildung, Forschung, Familie und Kinder auflöst. In einem besonderen eigenen Antrag hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits früh klargestellt, dass die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit erhalten bleiben muss. Die Beratungen zum Bundeshaushalt 2011 ha-

ben offengelegt, dass der Bundesfinanzminister sich bei der Festlegung des Kreditaufnahme-Abaupfades nach der neuen Schuldenregel und bei der Festlegung der Konjunkturkomponente der Neuverschuldung Spielräume zugebilligt hat, die im Ergebnis den Verschuldensspielraum des Bundes für die Jahre bis 2016 um viele Mrd. Euro nach oben schrauben.

Weil damit auch nach Auffassung von Bundesrechnungshof, Bundesbank und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung klar gegen Geist und Sinn der neuen Schuldenregel gehandelt wird, haben die Haushaltspolitik der SPD-Bundestagsfraktion ein *Gesetz zur Änderung des Artikel 115-Gesetzes* formuliert und in den Bundestag eingebracht, das die nötigen gesetzlichen Festlegungen und Verbesserungen enthält.

### Für ein gerechtes Steuerkonzept

Die SPD-Bundestagsfraktion hat intensiv in der Projektgruppe *Steuer- und Abgabenkonzept* der Partei mitgewirkt, die seit März 2010 Empfehlungen für die steuerpolitische Positionierung der SPD in den kommenden Jahren erarbeitet. Diese Projektgruppe wird mitgeleitet vom stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß. Erste Ergebnisse der Projektgruppenarbeit sind bereits in den wirtschafts- und finanzpolitischen Leitartikeln zum SPD-Bundesparteitag September 2010 eingegangen. Ziel ist ein Steuer- und Abgabenkonzept, das auf Dauer für eine auskömmliche Finanzierung der wichtigen und unverzichtbaren öffentlichen Aufgaben auf allen staatlichen Ebenen sowie in der gesetzlichen Sozialversicherung sorgen kann, das der immer ungleicheren Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland entgegen wirkt und die richtigen ökonomischen und ökologischen Anreize setzt.

Sozialpolitik

### Die soziale Spaltung bekämpfen. Für gerechte Teilhabe.

Sozialpolitik entscheidet ganz zentral über die Lebensqualität, die Sicherheit und die Teilhabechancen von Millionen von Menschen in unserem Land. Kaum ein anderes Politikfeld bestimmt so unmittelbar über den Alltag vieler Bürgerinnen und Bürger. Deshalb geben wir guter Sozialpolitik große Bedeutung. Wir sind programmatisch anspruchsvoll, denken voraus, damit angemessene Lösungen im Wandel von Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft möglich werden. Und wir sind sensibel für schädliche Nebenwirkungen unbedachter Eingriffe. Ganz zentral ist es, dass die Menschen sich auf soziale Sicherheit verlassen können. Sie ist kein Almosen. Sie ist Bürgerrecht. Dafür streiten wir.

## Kampf gegen Armut und Ausgrenzung: Grundsicherung, Bildungsteilhabe, Mindestlöhne.

Das Vermittlungsverfahren zur Neuberechnung der Regelsätze: Ein großer Erfolg für Arbeitnehmer und Arbeitslose, Ehrenamtliche, bedürftige Kinder und für Kommunen.

Im Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode stand die Auseinandersetzung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Bemessung der Regelsätze im SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und SGB XII (Sozialhilfe) vom 9. Februar 2010. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits sehr frühzeitig die eigenen Eckpunkte zur Umsetzung dieses Urteils formuliert (Antrag *Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Bemessung der Regelsätze umsetzen – Die Ursachen von Armut bekämpfen*) und sich dann intensiv mit dem viel zu spät vorgelegten Gesetzentwurf der Regierungskoalition befasst. Nach einer monatelangen Blockade durch Schwarz-Gelb hat die SPD Bund-Länder-Arbeitsgruppe einen Kompromiss in den Verhandlungen über das Grundsicherungspaket erzielt. Die SPD hat echte Fortschritte für Arbeitnehmer, für Arbeitslose, für Ehrenamtliche, für bedürftige Kinder und für die Kommunen erzielt. Der Kompromiss wurde am 25. Februar 2011 in Bundestag und Bundesrat verabschiedet.

### Entlastung der Kommunen

Der Bund übernimmt ohne Vorbedingungen schrittweise bis 2014 die Kosten der Grundsicherung im Alter. Die Kommunen werden dadurch beginnend ab 2012 um 1,2 Mrd. Euro bis zur vollen Summe von 4 Mrd. Euro pro Jahr ab 2014 entlastet. Zusätzlich übernimmt der Bund die tatsächlichen Kosten des Bildungspaketes.

### Regelsätze

Wir haben den Gesetzentwurf der Bundesregierung umfassend kritisiert und unsere verfassungsrechtlichen Bedenken formuliert: Willkür bei der Größe der Referenzgruppe, Zirkelschlüsse, weil Transferempfänger nicht sauber aus der Referenzgruppe herausgehalten wurden, und andere Probleme haben wir in dem Antrag *Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes durch eine transparente Bemessung der Regelsätze und eine Förderung der Teilhabe von Kindern umsetzen* zum Ausdruck gebracht. Die Bundesregierung war nicht bereit, die Fragen hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit der Berechnungsmethoden zu klären. Sie trägt die volle Verantwortung und das Risiko bei einer erneuten verfassungsrechtlichen Überprüfung der Regelsätze. Trotzdem haben wir Fehler verhindert und Verbesserungen erreicht:

- Wir haben erreicht, dass die Regelsätze rückwirkend zum 1. Januar 2011 um 5 Euro auf

364 Euro erhöht werden, dass es außerdem zum 1. Januar 2012 eine Sonderanpassung gibt. Die dann erreichten 367 Euro sind Basis für die reguläre Anpassung auf Basis der Lohn- und Preisentwicklung. Die Sonderanpassung berücksichtigt die Preis- und Lohnentwicklung des ersten Halbjahres 2010, die bislang nicht berücksichtigt werden sollte.

- In den Verhandlungen konnten wir deutliche Verbesserungen für ALG-II-Empfänger durchsetzen, die als Übungsleiter oder sonst ehrenamtlich tätig sind. Bis zu 175 Euro werden künftig nicht auf den Regelsatz angerechnet.
- Die Bundesregierung hat sich schließlich verpflichtet, eine Lösung mit dem Ziel zu erarbeiten, dass in der Sozialhilfe diejenigen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und mit anderen einen gemeinsamen Haushalt führen, den vollen Regelsatz erhalten. Hiervon würden insbesondere Menschen mit Behinderungen profitieren.
- Zudem konnte im Vermittlungsverfahren das Problem gelöst werden, dass die Bundesregierung die Kosten der Warmwasserbereitung bei der Neufassung der Regelsätze schlicht vergessen hatte. Allein die Korrektur dieses Versehens entlastet die Kommunen sowie die Hartz-IV Empfänger im Jahr um rund 400 Mio. Euro. Im Einzelfall erhalten die entsprechenden Hartz-IV Empfänger dadurch neben den vereinbarten Regelsatzerhöhungen zusätzlich 8,44 Euro (Warmwasserbereitung über Strom) als Mehrbedarf bzw. es entfällt der bislang erfolgte Abschlag bei den Heizkosten in Höhe von 6,43 Euro (Warmwasserbereitung über die Heizung).

### Bildungs- und Teilhabepaket

Statt konsequent in Kitas und Ganztagschulen zu investieren, hat Ministerin von der Leyen publicityträchtig das Bildungs- und Teilhabepaket erfunden. Das war noch dazu handwerklich schlecht gemacht. Damit das Bildungs- und Teilhabepaket überhaupt Wirkung entfalten kann, haben wir erfolgreich Verbesserungen im Vermittlungsausschuss durchgesetzt. Zum einen profitieren 500.000 Kinder und Jugendliche mehr davon als von der Bundesregierung geplant. Zum anderen haben wir das Paket deutlich ausgeweitet. Schließlich haben wir erreicht, dass die Kommunen nun mit ihrem Know-how für die Umsetzung verantwortlich sind und nicht die JobCenter.

### Mindestlöhne

Arbeit muss sich lohnen. Zwischen denjenigen, die Transferleistungen erhalten, und denjenigen, die arbeiten, muss ein Lohnabstand bestehen. Die Union wollte diesen Abstand durch ein

künstlich niedrig errechneten Regelsatz erreichen. Das ist der falsche Ansatz. Einen fairen Lohnabstand erreichen wir nur über Mindestlöhne. Zudem setzt sich die SPD dafür ein, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, auch davon leben können. Die steigende Anzahl von Menschen, die ihren Lohn aufstocken müssen, ist alarmierend. Dagegen helfen nur ordentliche Löhne. Deswegen haben wir die Forderung nach Mindestlöhnen in die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss eingebracht. Die SPD hat Mindestlöhne für 1,2 Mio. Beschäftigte durchgesetzt: in der Zeitarbeit, im Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche.

Für die knapp 1 Mio. *Leiharbeiternehmer* in Deutschland wurde im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ein echter Mindestlohn ausgehandelt. Die tariflich vereinbarten Mindestlohnverträge sind künftig die Grundlage für die absolute Lohnuntergrenze (ab 1. Mai 2011: 7,79 Euro/West und 6,89 Euro/Ost), diese gilt sowohl für die verleihfreie Zeit als auch die Zeit des Einsatzes beim entleihenden Unternehmen. Damit verhindern wir Lohndumping zu Lasten von Leiharbeitnehmern und geben ihnen ein Stück Planbarkeit des Lebens zurück. Jeder Beschäftigte in der Leiharbeitsbranche kann in Zukunft damit rechnen, dass er mindestens dieses vereinbarte Mindestentgelt bekommt.

Auch für die rund 22.500 *Beschäftigten in der Aus- und Weiterbildungsbranche* wurde ein Mindestlohn vereinbart. Der im Mai 2009 zwischen Verdi, GEW und der Zweckgemeinschaft von Mitgliedsunternehmen des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung e.V. (BBB) vereinbarte Mindestlohnvertrag soll über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt werden. So wird endlich Lohndumping in der Branche verhindert und ein notwendiger Qualitätsstandard für die Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen eingeführt. Wir stärken damit die Qualität der aktiven Arbeitsmarktpolitik und setzen notwendige Mindeststandards für die Beschäftigten.

Wir haben Mindestlöhne außerdem für die 170.000 *Beschäftigten der Sicherheitsdienstleistungsbranche* durchgesetzt. Der Mindestlohnvertrag zwischen Verdi und dem Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. (BDWS) wird über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt.

### Für Sicherheit im Alter

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in zwei zentralen Fragen die Vorgaben des Dresdener Bundesparteitages zur kritischen Überprüfung der Regierungspolitik im Bereich der Rentenversicherung umgesetzt:

Der Antrag *Das Risiko von Altersarmut durch veränderte rentenrechtliche Bewertungen von Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit und der Niedriglohn-Beschäftigung bekämpfen* hat das zunehmende Risiko der Altersarmut durch Lücken in der Versicherungsbiographie und Niedrigeinkommen aufgegriffen. Zwar kann das Problem der Altersarmut grundsätzlich nur als Folge einer verbesserten Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung gelöst werden, doch besteht auch im Rentenrecht die Möglichkeit zur Korrektur. Daher soll das bewährte Instrument der *Rente nach Mindestentgelt* verlängert werden, welches bei langjährig Versicherten die aus unterdurchschnittlichen Beitragszeiten resultierenden Anwartschaften höher bewertet. Da diese Regelung bislang nur für Beitragszeiten bis zum 1. Januar 1992 gilt, sollte sie für Versicherungszeiten bis zum 1. Januar 2011 ausgeweitet werden. Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit sollen als beitragsgeminderte Zeiten bei der Berechnung der Renten besser bewertet werden, wobei dies auf Versicherte konzentriert werden soll, bei denen typisierend von einem Risiko der Altersarmut ausgegangen werden kann: Das sind Versicherte, die zum Zeitpunkt des Rentenzugangs weniger als 30 Entgeltpunkte erworben haben.

Die Position zur Anhebung der Regelaltersgrenze wird in dem Antrag *Chancen für die Teilhabe am Arbeitsleben nutzen – Arbeitsbedingungen verbessern – Rentenzugang flexibilisieren* konkretisiert. Da die Voraussetzungen für den Einstieg in die – grundsätzlich gewollte – Anhebung der Regelaltersgrenze auf das vollendete 67. Lebensjahr nicht gegeben sind, fordern wir, den für das Jahr 2012 geplanten Einstieg zu verschieben. Die gegenwärtigen Beschäftigtenzahlen der rentennahen Jahrgänge sind – trotz aller Verbesserungen – immer noch zu schlecht, als dass ein Einstieg in die Rente mit 67 verantwortet werden könnte. Zudem werden erhöhte Anstrengungen gefordert, um die Beschäftigungssituation Älterer zu verbessern, etwa durch mehr Weiterbildung inklusive eines Rechtsanspruchs darauf sowie einen Verzicht der Regierung auf die geplanten Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Darüber hinaus sollten die Übergänge aus dem Erwerbsleben in die Rente flexibilisiert werden, etwa durch eine Förderung der Altersteilzeit und die Weiterentwicklung der Teilrente.

Des Weiteren gilt es, die Voraussetzungen zu klären, wie ein einheitliches Rentenrecht in Ost

und West geschaffen werden kann. Hierzu ist die Große Anfrage *Zwanzig Jahre Rentenüberleitung – Perspektiven für die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts in Deutschland* an die Regierung gestellt worden, die im Herbst 2011 beantwortet wird. Da die in der Öffentlichkeit diskutierten Modelle und Vorschläge gravierende Unterschiede in den Auswirkungen für Rentnerinnen und Rentner einerseits sowie für Versicherte andererseits beinhalten, werden die jeweiligen Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Ansätze in der Großen Anfrage zusammengetragen und thematisiert, um so eine politische Positionsbildung auf rationaler Grundlage zu ermöglichen. Zudem soll zur notwendigen Klärung wichtiger Fragen der Rentenüberleitung beigetragen werden: Es gilt, Bilanz zu ziehen über die grundsätzlichen Wirkungen der Rentenüberleitung, die Überführung der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung und die tatsächliche Situation der Alterseinkommen in Ostdeutschland.

### Verteilungspolitik und Existenzsicherung

Verteilungspolitik wäre zum Scheitern verurteilt, würde man sie nur auf der Ebene von Sozialtransfers für Menschen ohne eigenes Einkommen ansiedeln – in erster Linie muss es bei Verteilungspolitik darum gehen, das Spannungsverhältnis zwischen Arm und Reich zu betrachten und eine Einkommensverteilung zu erreichen, die ökonomisch tragfähig ist, den Zusammenhalt der Gesellschaft und dem üblichen Verständnis von Leistungsgerechtigkeit entspricht. Nicht erst seit der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise empfinden die meisten Menschen die gegenwärtigen Verteilungsverhältnisse als ungerecht. Die *Arbeitsgruppe Verteilungspolitik* der SPD-Bundestagsfraktion hat daher – neben der Diskussion einer Vielzahl von Fachthemen – ihre langjährige Befassung mit Anforderungen an die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung fortgesetzt. In dem Antrag *Vorbereitung des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung in der 17. Wahlperiode – Armuts- und Reichtumsberichterstattung weiterentwickeln* wird in Auswertung der bisherigen Armuts- und Reichtumsberichte die Bundesregierung aufgefordert, sicher zu stellen, dass zukünftig eine verbesserte Berichterstattung über *Reichtum* erfolgt und die Vererbung von Reichtum und die Rekrutierung von Eliten stärker ins Blickfeld genommen wird.

### Politik für Menschen mit Behinderungen

Politik für Menschen mit Behinderungen heißt für uns, dass Betroffene in allen Bereichen der Gesellschaft von Anfang an und gleichberechtigt teilhaben müssen. Behindertenpolitik ist Menschenrechtspolitik – diesem Grundsatz Geltung zu verschaffen, hat sich Deutschland mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskon-

vention verpflichtet. Für alle Politikbereiche gilt es zu überprüfen, ob das geltende Recht mit der UN-Konvention übereinstimmt und vor allem, ob das geltende Recht in der Praxis verwirklicht wird. Unter Leitung der Behinderbeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion, Silvia Schmidt, hat eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung aller Ausschuss-Arbeitsgruppen die politischen Handlungsfelder untersucht und die zentralen Leitlinien für eine Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention festgehalten. Mit dem am 24. Mai in der Fraktion beschlossenen Positionspapier *Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – Herausforderung und Chance für eine inklusive Gesellschaft* hat die SPD-Bundestagsfraktion damit als erste politische Kraft im Bundestag eine umfassende Positionierung zur UN-Behindertenrechtskonvention vorgelegt.

### Gesundheit

#### Gegen Zweiklassen-Medizin. Für die Bürgerversicherung.

Bei seinem Amtsantritt am 28. Oktober 2009 hat FDP-Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler ein wohl geordnetes und in seinen wirtschaftlichen Rahmendaten gesundes System der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen. Die SPD und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt haben dafür gesorgt, dass die gesetzlichen Krankenkassen trotz der erheblichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise das Jahr 2009 sogar mit einem Überschuss von 1,4 Mrd. Euro abschließen konnten.

Gleichwohl war bereits im Oktober 2009 erkennbar, dass die schlimmsten Krisenfolgen erst im Jahr 2010 durchschlagen und dann eine Lücke von 4 Mrd. Euro bei den Kassenfinanzen drohen würde. Statt jedoch schnelle Initiativen zu ergreifen, um die vorhandenen Effizienzreserven im Gesundheitswesen zu nutzen und insbesondere die überproportional steigenden Arzneimittelausgaben zu begrenzen, tritt die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP über die Einführung einer unsocialen und unfinanzierbaren Kopfpauschale. Diese Untätigkeit führte dazu, dass schon im Jahr 2010 eine erhebliche Zahl an Versicherten von Zusatzbeiträgen betroffen war.

#### Gegen die Kopfpauschale

Die SPD Bundestagsfraktion hat die *Einführung einer Kopfpflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung* in einer Großen Anfrage thematisiert. Darin haben wir darauf hingewiesen, dass eine Kopfpflicht Bezieher höherer Einkommen entlastet und Bezieher niedriger Einkommen belastet. Außerdem ist die für einen Sozialausgleich im Bundeshaushalt erforderliche Summe nicht finanzierbar. Durch die Festschreibung des

Arbeitgeberanteils werden Ausgabensteigerungen in Zukunft alleine von den Versicherten zu tragen sein. Schließlich sorgt der Einzugs einer Kopfprämie für einen erheblichen zusätzlichen bürokratischen Aufwand.

Um die unmittelbar drohenden Lasten in der gesetzlichen Krankenversicherung gerecht zu verteilen, haben wir die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, die *Paritätische Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder herzustellen*. Darin fordern wir gesetzliche Regelungen, um alle kurzfristig zu erschließenden Effizienz- und Wirtschaftlichkeitsreserven in der Gesundheitsversorgung zu heben. Es soll ein Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung eingeführt werden. Die Zusatzbeiträge sollen abgeschafft und es soll zu paritätisch finanzierten Beitragssätzen zurückgekehrt werden.

#### Gegen Lobbypolitik

Nachdem die schwarz-gelbe Regierung dem unbegrenzten Kostenanstieg vor allem bei den Arzneimitteln monatelang tatenlos zugeschaut hatte, legte sie im Laufe des Jahres 2010 mit dem GKV-Änderungsgesetz und dem Arzneimittelneuordnungsgesetz zwei Pseudo-Sparpakete vor: zu spät, handwerklich schlecht gemacht und in vielen Punkten schlicht am Ziel vorbei. Erneut wurden vor allem die Lobbyinteressen von privater Krankenversicherung und Pharmaindustrie bedient.

Bessere Vorschläge lagen auf dem Tisch, denn bereits am 22. April 2010 beriet der Deutsche Bundestag über einen Antrag der SPD-Bundestagsfraktion für eine *Effektivere Arzneimittelversorgung*. Darin fordern wir, dass der Herstellerrabatt, den pharmazeutische Unternehmer den gesetzlichen Krankenkassen gewähren müssen, mit sofortiger Wirkung von 6 % auf 16 % angehoben wird, bei gleichzeitiger Einführung eines Preismoratoriums. Außerdem sollen die Rabatte des Großhandels an Apotheker abgeschöpft werden. Bei Medikamenten, deren Preis in Deutschland deutlich über dem europäischen Durchschnittspreis liegt, soll der Preis auf den europäischen Durchschnittspreis gesenkt werden. Eine Kosten-Nutzen-Bewertung muss bereits zum Zeitpunkt der Arzneimittelzulassung vorliegen. Wir fordern die Teilung des finanziellen Risikos bei der Anwendung innovativer Krebstherapien zwischen Krankenkassen und pharmazeutischen Herstellern (*Risk-Sharing*) und erneuern unseren Vorschlag einer Positivliste aller Arzneimittel, die zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden können.

#### Gegen Korruption

Statt gegen die wachsende Korruption im Gesundheitswesen vorzugehen, durch die den Kas-

sen nach Schätzungen jedes Jahr zwischen 5 und 18 Mrd. Euro verloren gehen, setzt Minister Rösler auf eine *Kultur des Vertrauens*. Durch seine Naivität geht er ein weiteres Mal den Lobbyisten auf den Leim und schädigt die Patientinnen und Patienten, die auch hier die Zeche bezahlen müssen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in dem Antrag *Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen* die wichtigsten Forderungen zusammengefasst. Durch ergänzende Regelungen im Strafbuch soll sichergestellt werden, dass Korruptionshandlungen niedergelassener Vertragsärzte Straftatbestände darstellen. Systematische Falschabrechnungen von Krankenhäusern sollen mit spürbaren Sanktionen geahndet werden. Die Länder sollen besonders qualifizierte Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Ermittlungsgruppen bei der Kriminalpolizei zur Verfolgung von Korruption im Gesundheitswesen errichten. Außerdem soll ein besonderer, auf sozialversicherungsrechtliche Sachverhalte abzielender, Straftatbestand geschaffen werden. Schließlich sollen die Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten als *Profit-Center* innerhalb der sie tragenden Organisationen verankert werden, damit der erwünschte personelle Ausbau nicht durch die von der Koalition beschlossene Deckelung der Verwaltungskosten der Krankenkassen verhindert wird.

#### Für moderne Patientenrechte und bessere Vorsorge

Auch hinsichtlich des angekündigten Patientenrechtegesetzes war monatelang nichts aus dem Gesundheitsministerium zu hören. Offensichtlich wurde der Patientenbeauftragte von seinen Koalitionären nach Kräften behindert und ausgebremst. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Initiative ergriffen und in einem Antrag Vorschläge *Für ein modernes Patientenrechtegesetz* gemacht. Wir fordern u.a. die Normierung der Rechte und Pflichten aus dem Behandlungsvertrag, Verbesserungen im Bereich Risikomanagement, Maßnahmen zur Stärkung der Opfer von Behandlungsfehlern, eine Optimierung der Leichenschau und eine Stärkung der kollektiven Beteiligungsrechte der Patienten und Patientinnen im Gesundheitswesen.

Auch auf dem Feld der Prävention hat die Bundesregierung versagt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat auch hier die Vorarbeit geleistet. Unser Antrag *Potenziale der Prävention erkennen und nutzen – Prävention und Gesundheitsförderung über die gesamte Lebensspanne stärken* fordert eine umfassende Präventionsstrategie, die Prävention und Gesundheitsförderung als vierte Säule neben Kuration, Pflege und Reha etabliert, Präventionsziele definiert, Akteure vernetzt und Gesetzgebung mit Blick auf die Präventionsziele prüft. Außerdem soll ein Präventionsgesetz vorgelegt werden, das unter anderem einen ver-

bindlichen Rahmen für Kooperation und Vernetzung setzt, Vorgaben macht für die Ausgaben der Kassen (mind. 10 Euro je Versicherter) und Präventionsvorhaben in den Lebenswelten besonders fördert.

Um die mittlerweile eingetretenen Blockaden beim sogenannten Pflege-TÜV, den Ulla Schmidt eingeführt hatte, zu beseitigen, haben wir einen Antrag *Qualität und Transparenz in der Pflege konsequent weiterentwickeln – Pflegekriterien optimieren* eingebracht. Darin fordern wir Änderungen in den Pflege-Transparenzvereinbarungen, die das System im Sinne der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen weiterentwickeln und die Pflegequalität zuverlässig und bundesweit abbilden. Außerdem sollen die Stichproben modifiziert werden, damit nachvollziehbare personenbezogene Kriterien geprüft und abgebildet werden können und somit eine Vergleichbarkeit gewährleistet ist. Mängel bei den personenbezogenen Kriterien müssen im Bewertungssystem eindeutig gewichtet werden, damit sie klar in der Endnote erkennbar werden.

#### Für die Bürgerversicherung – gerecht, solidarisch, leistungsstark

Im Frühjahr 2011 haben wir unsere Idee der Bürgerversicherung weiterentwickelt und mit einem konkreten Finanzierungskonzept verbunden. Unser Ziel ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger gut versorgt sind und am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Die Kopfpauschale wird abgeschafft. Jeder soll nach seiner Leistungsfähigkeit zur Finanzierung beitragen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen die Lasten paritätisch tragen. Geringverdiener erhalten keinen Nachteil. Nach unseren Vorstellungen soll die Finanzierung so ausgestaltet sein, dass die Arbeitnehmer bei den Abgaben entlastet werden können.



Noch im Oktober 2010 demonstrierte die Fraktion vor dem Brandenburger Tor gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke durch die schwarz-gelbe Koalition

Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz

## Gegen Atomchaos und Naturzerstörung. Für den nachhaltigen Umbau der Industriegesellschaft

### Der Kampf um die rot-grüne Energiewende: Atomausstieg durchgesetzt. Energiewende jetzt!

Mit der *Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke* Ende 2010 hat die Bundesregierung den gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt, der durch den rot-grünen Ausstiegsbeschluss seit dem Jahr 2000 bestand. Das letzte AKW sollte demnach erst 2040 vom Netz gehen, nach dem rot-grünen Ausstiegsbeschluss wäre dies bereits 2020 gewesen. Die SPD-Bundestagsfraktion und die Parteigliederungen haben im Parlament und bei Demonstrationen zusammen mit den Umweltverbänden vehement gegen die Laufzeitverlängerung gekämpft. Die Laufzeitverlängerung hat großen Schaden angerichtet: Sie hat das Vertrauen der Bürger in die Politik verletzt, sie hat den Verdacht genährt, dass die Regierung den Lobbyinteressen der großen Stromversorger mehr verpflichtet ist als der Sicherung der Bevölkerung, sie hat aber auch der Wirtschaft geschadet, weil Rechtssicherheit zerstört und Investitionsplanungen über den Haufen geworfen wurden.

Erst nach dem Reaktorunfall in Fukushima im März 2011 vollführte die Bundesregierung eine Kehrtwende um 180 Grad: Die sieben ältesten AKW plus das AKW Krümmel wur-

den abgestellt und sollen nicht wieder ans Netz gehen, die Laufzeiten der übrigen Atomkraftwerke sollen gekürzt werden. Wir haben den Antrag *Energiewende jetzt* und einen Gesetzentwurf *für eine beschleunigte Stilllegung von Atomkraftwerken* vorgelegt. Wir unterstützen einen neuen Energiekonsens, der über Legislaturperioden hinaus Bestand hat. Dazu gehört aus unserer Sicht eine schrittweise Abschaltung aller AKW bis spätestens 2022 mit Option einer früheren Abschaltung, die Beibehaltung der Brennstoffsteuer, die offene Suche nach einem Endlager. Wir stehen für bezahlbare Strompreise. Wir wollen Industrie sichern und die soziale Tragfähigkeit der Energiewende garantieren.

#### Untersuchungsausschuss Gorleben

Im Zusammenhang mit dem Atomausstieg muss auch über die Frage der Lagerung des Atomabfalls entschieden werden. Bei der Auswahl des Standortes Gorleben aber gab es offenbar früh Manipulationen. Der 1. Untersuchungsausschuss *Gorleben* soll Sachverhalte aufklären, die teilweise über 30 Jahre zurückliegen. Im Mittelpunkt steht die Frage nach der *politischen Einflussnahme* der Kohl-Regierung im Jahre 1983 bei der

Endlagerauswahl. Gab es eine politische Einflussnahme auf Geologen, Physiker und andere Experten? Schon jetzt steht fest: Schwarz-Gelbe Atompolitik heißt: tarnen, täuschen, tricksen. Gestern wie heute. Die heutige schwarz-gelbe Regierung versucht im Untersuchungsausschuss die Manipulationen und Fehler der früheren Schwarz-Gelben Regierung reinzuwaschen. Bereits jetzt belegen Akten und Zeugenvernehmungen: Im Jahre 1983 musste Gorleben einfach her, weil in diesem Teil Deutschlands konservative Landes- und Bundesregierung auf wenig Widerstand hofften. Politischer Druck überrollte wissenschaftliche Expertisen. Die Atomindustrie brauchte und wollte einen Endlager-Standort. Also wurde Gorleben erkundet. „Augen zu und durch“ nannte ein Zeuge im Untersuchungsausschuss dieses Motto. Ebenfalls bezeichnend ist die Zeugenaussage eines leitenden Beamten, der vor Kohls Kabinettentscheidung schrieb, dass man nicht das bestmögliche Endlager suchen solle, sondern zügig ein hinreichend sicheres braucht. Auch in diesem Punkt herrscht bis heute schwarz-gelbe Kontinuität. Merkel und Röttgen machen dort weiter wo Kohl und Merkel aufgehört haben.

#### Klimaschutz und Erneuerbare Energien

Nach dem Scheitern des UN-Klimagipfels in *Kopenhagen (2009)* war die Einigung der Vertragsstaaten auf das 2-Grad-Ziel in *Cancun (2010)* ein respektable Fortschritt. Wir stehen dafür, die Führungsrolle Deutschlands zu untermauern und wollen, dass ein globales, rechtsverbindliches und ambitioniertes Klimaschutzabkommen verabschiedet wird. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es abgelehnt, konkrete finanzielle Zusagen zur Unterstützung der Entwicklungsländer zu machen und so die internationalen Rahmenbedingungen maßgeblich mitzugestalten. Was in vielen Jahren aufgebaut wurde, hat die schwarz-gelbe Bundesregierung in kurzer Zeit zerstört. In mehreren Anträgen haben wir das europäische Ziel einer unkonditionierten Senkung der Klimagasmissionen von *30 % bis 2020* gegenüber 1990 gefordert. Bis heute bewegt sich Frau Merkel nicht. Wir setzen uns für ein nationales *Klimaschutzgesetz* ein. Darin sollen mittel- und langfristige Klimaziele sowie nachprüfbares Zwischenziele festgeschrieben und ein intensives und wirksames Monitoring festgelegt werden.

Das *Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)* hat einen beispiellosen Aufschwung in der jungen Branche in Gang gesetzt. Es trägt somit entscheidend zu

einer nachhaltigen Energieversorgung und zum Klimaschutz bei. Mit einem Antrag anlässlich des zehnjährigen Bestehens wurde der Erfolg dieses Gesetzes gewürdigt und eine Perspektive für die Weiterentwicklung der Energiepolitik aufgezeigt. Die Regierungsfaktionen haben zu jenem Zeitpunkt alle Forderungen für ein anspruchsvolles Energiekonzept abgelehnt und sich gegen ein wirksames Energieeffizienzgesetz ausgesprochen.

Die Regierungskoalition hat im Frühjahr 2010 mit der *Kürzung der Solarstromvergütung* den Angriff auf den forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien begonnen. Sie hat damit die Vorreiterrolle der deutschen Solarbranche mit zehntausenden von Arbeitsplätzen aufs Spiel gesetzt. Deutschland droht im weltweiten Technologierennen den Anschluss zu verlieren. Alle Änderungsanträge, die den Eingriff mildern sollten, wurden rigoros mit schwachen Argumenten abgelehnt. Schwarz-Gelb hat damit sowohl die bisherigen Errungenschaften aus der rot-grünen Regierungskoalition als auch ihr eigenes Ziel aufs Spiel gesetzt. Die Kürzungen im Bereich der zukunftsträchtigen Umwelttechnologien zeigen auf, in welche Richtung sich die Regierung von den Lobbyisten der Energiekonzerne hat treiben lassen.

Wir haben statt dessen vorgeschlagen, die Degressionsstufen so auszugestalten, dass die Vergütung stufenweise in gleichmäßigen Schritten sinkt.

Zur Stärkung der Vorteile der Nutzung von *Bio-methan* im Verkehrssektor haben wir in einem Antrag (Oktober 2010) Maßnahmen beschrieben, die die Absatzmärkte für diesen klimaschonenden Kraftstoff beleben können. Dem Anbau von Nahrungsmitteln muss nach wie vor Vorrang vor der energetischen Verwendung eingeräumt werden.

#### Schutz der Artenvielfalt

Zur *10. UNO-Biodiversitätskonferenz* betonen alle Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag die Bedeutung des Erhalts und Schutzes der weltweiten biologischen Vielfalt und das Ziel, die indigenen Völker an den Gewinnen, die die Industrieländer aus traditionellen Heilpflanzen erzielen, angemessen zu beteiligen. Darüber hinaus sollen konkrete Maßnahmen zum internationalen Wald- und Klimaschutz getroffen werden. Genau hier hat aber die Bundesregierung nicht genügend Gelder in den Haushalt 2011 eingestellt. International versprechen, national brechen – damit setzt sie Deutschlands Glaubwürdigkeit bei internationalen Verhandlungen aufs Spiel.

### Kinderspiel ist kein Lärm

Wenn Kinder und Jugendliche spielen, toben und bolzen, fühlen sich häufig Nachbarn gestört und erheben Klage gegen Kitas, Spiel-, Bolzplätze usw. Wir aber wollen nicht, dass unsere Kinder und Jugendlichen an den Rand der Städte gedrängt werden oder hinter Lärmschutzwänden verschwinden. Bereits 2009 haben wir im Bundesrat und in der großen Koalition Anträge zu Änderungen im Baurecht und im Lärmschutz initiiert. Es bedurfte aber weiterer Anträge der gesamten Opposition, bis Anfang 2011 endlich auch die Bundesregierung sich durchgerungen hat und im Bundesimmissionsschutzgesetz sicher stellt, dass Kinderlärm im Regelfall keine schädliche Umwelteinwirkung ist. Wir wollen weiter gehen und fordern, dass auch für Einrichtungen für Jugendliche im Alter von 14 – 18 Jahren Rechtsicherheit geschaffen wird. Nur so kann das Ziel einer kinderfreundlichen Gesellschaft erreicht werden.

### Verbraucherpolitik

Starke Verbraucherrechte, Transparenz und Wahlfreiheit sind Ziele unserer Verbraucherpolitik. Sie versetzen VerbraucherInnen in die Lage, bewusste Kaufentscheidungen zu treffen und ermöglichen damit einen nachhaltigen Konsum. Gesellschaftliche Veränderungen und neue wissenschaftliche Erkenntnisse über das Verbraucherverhalten machen eine Modernisierung der verbraucherpolitischen Instrumente nötig. Deshalb entwickeln wir eine *Strategie, wie Verbraucherpolitik* im 21. Jahrhundert aussehen sollte: Wer das oft nicht rationale Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher ignoriert, kann keine *guten* Gesetze machen. Grundpfeiler einer modernen Verbraucherpolitik ist deshalb, dass Auswirkungen von Gesetzesvorschlägen auf das Verbraucherverhalten systematisch geprüft und Erkenntnisse der Verbraucherschutzforschung berücksichtigt werden. Wir haben dazu als erste Fraktion im Juni 2010 einen Antrag für einen solchen *Verbraucher-Check von Gesetzen* und einen *Ausbau der verbraucherbezogenen Forschung* vorgelegt. Im Gegensatz dazu ist die Verbraucherpolitik der Ilse Aigner konzeptionslos. Viel ankündigen – wenig durchsetzen. Das ist Ihr Motto.

So war sie bei den *Dioxin-Funden* in Futtermitteln die Getriebene im Skandal. Erst wollte sie die Sache aussitzen, dann kam eine Selbstverpflichtung der Futtermittelindustrie. Wir waren die erste Fraktion, die mit einem 15-Punkte-Konzept für mehr Sicherheit im Lebensmittel- und Futtermittelsektor reagiert hat. Dazu gehörten Forderungen nach *gläserner* Futtermittelproduktion, Meldepflicht für Untersuchungslabore, Einrichtung einer Internetplattform *lebensmittelwarnung.de*, wirksames Verbraucherinformationsgesetz und länderübergreifende Qualitäts-

sicherung der Futtermittelüberwachung. Aigner musste am Ende 14 unserer Forderungen übernehmen. Ob sie dies gegenüber der Lobby auch durchsetzen wird, werden wir sehen. *Kündigungsschutz für Whistleblower*, also Beschäftigte und Mitarbeiter, die Behörden über Missstände informieren, lehnt sie dagegen ab.

### Agrarpolitik nachhaltig gestalten

Die europäische Agrarpolitik steht auf dem Prüfstand. Nach dem Jahr 2013 wird es einen neuen Politikrahmen für die europäische Land- und Forstwirtschaft geben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat als erste Stellung genommen. Unter dem Motto *Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen* wollen wir die Landwirtschaft zukunftsfähig aufstellen. Ideen aus dem Konzept *Gemeinsame Europäische Agrarpolitik nach 2013 weiterentwickeln!* finden sich in den ersten Vorstellungen der EU-Kommission wieder. Multifunktionale Landwirtschaft soll nachhaltig qualitativ hochwertige Lebensmittel und nachwachsende Rohstoffe erzeugen sowie Herausforderungen wie Klimawandel, Agro-Biodiversität, Bodenschutz und Wassermanagement bewältigen.

Zur Herausforderung Klimawandel haben wir in dem Konzept *Herausforderung Klimawandel – Landwirtschaft 2050* ein umfassendes Maßnahmenangebot für die Grundlagen einer nachhaltigen klimafreundlichen Land- und Forstwirtschaft vorgelegt.

Der Wald kann seine vielfältigen Schutz- und Nutzfunktionen für künftige Generationen nur erfüllen, wenn tatsächlich eine nachhaltige Bewirtschaftung stattfindet. Dazu haben wir mit *Bundeswaldgesetz nachhaltig gestalten – Schutz und Pflege des Ökosystems* die Anpassung des Bundeswaldgesetzes an die Nachhaltigkeits- und Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung eingefordert. Die Koalition sieht den Wald dagegen unter reinen wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Auch die europäische Fischereipolitik steht auf dem Prüfstand. Wir haben unsere Vorstellungen zu einer nachhaltigen Europäischen Fischereipolitik mit einem Antrag *Die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik zum Erfolg führen* dargestellt.

Zum Schwerpunkt Tierschutz haben wir verschiedene Vorschläge entwickelt, vor allem das Konzept eines *Tierschutz-TÜV*, die zügige Einführung eines obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahrens für Haltungseinrichtungen für Nutztiere. Ein TierschutzTÜV würde die Haltungsbedingungen für unsere landwirtschaftlichen Nutztiere ganz wesentlich verbessern und so den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher endlich nachkommen.

### Bildung

#### Gegen Privatisierung von Bildung. Für Chancengleichheit.

Leere Versprechen, folgenlose Ankündigungen, hektische Wendungen – das sind die Kennzeichen von Bildungsministerin Schavan. Bei ihrem Zickzackkurs bleiben bessere Chancen von jungen Menschen auf der Strecke. Schavan wechselt ihre Meinung, wie es ihr opportun erscheint: Früher diffamierte sie das SPD-Ganztagsschulprogramm als „Suppenküchenprogramm“, heute fordert sie mehr Ganztagsschulen. Früher kämpfte sie gegen Bundeszuständigkeiten für Bildung, heute macht sie sich die SPD-Forderung einer Verfassungsänderung für mehr Bund-Länder-Kooperation zu eigen. Wenn ihren Wendemannövern die richtige Politik folgen würde, wäre das im Interesse aller. Doch meist bleibt es bei folgenlosen Ankündigungen.

Treu bleibt sich Schavan an einer Stelle: Die Privatisierung von Bildungschancen zieht sich als roter Faden durch ihre Politik. Dass in keinem vergleichbaren Land der Bildungserfolg derart stark von der sozialen Herkunft abhängt wie in Deutschland, ignoriert sie. Schavan setzt auf weniger sozialen Ausgleich und mehr Gebühren. Gute Bildung sollen nur diejenigen erhalten, die sich gute Bildung kaufen können. Ein Beispiel hierfür ist ihr Nationales Stipendienprogramm. Für diese Förderung von wenigen hat sich Schavan leidenschaftlich eingesetzt. Für die vielen, die vom BAföG profitieren, hatte sie nur eine kleine Alibierhöhung übrig.

#### Kooperativen Föderalismus für Bildung stärken

Bildung ist ein Menschenrecht und Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Es ist Aufgabe des Staates, ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungswesen zu gewährleisten. Dabei hat sich unser Bildungsföderalismus grundsätzlich bewährt.

Doch das Verbot im Grundgesetz zu verankern, dass Bund und Länder bei Bildung zusammenwirken können, war ein Fehler. Die dadurch empfindlich beschnittenen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zur Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen werden den bildungspolitischen Herausforderungen nicht gerecht. Sie ignorieren auch den immer lauter werdenden Ruf nach gemeinsamen Standards in der Bildungspolitik.

Damit der Bund wieder wichtige Impulse geben, damit er beispielsweise das erfolgreiche Ganztagsschulprogramm neu auflegen kann, müssen wir wieder eine starke und wirkungsvolle Zusammenarbeit der föderalen Akteure ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für die Aufhebung

des Kooperationsverbots ein. Wir werben für Mehrheiten, um die hierfür erforderliche Änderung des Grundgesetzes vornehmen zu können. Viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter wissen wir dabei an unserer Seite. Doch die Bundesregierung schaltet bislang auf stur. Sie ignoriert damit den Wunsch der allermeisten Menschen in Deutschland, denen zu Recht starke Bildungsinvestitionen wichtiger sind als föderale Zuständigkeitsfragen.

#### Masterplan Ganztagsschule: Bis 2020 für jedes Kind einen Ganztagsschulplatz

Mit unserem Masterplan Ganztagsschule zeigen wir, wie ein flächendeckender Ausbau von Ganztagsangeboten von der Grundschule bis zum Abitur gelingen kann, und das bis zum Jahr 2020. Damit jedes Kind und jeder Jugendliche sich darauf verlassen kann, tatsächlich einen Platz zu bekommen, wollen wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsschule einführen. Und auch die Qualität muss stimmen: Denn nur gute Einrichtungen sind in der Lage, Kinder und Jugendliche individuell zu fördern und ihre Talente und Fähigkeiten zu entwickeln.

#### Offensive für mehr und bessere Ausbildungsplätze

Die Bundesregierung malt die Situation auf dem Ausbildungsmarkt schön. Der Berufsbildungsbericht 2011 zeigt hingegen ein ernüchterndes Bild: Immer noch haben wir kein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen. Besonders bedrückend: 1,5 Mio. junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss und befinden sich auch nicht oder nicht mehr in einer Berufsqualifizierung. Deshalb wollen wir eine Offensive für mehr und bessere Ausbildungsplätze. Dazu haben wir konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt:

1. Berufsausbildungsgarantie einführen: Jeder junge Mensch soll einen Rechtsanspruch auf Berufsausbildung erhalten.
2. Ausbildungsbonus weiter entwickeln: Rund 50.000 junge Menschen konnten mit seiner Hilfe einen Ausbildungsplatz bekommen. Dass die Bundesregierung ihn abschafft, ist falsch.
3. Maßnahmenchungel lichten und durchforsten: Der Übergang von der Schule in die Ausbildung erweist sich als problematisch. Nach dem Motto *weniger ist mehr* wollen wir gute und erfolgreiche Maßnahmen ausmachen und weiter ausbauen.

Zuallererst aber stehen die Unternehmen in der Verantwortung. Die Unternehmen müssen in ihrem eigenen Interesse dafür sorgen, dass junge Menschen gut und umfassend ausgebildet werden.

#### An modernen Hochschulen das Recht auf Bildung für alle verwirklichen

Die hochschulpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung sind unzureichend oder zeigen eine fatale Akzentverschiebung hin zur Elitenförderung. Wir wollen hingegen das Recht auf Bildung für alle verwirklichen. Dazu gehört, Hochschulen für alle Studienwilligen offen zu halten, die Aufnahme eines Studiums nicht am knappen Geldbeutel der Eltern scheitern zu lassen und gute Studienbedingungen für alle Studierenden sicherzustellen. Unsere Konzepte dafür sind klar, realistisch und bezahlbar.

#### Studienplätze fördern – Hochschulpakt Plus gestalten

Der 2006 gestartete Hochschulpakt zur Förderung zusätzlicher Studienanfänger ist ein Erfolg, seine Weiterentwicklung dringend erforderlich. Wir haben deshalb ein Konzept für einen *Hochschulpakt Plus* vorgelegt. Damit soll der Hochschulpakt bis 2015 ausgeweitet und verlängert werden. Außerdem wollen wir die Einrichtung von Master-Studienplätzen fördern. Und wir wollen mit einem neuen *Abschluss-Bonus* Hochschulen in Sachen Betreuung und gute Lehre unterstützen.

#### BAföG weiter verbessern

Ein starkes und leistungsfähiges BAföG ist auch in Zukunft unverzichtbar. Dazu haben wir Vorschläge unterbreitet.

#### Reform der Hochschulzulassung zügig voranbringen

Ministerin Schavan hat das Projekt des modernen Hochschulzulassungsverfahrens vor die Wand fahren lassen. Ein modernes Verfahren ist aber im Interesse der Studierenden und dringend erforderlich. Deshalb haben wir Vorschläge für eine Reform des Zulassungsverfahrens und ein Notfallkonzept für eine bessere Zulassungspraxis für die Übergangszeit unterbreitet.

#### Qualität der Lehre und Studienbedingungen verbessern

Ministerin Schavan hat den Studierenden viel versprochen – und wenig gehalten. Vorerst vom Tisch ist die Lehrakademie. Aus dem versprochenen *Mobilitätspakt* ist ein Päckchen geworden, das kaum 2.000 Studierende erreicht. Übrig geblieben ist der Pakt für die Qualität der Lehre, mit dem Schavan ein SPD-Konzept übernimmt. Aber auch hier bleibt sie auf halbem Wege stehen. Die finanzielle Ausstattung des Pakts ist nicht ausreichend. Anders unser Konzept. Wir stellen zur Verbesserung der Studien- und Lehrbedingungen den Personalausbau in den Mittelpunkt. So verbessern wir zugleich die Berufs- und Karriereperspektiven für den dringend benötigten wissenschaftlichen Nachwuchs.

**Zugang zum Masterstudium ermöglichen**  
Studierenden, die an ihren Bachelor-Abschluss einen Master anhängen wollen, stehen heute ein Mangel an Plätzen und künstliche Zugangshürden im Weg. Das wollen wir ändern. Wir sehen Bund und Länder gemeinsam in der Pflicht, für ein bedarfsdeckendes Angebot zu sorgen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, den Hochschulpakt für Studienanfänger um eine entsprechende Säule der Finanzierung von Master-Studienplätzen zu ergänzen.

Familie, Senioren, Frauen und Jugend

#### Gegen Diskriminierung. Für Gleichstellung.

Keine Weiterentwicklung des Elterngelds, Absage an einen Krippengipfel, kein Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit – Familienministerin Schröder ist keine kompetente Familienministerin, sondern eine kapitale Fehlbesetzung. Die Hessin ist dem Amt nicht gewachsen, ihre Aufgaben sind immer noch drei Nummern zu groß für sie. Es fehlt ihr an Ideen für eine moderne Gesellschaftspolitik, an Engagement und an Durchsetzungskraft. Die Leidtragenden sind Familien und Frauen.

Gerade vor dem Hintergrund knapper finanzieller Mittel bräuchten Kinder und ihre Eltern jetzt eine starke Anwältin für ihre Interessen. Nötig wäre ein Einsatz der Ministerin für bessere Bildung und Betreuung, für mehr Partnerschaftlichkeit beim Elterngeld, für gezielte Vermeidung von Kinder- und Familienarmut, für eine Vereinbarkeit von Familie und Pflege, die nicht einseitig zu Lasten der pflegenden Familienangehörigen geht. Doch an all diesen Großbaustellen scheitert Schröder. Mal ist es der Druck des Finanzministers, dem sie nicht standhält. Mal gibt sie dem Drängen der Privatwirtschaft nach.

Am meisten leiden die Frauen unter Schröders Schwäche. Frauen sind im Erwerbsleben benachteiligt, freiwillige Maßnahmen haben hieran nichts geändert. Eine breite gesellschaftliche Allianz bekennt sich deshalb zu gesetzlichen Maßnahmen und fordert eine Quote für Frauen in Aufsichtsräten. Was tut Schröder? Erst lehnt sie eine Quote ab. Als der gesellschaftliche Druck zu groß wird, kippt sie um und zieht die völlig untaugliche *Flexiquote* aus dem Hut. Doch noch nicht mal dafür gelingt es ihr, die Zustimmung der Wirtschaft zu bekommen. Ihr groß inszenierter Frauengipfel im März scheiterte kläglich.

#### Gleichstellung von Frauen und Männern: Die Zeit ist reif für Quoten und Gesetze!

Die Vereinbarung zur Chancengleichheit von Frauen im Erwerbsleben, auf die sich die Bundesregierung vor 10 Jahren mit der Wirtschaft im



guten Glauben eingelassen hat, ist gescheitert. Immer noch sitzen auf den Chefsesseln fast nur Männer, immer noch bekommen Männer das ganze Gehalt, Frauen nur Dreiviertel davon, immer noch ist ausgerechnet die prekäre Beschäftigung eine Frauendomäne. Wir wollen tatsächliche Gleichstellung nicht auf den Sankt-nimmerleinstag verschieben. Deshalb haben wir eine ganze Palette von gesetzlichen Maßnahmen entwickelt, mit denen wir den Stillstand endlich überwinden wollen:

**Frauen verdienen das Gleiche.** Damit das Realität wird, haben wir Eckpunkte für ein Entgeltgleichheitsgesetz vorgelegt.

**Frauen sollen oben ankommen.** Dafür haben wir einen Antrag auf ein Gesetz vorgelegt, das einen Anteil von mindestens 40% für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen vorschreibt.

**Frauen brauchen gute Arbeit.** Deshalb setzen wir auf einen gesetzlichen Mindestlohn. Damit Teilzeitarbeit nicht zum Karrierekiller wird, wollen wir sie aufwerten und mit dem Recht auf Rückkehr in Vollzeitätigkeit ausstatten. Schließlich wollen wir Verbesserungen bei den Minijobs durch eine Stundenobergrenze erreichen.

**Frühkindliche Bildung und Betreuung: Kita-Ausbau vorantreiben, Qualität verbessern**  
Der fristgerechte Ausbau von Kitas und damit die Einlösung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz im Jahr 2013 drohen zu scheitern. Der Grund: Der Run auf Kitaplätze ist größer als 2007 prognostiziert. Die Hilferufe der Kommunen werden immer lauter. Die Bundesregierung schaut tatenlos zu und verspielt damit bessere Chancen von Kindern und Eltern.

Wir fordern deshalb eine Neuauflage des Krippengipfels. Alle Verantwortlichen müssen wieder an einen Tisch und die Finanzierung des

Krippenausbaus nachjustieren. Dazu gehört auch eine weitere kräftige Bundesfinanzspritze. Außerdem gilt es, die Qualität von frühkindlicher Bildung weiter zu verbessern und gute Standards zu vereinbaren. Außerdem wollen wir den bestehenden Rechtsanspruch auf einen Ganztagsanspruch erweitern.

**Partnerschaftlichkeit beim Elterngeld stärken**  
Das Elterngeld ist bei dieser Bundesregierung in keinen guten Händen. Erst wird die Weiterentwicklung auf Eis gelegt, dann erfolgen Kürzungen und gänzliche Streichung ausgerechnet bei den Langzeitarbeitslosen, jüngst wird das Elterngeld komplett in Frage gestellt. Das ist falsch. Denn das Elterngeld hat sich bewährt. Es schafft für junge Familien im Jahr nach der Geburt einen wichtigen Schonraum und signalisiert den Müttern, bald wieder in den Beruf zurückkehren zu können. Außerdem hat es vor allem junge Väter zum Umdenken gebracht. 23% von ihnen nehmen mittlerweile die Partnermonate in Anspruch. Das stärkt die partnerschaftliche Arbeitsteilung von Frauen und Männern und verhilft den Kindern zu ihren Vätern. Deshalb halten wir am Elterngeld fest und wollen es weiterentwickeln. Dazu gehört, die unsozialen Kürzungen zurückzunehmen und das Erfolgsmodell Partnermonate weiter zu modernisieren.

**Kinder- und Familienarmut überwinden**  
Wir wollen Kinder- und Familienarmut mit einem Maßnahmenmix wirkungsvoll bekämpfen. Dazu zählen der weitere Ausbau von Kitas und Ganztagschulen, die Weiterentwicklung von gezielten finanziellen Hilfen genauso wie die Schaffung eines intakten Arbeitsmarktes inklusive eines gesetzlichen Mindestlohns. Alleinerziehende wollen wir besonders unterstützen, weil sie von Armut überproportional betroffen sind. Die Bekämpfung von Kinderarmut spielt bei dieser Bundesregierung keine große Rolle. Die Weiterentwicklung des Kinderzuschlags ist auf

Eis gelegt, der Mindestlohn hat keine Aussicht auf Verwirklichung. Auch bei der Umsetzung des Regelsatzurteils des Bundesverfassungsgerichts ging es Ministerin von der Leyen nicht um wirkungsvolle Hilfen für Kinder, sondern um eine möglichst gute Publicity. Andernfalls hätte sie unseren Vorschlag aufgegriffen und konsequent in Infrastruktur investiert.

#### Bundesregierung verspielt Chancen mit Bundesfreiwilligendienst

Das Aussetzen der Wehrpflicht und der damit verbundene Wegfall des Zivildienstes wären eine große Chance gewesen für mehr Freiwilligkeit und eine Stärkung der Zivilgesellschaft. Diese Chance hat die Bundesregierung leichtfertig verspielt. Mit dem Bundesfreiwilligendienst setzt Ministerin Schröder aufs falsche Pferd. Sie schafft damit einen staatlichen Dienst, der neben die bewährten Formate Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) tritt. Damit etabliert sie teure und überflüssige Doppelstrukturen. Noch dazu ist die Einführung des neuen Dienstes schlecht vorbereitet. Das schürt Unsicherheit, gerade bei jungen Menschen. Es rächt sich schon jetzt, dass die Bundesregierung nicht unseren Vorschlag aufgegriffen hat, den Wegfall des Zivildienstes für eine konsequente Stärkung von FSJ und FÖJ zu nutzen.

#### Generationenpolitik als Chance für mehr Lebensqualität

Die Lebenserwartung steigt ständig – und das ist ein Gewinn. Denn die hinzugewonnenen Lebensjahre bedeuten für die allermeisten ein Plus an aktiver und gesunder Lebenszeit. Die steigende Lebenserwartung ist aber auch eine Chance, gesellschaftliche Arbeit gleichmäßiger zu verteilen, Lebensläufe zu entzerren und so mehr Lebensqualität für alle Generationen zu gewinnen. Die Projektgruppe *Generationenpolitik* entwickelt hierzu zukunftsweisende Konzepte und leistet damit spannende Pionierarbeit.

gen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, bei Infrastruktur und Städtebau überproportional zu Lasten des Ostens.

Langfristig brauchen wir eine erneuerte Idee von der sozialen Einheit Deutschlands. Das betrifft nicht nur Ost und West, sondern unabhängig von der Himmelsrichtung auch das Gefälle zwischen starken und schwachen Regionen. Der föderale Finanzausgleich muss zukunftsfest gemacht werden. Wir stehen zu dem Leitbild, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Jede Region hat ihre eigenen Stärken, aber alle müssen eine Chance auf Entwicklung finden.

### Aufbau Ost und strukturschwache Regionen: Die Schere schließen. Für die soziale Einheit.

Deutsche in Ost wie West haben gemeinsam ein ganzes Land strukturell umgebaut und modernisiert. Die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland leben nun in individueller Freiheit und Demokratie – viele von ihnen auch in Wohlstand mit sozialer Teilhabe. Das ist eine starke Leistung!

Über 20 Jahre nach der friedlichen Revolution ist die Einheit unseres Landes aber noch immer nicht vollendet. Die ostdeutsche Wirtschaftskraft liegt deutlich hinter der westdeutschen. Noch immer bestehen tiefe strukturelle Probleme. Deshalb wollen wir die Wirtschafts- und Innovationskraft Ostdeutschlands weiter stärken. Es gilt, die sozialen Spannungen zu überwinden und die hohe

Arbeitslosigkeit, vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit, zu bekämpfen. Wir müssen Antworten auf die demografischen Herausforderungen geben. Außerdem stehen wir zum Solidarpakt zwischen Ost- und West bis 2019. Ostdeutsche Länder brauchen Mittel für Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Anders die Bundesregierung. Sie tut nichts, um den ostdeutschen Aufholprozess weiter voranzubringen, geschweige denn, dass sie ein Gesamtkonzept hätte. Ihr fallen die ostdeutschen Bundesländer immer nur ein, wenn es ums Streichen und Kürzen geht. So gehen gerade die Einsparun-

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

#### Für einen neuen Infrastrukturkonsens.

In den 11 Regierungsjahren der SPD wurden die *Weichen für eine nachhaltige Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik* gestellt. Klima- und Umweltschutz waren uns dabei genau so wichtig wie die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft. Die wirkliche Stärke des jetzigen Bundesverkehrsministers Peter Ramsauer ist die Ankündigung. Populistisch verspricht er, was Bürgerinnen und Bürger gerade zu beschäftigen scheint – von der nationalen Streusalzreserve bis zum Überholverbot für LKW in der Ferienzeit. Vollmundigen Versprechen folgen keine verbindlichen Entscheidungen. Den größten Investitions Haushalt des Bundes hingegen verwaltet er ohne erkennbares Konzept. Dabei hängen von einer funktionierenden Infrastruktur die gesamte Volkswirtschaft und das gesellschaftliche Leben ab. Drängende Aufgaben wie die zukünftige Finanzierung der Infrastruktur in Deutschland hat der Verkehrsminister auf Eis gelegt, Fragen zur Vereinbarkeit von Mobilität und Umwelt weicht er aus, und wie das künftige Verkehrswachstum bewältigt werden soll, wird vernebelt. Die schwarz-gelben Klientelgeschenke und Steuerprivilegien gehen zu Lasten der Infrastrukturinvestitionen. Städtebauförderung und Mittel für CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung wurden empfindlich gekürzt. Ein weiterer Schlag gegen die Kommunen. Ein Tritt auf die Bremse beim Wachstum. Und ein Debakel für den Klimaschutz im Gebäudebereich.

#### Nachhaltige Mobilität ermöglichen

Ziel der SPD-Verkehrspolitik ist es, die gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendige *Mobilität umweltfreundlich, bezahlbar und sicher zu gestalten*. Das werden wir nur erreichen, wenn wir die einzelnen Verkehrsträger vernünftig kombinieren und insbesondere mehr Güterverkehr von der Straße auf die umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene und Wasserstraßen verlagern.

Unter dem SPD-Verkehrsminister Tiefensee wurde deshalb der nachhaltige *Masterplan Güterverkehr und Logistik als Gesamtkonzept* für einen umwelt- und wirtschaftsfreundlichen Güterverkehr erarbeitet und verabschiedet. FDP und Straßenlobby haben sich jetzt beim neuen Verkehrsminister durchgesetzt. Für den neuen *Aktionsplan Güterverkehr und Logistik* wurde der Ansatz der integrierten Verkehrspolitik aufgegeben. Die Absicht des Ministers, die Verkehre auf die Schiene zu verlagern, wurde damit zum reinen Lippenbekenntnis.

Stattdessen will Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer bundesweit in einem Feldversuch die

Einführung von Monstertrucks testen. Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesländer, in denen auch die SPD regiert, haben sich für den sofortigen Stopp aller Vorbereitungen für den Feldversuch und gegen die Zulassung der so genannten Gigaliner ausgesprochen. Die Mehrheit der Bundesländer folgt der sozialdemokratischen Linie und lehnt den Feldversuch ab. Gigaliner gefährden die Verkehrssicherheit und treiben die Verlagerung von noch mehr Güterverkehr auf die Straße voran.

Zu einem nachhaltigen und sozialen Verkehrskonzept gehört ein funktionierender Öffentlicher Personennahverkehr. Der *ÖPNV ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge*, für die die Kommunen Verantwortung tragen. Für die kommunalen Aufgabenträger muss die Vergabe von Nahverkehrsleistungen direkt an ein eigenes kommunales Verkehrsunternehmen möglich bleiben. Die Städte und Kreise werden sonst zu Ausfallbürgen für Linien, die für Private nicht attraktiv sind. Eine unregulierte Freigabe des Fernlinienbusverkehrs lehnen wir ab. Ohne Mautpflicht und Fahrgastrechte droht eine Billigkonkurrenz, die der Schiene schadet. Auch im Bereich des ÖPNV darf auf die verbindliche Vorgabe von Sozial- und Qualitätsstandards nicht verzichtet werden.

Zur umweltgerechten Ausgestaltung unserer Infrastruktur gehört die *Bekämpfung des Verkehrslärms*. Die SPD-Fraktion fordert von der Bundesregierung mehr Engagement im Kampf gegen den Lärm. Mio. Bürgerinnen und Bürger sind täglich Verkehrslärm ausgesetzt und leiden unter den lärmbedingten gesundheitlichen Folgen. Jedes Jahr vernichtet Verkehrslärm volkswirtschaftliche Werte im zweistelligen Mrd. Bereich und die Prognosen gehen von weiter rasant steigenden Verkehren aus, die zusätzlichen Lärm generieren werden. Besonders aber die Beeinträchtigung der Lebensqualität durch Lärm führt bei der Bevölkerung zu einer schwindende Akzeptanz von Verkehr. Lärmschutz muss zum Wettbewerbsfaktor werden, auf der Schiene, auf der Straße, im Güter- und Personenverkehr. Im Dialog mit Fachexperten aus Wissenschaft, Verbänden und Bürgerinitiativen haben wir ein umfassendes Konzept für die Bekämpfung des Verkehrslärms im Landverkehr erarbeitet und in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Bahnpolitik ist mehr als Politik für die DB AG. Der Bund ist verantwortlich für eine *leistungsfähige Bahninfrastruktur* in Deutschland. Dieser Aufgabe hat die schwarz-gelbe Bundesregierung Rechnung zu tragen. Sie muss im Interesse der Kundinnen und Kunden ihrer Verantwortung für einen leistungsfähigen DB-Konzern wieder gerecht werden, der auch bei Hitze und Schnee seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen

Verkehrsträgern unter Beweis stellt. Zu einem reibungslosen Schienenverkehr gehört auch eine ausgeprägte Sicherheitsphilosophie. Mehr Mittel müssen in den Ausbau und die Instandhaltung des Schienenverkehrs investiert werden, denn frühzeitige Investitionen vermeiden langfristig teure Reparaturmaßnahmen. Wir fordern aber auch die DB AG selbst auf, zunächst die Hausgaben zu machen, bevor sie weiter auf internationale Einkaufstour geht.

Auf dem Weg zur *klimaschonenden Mobilität der Zukunft* wird in den kommenden Jahren die ambitionierte Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes durch die weitere Verbesserung der Effizienz von Verbrennungsmotoren und des Einsatzes biogener Kraftstoffe eine besondere Rolle spielen. Gleichzeitig stellt der massive Ausbau der Elektrifizierung des Antriebs bei Automobilen die große Chance dar, die Mobilität auch in der Zukunft zu sichern. Die Gestaltung des Strukturwandels, der mittelfristige Übergang von verbrennungsmotorischen zu elektrischen Antrieben ist eine große wirtschafts- und forschungspolitische Aufgabe. Elektromobilität kann zu einem zukünftigen Jobmotor werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

#### Ehrliche Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur sichern

Wir brauchen eine *Zukunftsstrategie zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur*. Dazu gehören gezielte Investitionen in die Beseitigung von Engpässen ebenso wie die Sanierung des Bestandsnetzes. Das gilt gleichermaßen für Straße, Schiene und Wasserstraße. Unser Ziel ist es, einen breiten gesellschaftlichen Konsens für die richtigen und wichtigen Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur zu erreichen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu die Bundesregierung aufgefordert, alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte im Bund und in den Bundesländern in einer Zukunftskommission zusammen zu holen, um den derzeitigen Stillstand zu beenden. Das hat sie abgelehnt, verweigert jedoch auch jegliche Reformvorschläge. Dabei gibt das Bundesverkehrsministerium gibt zu, dass laut Bundesverkehrswegeplan bis 2015 insgesamt 12,5 Mrd. Euro für den Erhalt von Bundesfernstraßen zur Verfügung stehen müssten. Das passt aber nicht zur mittelfristigen Finanzplanung des Bundes. Es fehlen jährlich rund 500 Mio. Euro. Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind auf 10 Mrd. Euro gesunken. Selbst dieses zusammengekürzte Niveau ist durch neue Belastungen hart erkaufte. Die Bahn muss nun jährlich eine Zwangsdividende von einer halben Mrd. Euro zum Stopfen von Haushaltslöchern leisten, Geld, das dringend für die Modernisierung der Schieneninfrastruktur und die Lärmsanierung gebraucht wird. Aber diese Gelder fließen

in den allgemeinen Haushalt. Wir fordern, die *Bahn dividendende zweckgebunden im Haushalt des Verkehrsministeriums* zu belassen.

Neue Mittel für die Finanzierung müssen generiert werden. Die Ausweitung der LKW-Maut ist ein Schritt in die richtige Richtung, denn LKWs verursachen 60.000 Mal höhere Schäden an der Straßeninfrastruktur als PKWs. Aber die Ausweitung der Maut auf vierstreifige Bundesfernstraßen ist dilettantisch vorbereitet. Der Zeitpunkt der Einführung wird monatlich verschoben – zunächst für den Jahresbeginn 2011 geplant, verzögert sich der Start im Laufe des Jahres Monat für Monat. Die geplanten Einnahmen von rund 100 Mio. Euro im Jahr werden nicht erreicht werden. Die anfänglich geplante Bema- tung von knapp 3000 km Bundesstraße wird nicht realisiert. Es werden lediglich rund 1000 km bemautet werden. Damit werden auch ledig- lich 2/3 der geplanten Einnahmen in den Bun- deshaushalt fließen.

Der Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer lässt gegen den Willen der Bundeskanzlerin seit 2009 in seinem Ministerium an der Einführung einer *Pkw-Maut* arbeiten. Wir kritisieren die Ge- heimarbeiten und fordern die Offenlegung aller Pläne. Pendler dürfen nicht zusätzlich belastet werden. Besonders eine Vignettenlösung führt zu Ausweichverhalten und belastet die Umwelt. Eine Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) kann eine Lösung sein, wenn Verträge transparent sind und sich die öffentliche Hand dadurch nicht lang- fristig verschuldet.

**Verkehrswege bürgernah und transparent planen**  
Die Diskussionen über eine stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Planung unsere Verkehrswege haben mit den Debatten über das Bahnprojekt *Stuttgart 21* eine neue Dynamik erhalten. Gerade in überlang dauern- den Planungsverfahren muss immer wieder um die Akzeptanz in der Bevölkerung gerungen wer- den. Gleichzeitig klagen Vorhabenträger darüber, dass Planungsverfahren in Deutschland viele Jahre oder Jahrzehnte dauern.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist sich sicher, dass frühzeitige Informationen über Projekte von der Idee über die Planungs- bis zur Realisie- rungsfrage und die Beteiligung der Betroffen- en vor Ort gestärkt werden müssen. In jedem Schritt müssen für die Bürgerinnen und Bürger Transparenz hergestellt und Möglichkeiten benannt werden, welche Einflussmöglichkeiten auf die Planungen gegeben sind. Wir arbeiten an einem Konzept, mit dem wir konkrete Ände- rungsvorschläge für eine bessere Bürgerbetei- ligung und eine Beschleunigung von Planungs- verfahren vorschlagen wollen.

**Kommunen stärken, Klimaschutzziele erreichen**  
Städte und Gemeinden sind durch wirtschaft- lichen Strukturwandel, demografischen Wandel, Klimawandel und die Fragen der Integration herausgefordert. Die Maxime sozialdemokra- tischer Politik war immer, die *Kommunen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen aktiv zu unterstützen*. Unsere erfolgreiche Politik der Ver- gangenheit wurde durch die Maßnahmen der schwarz-gelben Bundesregierung konterkariert.

Die *Kürzung der Städtebauförderung* durch die schwarz-gelbe Bundesregierung betrifft schmerz- lich das Programm *Soziale Stadt*. Damit wird nicht nur in Beton, sondern vor allem in den sozialen Zusammenhalt der Stadtteile investiert. Der FDP war dies ohnehin ein Dorn im Auge. Ihr zuständiger Sprecher äußerte entlar- vend in der Haushaltsdebatte im März 2010: „Wir wollen uns darauf konzentrieren, mit dem Programm *Soziale Stadt* Investivmaßnahmen zu finanzieren. Die Zeit der nichtinvestiven Maßnahmen, zum Beispiel zur Errichtung von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshin- tergrund, ist vorbei ...“. Union und FDP kürzten das Programm *Soziale Stadt* im Haushalt 2011 von 95 Mio. auf nur noch 28,5 Mio. Euro und be- schränken es auf rein bauliche Maßnahmen. Wir haben den breiten gesellschaftlichen Pro- test zusammen mit Verbänden und Betroffen- en vor Ort organisiert und fordern eine Rück- kehr zur ursprünglichen Förderidee.

Das *CO2-Gebäudesanierungsprogramm* ist ein wahres Erfolgsprogramm des SPD-geführten Bundesbauministeriums. Es hilft Privatleuten genauso wie Kommunen, die ihren Wohnungs- bestand energetisch sanieren. Es sichert Arbeits- plätze beim regionalen Handwerk und es steuert umweltpolitisch. Bundesbauminister Ramsauer hat die Haushaltsmittel für die CO2-Gebäu- desanierung im Jahr 2011 halbiert, nur um sie dann selbstlobend mit Mitteln aus dem Klima- und Energiefonds wieder aufzustocken. Das För- dervolumen bleibt unter einer Mrd. Euro und damit weit hinter den erforderlichen Haushalts- mitteln zurück. Die Bundesregierung sorgt da- mit für eine sinkende Sanierungsquote. Wir wol- len energetische Gebäudesanierung forcieren. Wir fordern eine angemessene finanzielle Aus- stattung und intelligente Strategien, damit auch im Bereich des Wohnungsbaus die Klimaziele erreicht werden. Eine Aushöhlung von Mieter- rechten werden wir aber nicht mittragen.

Innen und Recht

### Gegen den Überwachungsstaat. Für Demokratie. Für Bürgerrechte.

#### Eine moderne Rechtspolitik

Gute Rechtspolitik muss Gesetz und Wirklich-

keit stets im Blick haben und veränderten Le- bensverhältnissen Rechnung tragen. Deshalb haben wir das *Familienrecht* in der vergange- nen Wahlperiode fortentwickelt und stellen uns den gegenwärtigen Herausforderungen. Dazu zählt die *elterliche Sorge für nichteheli- che Kinder*. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, die bisherige Regelung zu ändern und die Rechtsstellung nichtehelicher Väter zu stärken. Bislang ist die gemeinsame Sorge bei nicht verheirateten El- tern an die Zustimmung der Mutter gebun- den. Nach dem Urteil des Bundesverfassungs- gerichts gilt vorläufig, dass die Entscheidung der Mutter im Lichte des Kindeswohls gericht- lich überprüft und wenn nötig die Zustim- mung ersetzt werden kann. Wir wollen eine Neuregelung auf der Grundlage der Über- gangsregelung des Bundesverfassungsge- richts und dabei die beratende Aufgabe der Jugendämter stärken. Die *Reform des Unter- haltsrechts* ist seit dem 1. Januar 2008 in Kraft. Wir sammeln und diskutieren mit Verbänden und Familienrechtsexpertinnen und -exper- ten die praktischen Erfahrungen mit der Re- form. Wo Handlungsbedarf besteht sind wir für Korrekturen und Änderungen offen.

Das schreckliche Schicksal des zweijährigen Kevin, der im Jahre 2006 misshandelt zu Tode kam, hat schwerwiegende Mängel des *Vormundschafts- rechts* deutlich gemacht. Der zuständige Vor- mund betreute rund 200 Mündel und hatte keine Kenntnis von den katastrophalen Verhält- nissen, in denen das Kind lebte. Deshalb haben wir mit einem Antrag im Bundestag gefordert, die Zahl der Mündel je Vormund auf höchstens 40 zu begrenzen. Zudem wollen wir die ge- richtliche Kontrolle und die Zusammenarbeit zwischen Familiengericht und Jugendamt ver- bessern. Einzelvormundschaften sollen geför- dert werden.

Nachdem wir in den vergangenen Jahren die Angleichung des *Rechts der eingetragenen Le- benspartnerschaften* an das Recht der Ehe stetig vorangetrieben haben, ist es an der Zeit, die Lebensformen rechtlich vollständig gleich- zustellen. Dies fordern wir mit unserem An- trag *Gleichstellung eingetragener Lebenspart- nerschaften*.

Der *Frauenanteil in den Führungsgremien der Wirtschaft* hat sich auch 10 Jahre nach der Ver- einbarung der Bundesregierung mit den Spit- zenverbänden der Deutschen Wirtschaft zur Erhöhung des Frauenanteils nicht nennenswert verbessert. Deshalb ist eine gesetzliche Rege- lung der Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen dringend erforderlich. Wir unter- stützen dieses Anliegen im parlamentarischen Verfahren.

Maklerkosten belasten Mieter immer stärker. Mit unserem Antrag *Maklerkosten gerecht verteilen* haben wir auf den unakzeptablen Zustand reagiert, dass Makler häufig vom Ver- mieter beauftragt und auch in dessen Interes- se tätig werden, die Kosten jedoch in voller Höhe auf den Mieter abgewälzt werden. Wir fordern, dass die Maklercourtage zukünftig von beiden Parteien zur Hälfte getragen wird.

Internet und digitale Gesellschaft stellen das Urheberrecht vor vielfältige Herausforderun- gen. Daher müssen wir das *Urheberrecht* wei- ter an die Erfordernisse der digitalen Gesell- schaft anpassen. Wir setzen uns dafür ein, zeitgemäße Rahmenbedingungen für die Ver- wertung und Vergütung von geistigem Eigen- tum in der digitalen Welt zu schaffen, ohne die Freiheit der Information und Kommunikation im Internet zu beschränken.

Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht. Die Bundesregierung hat hierzu noch nichts vorge- legt. Eines aber ist sicher: es wird eher eine Minimallösung geben, als den erhofften gro- ßen Wurf. Wir wollen mehr und die Situation von wissenschaftlichen Urhebern durch Ein- führung eines *Zweitverwertungsrechts* für überwiegend mit öffentlichen Mitteln geför- derte Forschungsergebnisse verbessern und die Nutzung *verwaister und vergriffener Werke* durch gesetzliche Erleichterung des Rechteer- werbs möglich machen. Dazu haben wir Initi- ativen gestartet. Gleichzeitig soll das Urheber- recht den Kulturschaffenden auch in der digitalen Welt ein angemessenes Einkommen aus der Verwertung geistigen Eigentums er- möglichen. Daher wollen wir die *Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern* z.B. gegen- über Verlegern und sonstigen Verwertern im Urhebervertragsrecht stärken. Auch die re- striktiven Regeln für die Vergütungsfreiheit von Aufführungen von Kindern z.B. an Schulen und im Rahmen anderer sozialer Veranstal- tungen müssen kritisch hinterfragt und wenn möglich moderat erweitert werden.

*Internetsperren* sind weder zur Bekämpfung von Internetpiraterie noch zur Bekämpfung von Kinderpornografie geeignet. Sie können leicht umgangen werden und sind mit Eingrif- fen in Freiheitsrechte Dritter verbunden. Nur eine konsequente Löschung und Strafverfol- gung dieser Inhalte bringen uns weiter. Die Erfahrungen belegen, dass strafbare Inhalte auch im Ausland erfolgreich binnen kurzer Zeit gelöscht werden können. Deshalb wollen wir das Zugangsschwerungsgesetz korrigie- ren und haben bereits Anfang 2010 einen Ge- setzentwurf zur Aufhebung des Gesetzes in den Bundestag eingebracht. Das Engagement von vielen hat Wirkung gezeigt: Die Koalition

hat im April 2011 beschlossen, das Zugangser- schwerungsgesetz aufzuheben.

Die Erfahrungen mit *Verträgen, die im Internet geschlossen werden*, machen deutlich, dass dort ein wirksamer Verbraucherschutz nötig ist. Wir brauchen einen besseren Schutz vor so genannten Kostenfallen im Internet. Wir for- dern die Einführung einer *Button-Lösung*, die Verbraucherinnen und Verbraucher vor unge- wollten Verträgen schützt. Auch der Zunahme von missbräuchlichen Abmahnungen im In- ternet muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Im *Zivilprozess* können Berufungsgerichte eine *Berufung* unter bestimmten Voraussetzungen durch einstimmigen Beschluss zurückweisen. Eine Überprüfung dieser Entscheidung ist nicht möglich. Die Erfahrung zeigt, dass die Praxis der Gerichte sehr unterschiedlich ist und auch deshalb als ungerecht empfunden wird. Nach unserem Rechtsempfinden gehört die Möglichkeit, ein Urteil in einem Berufungs- verfahren überprüfen zu lassen, zu einem gu- ten Verfahren. Deshalb fordern wir in einem Gesetzentwurf, die Möglichkeit der Gerichte, Berufungen durch Beschluss zurückzuweisen, zu streichen.

In den vergangenen Jahren ist ein erschre- ckendes Ausmaß *sexuellen Missbrauchs* von Kindern an das Tageslicht gekommen. Ge- spräche mit Opfern und Opferverbänden ha- ben deutlich gemacht, dass unsere Verjäh- rungsfristen zu kurz sind. Die kurzen Fristen machen es häufig unmöglich, die Täter zur Verantwortung zu ziehen, wenn es den trau- matisierten Opfern erst nach Jahren gelingt, ihr Schweigen zu brechen. Wir haben deshalb im November 2010 einen Gesetzesentwurf zur Verlängerung der *straf- und zivilrechtli- chen Verjährungsfristen* vorgelegt. Wir wol- len, dass die strafrechtliche Verjährungsfrist beim sexuellen Missbrauch von Kindern und minderjährigen Schutzbefohlenen auf 20 Jahre erhöht wird. Das entspricht der Verjäh- rungsfrist bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung. Außerdem wollen wir die *zivil- rechtliche Verjährungsfrist* für Ansprüche wie Schadensersatz und Schmerzensgeld auf 30 Jahre erhöhen. Die Bundesregierung hat zwar unsere Forderung nach einer Verlängerung der zivilrechtlichen Verjährungsfrist über- nommen. Ohne Änderung der strafrechtli- chen Verjährung reicht das aber nicht aus.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsge- richts vom 4. Mai 2011 ist dem Gesetzgeber aufgegeben, das *Recht der Sicherungsverwah- rung* innerhalb von zwei Jahren grundlegend zu überarbeiten und auf neue Beine zu stellen. Hochgradig gefährliche Gewalt- oder Sexual-

straftäter können bis dahin unter strengen Voraussetzungen weiter untergebracht blei- ben. Zugleich bestätigt das Verfassungsgericht die Grundlinien der Reform des Rechts der Si- cherungsverwahrung, die die SPD-Fraktion im Herbst 2010 mitgetragen hat. Die Beschrän- kung der Sicherungsverwahrung auf hochge- fährliche Gewalt- und Sexualstraftäter und die Therapieunterbringung ist in dieser Re- form angelegt. Wir können nun unsere Forde- rung durchsetzen, diese Einschränkung noch konsequenter und klarer zu fassen. Die Koaliti- on kann sich nicht mehr daran vorbeimogeln, dass die nachträgliche Sicherungsverwahrung im Jugendstrafrecht ebenfalls reformiert wer- den muss. Gemeinsam mit den Ländern wol- len wir dafür sorgen, dass der Bund seiner Ver- antwortung für die wesentlichen Leitlinien eines neuen Gesamtkonzepts gerecht wird und das Abstandgebot zwischen Straftaft und Unterbringung in den Ländern praktisch um- gesetzt werden kann.

Zur Frage der Speicherung von Telekommuni- kationsverbindungsdaten, der sogenannten *Vorratsdatenspeicherung*, haben wir auf der Grundlage der strengen Voraussetzungen des Bundesverfassungsgerichts unsere Forderun- gen zur Überarbeitung der EU-Richtlinie for- muliert. Wir befürworten eine Verkürzung der Speicherfristen auf deutlich unter 6 Monate und wollen die Nutzung der Daten auf schwerste Straftaten beschränken.

### Innenpolitik mit Augenmaß: Freiheit und Sicherheit

Die *Sicherheitsgesetze*, die nach den Anschlä- gen vom 11. September 2001 erlassen worden sind, stehen zur Überprüfung an. Sie treten Ende 2011 außer Kraft, sollten sie nicht vorher verlängert werden. Bereits im Frühjahr haben wir die Bundesregierung daher in einem An- trag aufgefordert, die gesetzlich vorgesehene *Evaluierung* alsbald vorzunehmen und dabei unter Beteiligung wissenschaftlichen Sach- verstandes die Häufigkeit und Intensität von Eingriffen in die Grundrechte sowie die Wirk- samkeit der Regelungen zu untersuchen. Wir wollen, dass die Regelungen, die sich tatsäch- lich bewährt haben und weiter notwendig sind, verlängert werden.

Die von der Regierungskoalition angekündig- te Überprüfung und Fortentwicklung der *Architektur unserer Sicherheitsorgane* ist bislang gescheitert. Die Pläne zur Zusammenlegung von *Bundspolizei* und *Bundeskriminalamt* sind in der Schublade verschwunden, nach- dem sich Experten und Polizeigewerkschaften einstimmig gegen eine neue Mammutbehör- de gewandt haben. Auch wir haben uns klar gegen diese Pläne ausgesprochen.

## Integration: Gemeinsam in Deutschland. Für ein plurales Land.

Deutschland ist ein Einwanderungsland – mit vielen Erfolgsgeschichten vom Ankommen und Neubeginnen ebenso wie mit manchen Problemen des Scheiterns. Einwanderung und kulturelle Unterschiede, gerade wo sie mit Alltagskriminalität in Verbindung stehen, sind in den Medien immer für eine Schlagzeile gut. Die Geschichten vom Gelingen sind es leider nicht. Der Erfolg der Integration aber ist der Erfolg von vielen engagierten Menschen, die für sich und andere für den sozialen Zusammenhalt unseres Landes eintreten. Die Sozialdemokratie ist für sie politische Heimat. Wir wollen ein plurales Land, in der die Zukunft nicht von Herkunft abhängt.

Die schwarz-gelbe Koalition rettet sich in die gestrige Polemik gegen die *multikulturelle Gesellschaft*. Angela Merkel ließ sich für den Spruch „Multi-Kulti ist gescheitert“ von den Konservativen ihrer Partei feiern. Sie instrumentalisiert die Integrationsdebatte für ihren innerparteilichen Frieden. Die CDU diffamiert Menschen als „Integrationsverweigerer“, doch sie verweigert Tausenden, die teilnehmen wollen, die Plätze in Integrationskursen – eine verlogene Haltung. Auch die von Thilo Sarrazin entzündete Debatte sorgte für eine Welle der Negativmeldungen über die Integrations-

politik. Über die Probleme von fehlenden Bildungsabschlüssen, Arbeitslosigkeit und Kriminalität brachte sie nichts Neues. Für Lösungswege war sie unfruchtbar. Geblieben sind viele Verletzungen.

### Integration praktisch: Für Bürgerrechte

Die SPD-Bundestagsfraktion geht Integration praktisch an. Schon kurz nach dem Regierungswechsel haben wir Gesetzentwürfe und Anträge zu Themen vorgelegt, denen sich die Koalition verweigert oder bei denen sie ebenso spät wie zögerlich handelt: *Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse*, *Bleiberechtsperspektiven* für langjährig Geduldete, *kommunales Wahlrecht* für alle langjährig rechtmäßig ansässigen Ausländer und die *Anerkennung doppelter Staatsbürgerschaft*. Doch Integration geht über diese Fragen hinaus.

### Was ist deutsch im 21. Jahrhundert?

Die immer wiederkehrenden Ängste in der Integrationsdebatte haben mit Identitätsfragen und Unsicherheiten zu tun. Wie verändert sich unser Land? In einem Forum mit Frank-Walter Steinmeier, dem FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher, der taz-Autorin Hilal Sezgin und vielen Teilnehmern aus Kulturszene, Medienbetrieb und Migrantenorganisationen haben

wir die Frage nach dem Deutschsein gestellt. In einer kontroversen Debatte haben wir die Chancen einer pluralen Republik ausgelotet. Einwanderung brauchen wir. Wer eingewandert ist, muss aber auch dazugehören können. Wenn kluge Köpfe Deutschland wieder verlassen, weil sie hier nicht heimisch werden, fehlt etwas. Wir brauchen interkulturelle Kompetenz.

### Integration als Projekt Zukunft

Im Januar 2011 hat die Fraktion ein umfassendes *Integrationskonzept* vorgelegt, das Vorschläge für verschiedene Politikfelder formuliert. Von der Bildungs- über die Arbeitsmarktpolitik, von der Jugend- bis zur Seniorenpolitik, von der Gesundheit bis zum Sport, vom bürgerschaftlichen Engagement bis zur Stadtplanung gilt: Die besonderen Lebenslagen von Migrantinnen und Migranten müssen berücksichtigt werden. Dieses Konzept werden wir mit gesellschaftlichen Gruppen diskutieren und fortentwickeln.

Unter Leitung von Aydan Özoğuz haben wir im Rahmen unseres Arbeitsprogramms Deutschland 2020 eine Projektgruppe Integration ins Leben gerufen, die diesen Prozess der Vernetzung voranbringt.

Auch im *Datenschutz* zeigt die Koalition, dass ihr einseitiges Sicherheitsdenken wichtiger ist als Bürgerrechte. Gleich zu Beginn der Wahlperiode knickte die Bundesregierung auf europäischer Ebene ein, als es um den Austausch von *Bank-Daten* mit den USA ging. Hatte sie zunächst noch auf hohen Datenschutzerfordernissen bestanden, machte sie nun den Weg frei für ein Übereinkommen, das in Bezug auf Rechtsschutz, Weitergabe sensibler Daten an Drittstaaten oder Auskunftsansprüche weit hinter grundlegenden Maßstäben zurückblieb. Dagegen legten wir einen Antrag mit ausführlichen Datenschutzerfordernissen vor, die ein neues Abkommen hätte enthalten müssen. Diesen Weg werden wir fortsetzen: Derzeit wird auf EU-Ebene über eine Richtlinie zur Speicherung von *Fluggastdaten* verhandelt. Wir werden erneut klare Anforderungen an das Datenschutzniveau formulieren. Beim innerstaatlichen Datenschutz zeigt die FDP, dass sie ihrem Anspruch als Bürgerrechtspartei nicht gerecht wird. Erst im Dezember 2010 legte die Koalition einen Entwurf zum *Beschäftigtendatenschutz* vor, was wir schon zu Beginn der Wahlperiode getan haben. Doch wo wir auf ein *eigenständiges Gesetz* zum effektiven Schutz von Arbeitnehmern setzen, will sich die Koalition mit einzelnen Änderungen im bestehenden Bundesdatenschutzgesetz be-

gnügen. Und selbst diese dienen eher der Legalisierung vergangener Datenschutzskandale als dem Schutz von Arbeitnehmern. So beschert die Koalition den Betroffenen umfassende Videoüberwachung, Auswertung privater Telefongespräche und Bespitzelung bis in den privaten Lebensbereich hinein.

Die vor 10 Jahren von der rot-grünen Bundesregierung ins Leben gerufenen *Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus* und für die Stärkung der Demokratie sind erfolgreich. Viele Träger leiden jedoch unter der immer noch unsicheren Finanzierung. Mit einem Entschließungsantrag zum Entwurf des *Bundeshaushaltes 2010* haben wir deshalb gefordert, die Programme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu verstetigen und durch den Aufbau einer *Bundesstiftung* langfristig zu sichern. Mit unserem Antrag *Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit – Zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus nachhaltig unterstützen* fordern wir, dauerhafte Strukturen zu schaffen, die sich nicht nur auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus beschränken, sondern auch die Werte der Demokratie vermitteln. Die Vermischung der bestehenden Programme und die Zusammenlegung der Haushaltstitel gegen Rechtsextremismus mit



Der Frühjahrsempfang der Fraktion am 11. April 2011 stand ganz im Zeichen des 50. Jahrestages des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens.

dem Haushaltstitel gegen Linksextremismus und Islamismus seit dem Haushaltsjahr 2011 soll umgehend rückgängig gemacht werden. Die Kürzung der Mittel im Haushaltsjahr 2011 für die *Bundeszentrale für politische Bildung* ist ein falsches Zeichen und steht im Widerspruch zu Aussagen im Koalitionsvertrag, wonach die Ursachen von Extremismus „mit einem langfristigen Engagement und nachhaltiger Prävention“ bekämpft werden sollen.

Im Sommer 2008 hatte das Bundesverfassungsgericht das geltende Bundestagswahlrecht als

verfassungswidrig gerügt und dem Gesetzgeber eine Änderung bis spätestens zum 30. Juni 2011 aufgegeben. Noch in der Großen Koalition wäre eine *Wahlrechtsänderung* möglich gewesen, die aber CDU und CSU hintertrieben, weil sie sich bei der Bundestagswahl 2009 einen Erfolg durch Überhangmandate erhofften. Deshalb ist auch in dieser Wahlperiode eine einvernehmliche Neuregelung bis jetzt nicht zustande gekommen; die Koalitionsparteien haben noch nicht einmal einen Entwurf vorgelegt. Der Gesetzentwurf unserer Fraktion sieht vor, die durch Überhangmandate verfassungswidrig verzerrte Sitzverteilung auszugleichen und die vom Bundesverfassungsgericht beanstandete Auswirkung des sogenannten negativen Stimmgewichts zu beseitigen.

### Kultur und Medien

Kultur und Medien sind für die SPD-Bundestagsfraktion Teil einer offenen, bunten und vielfältigen demokratischen Gesellschaft. Kunst und Kultur hinterfragen gesellschaftliche Entwicklungen kritisch und versuchen, diese positiv zu beeinflussen. Kultur schafft Bewusstsein, Identität und die Freiheit zur Entwicklung des Einzelnen. Unabhängige Medien informieren, klären auf, erklären Zusammenhänge und Hintergründe, unterhalten, eröffnen Zugang zu Politik, Bildung und Kultur und sind konstituierend für unsere demokratische Gesellschaft und Öffentlichkeit.

Seit Herbst 2009 haben wir wichtige Themen in die Arbeit des Ausschusses für Kultur und Medien sowie die als Querschnittsausschüsse konzipierten Unterausschüsse Neue Medien und Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik eingebracht. In der Opposition bestimmen wir auf diese Weise die kultur- und medienpolitische Agenda auf Bundesebene mit. Im Mittelpunkt standen dabei

- die *öffentliche Kulturförderung* durch Bund, Länder und Kommunen, hierbei insbesondere die Entlastung der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffenen Kommunen und ihrer Aufgaben der öffentlichen Kulturförderung; in den Haushaltsberatungen haben wir uns erfolgreich für die finanzielle Sicherung des Denkmalschutzprogramms und mehr Mittel für die Kulturstiftung des Bundes eingesetzt;
- eine vitale *Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik*, hierbei insbesondere die Fortsetzung der von Außenminister Frank-Walter Steinmeier begonnenen, erfolgreichen Initiativen zur Stärkung des Goethe-Instituts, der Deutschen Auslandsschulen und der Außenwissenschaftspolitik sowie der Künstlerakademie Tarabya in Istanbul;
- die *Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern*, von Autoren und Journalisten; hierbei haben wir uns im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgreich u.a. für die Fortsetzung der Förderung des Bundes für die Stiftung TANZ – Transition Zentrum Deutschland eingesetzt, die Tänzerinnen und Tänzern während der Ausbildung, der Karriere und insbesondere nach Ende ihrer Laufbahn beim Übergang in einen neuen Beruf vermittelnd und beratend zur Seite steht;
- eine bessere *kulturelle Bildung und Medienkompetenz* von Kindern und Jugendlichen;
- die Herausforderungen und Chancen der *Digitalisierung für Kulturgüter* und -Institutionen, hierbei insbesondere die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Digitalisierung der Kinos, um diese als wichtige Orte des kulturellen und sozialen Zusammenlebens auch in der Fläche zu erhalten sowie beim Aufbau der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB) im Rahmen der EUROPEANA;

- die Sicherung eines zukunftsfähigen *dualen Rundfunksystems* und einer starken Presse-landschaft auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten;
- der Erhalt der bestehenden *Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien*, die Sicherstellung der Presse- und Rundfunkfreiheit, hierbei standen insbesondere in enger Abstimmung mit den Ländern die Vorbereitung der *Normenkontrollklage* in Zusammenhang mit der parteipolitisch motivierten Abwahl des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Breder sowie die Bedeutung von demokratischen Grundwerten der Presse- und Meinungsfreiheit auf europäischer Ebene im Zusammenhang mit dem ungarischen Mediengesetz im Fokus;
- und ein offener Umgang mit den Herausforderungen und Chancen des Internets, hierbei insbesondere die Formulierung einer modernen *Netzpolitik* als Gesellschaftspolitik, die Rücknahme des sog. *Zugangsschwerungsgesetzes*, die Wahrung des Datenschutzes und der Persönlichkeitsrechte in der digitalen Gesellschaft, die Anpassung des Urheberrechts an die Herausforderungen der digitalen Welt, die Stärkung der Medienkompetenz und der Ausbau der Breitbandversorgung sowie die gesetzliche Verankerung von Netzneutralität.

Ende dieses Jahres läuft die Regelüberprüfung nach dem *Stasi-Unterlagen-Gesetz* aus. Deshalb und zur Verbesserung des Aktenzugangs für Betroffene, Wissenschaft und Forschung ist eine Novellierung des Gesetzes erforderlich. Wir treten dafür ein, dass bis 2019 die Möglichkeit besteht, Angehörige des Öffentlichen Dienstes auf eine frühere Stasi-Mitarbeit zu überprüfen. Eine Ausweitung des Kreises der Personen, die überprüft werden, tragen wir jedoch nur mit, wenn konkrete tatsächliche Anhaltspunkte für eine Stasitätigkeit vorliegen.

## Enquete-Kommission Internet: Die digitale Gesellschaft denken und gestalten.

„Das Internet ist das freiheitlichste und effizienteste Informations- und Kommunikationsforum der Welt und trägt maßgeblich zur Entwicklung einer globalen Gemeinschaft bei.“ Mit diesen Worten beginnt der Antragstext der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, mit dem der Deutsche Bundestag im März 2010 einstimmig die Einsetzung einer Enquete-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft* beschlossen hat (BT-Drs. 17/950).

Das Internet ist mehr als ein Instrument der Kommunikation. Es durchdringt alle Bereiche des Lebens, vom privaten Alltag bis zur wirtschaftlichen Wertschöpfung. Es formt die Le-

bensgestaltung und Wahrnehmung, es verändert die Politik, es wird zum Freizeitraum, zum Arbeitsplatz, zum Platz für Protest und Engagement – und die Grenzen zwischen diesen Bereichen fließen. Die digitale Gesellschaft nimmt Gestalt an. Daraus erwachsen Fragen, wie die Freiheit im Netz gegen Machtinteressen geschützt, wie eine digitale Spaltung der Gesellschaft abgewendet, wie unbegrenzte Informationen eingeordnet und bewertet werden können, aber auch Probleme von Urheberschaft, Verantwortung, Sicherheit und Datenschutz.

Nach den schwierigen netzpolitischen Debatten in den vergangenen Jahren ist die Einsetzung einer Enquete-Kommission *Internet und digitale*

*Gesellschaft* ein Beleg dafür, dass Netzpolitik kein Nischenthema mehr ist, sondern als Herausforderung und Auftrag zur Gestaltung der digitalen Gesellschaft Eingang in die politischen Debatte gefunden hat. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Initiative zur Einsetzung einer Enquete-Kommission unterstützt. Wir wollen die Grundsatzdebatte, ohne wichtige aktuelle Fragen wie etwa Netzneutralität, Datenschutz im Internet oder Urheberrecht in der digitalen Welt auf die lange Bank zu schieben.

### Vordenken in komplexen Problemen

Aufgabe von Enquete-Kommissionen ist es, zu wichtigen Zukunftsfragen und abseits des politischen Tagesgeschäfts Lösungsansätze für die

komplexe technische, ökonomische oder gesellschaftliche Fragestellungen zu finden. Sechs Schwerpunktthemen umfasst der Arbeitsauftrag: *Kultur und Medien, Wirtschaft und Umwelt, Bildung und Forschung, Verbraucherschutz, Recht und Innen sowie Gesellschaft und Demokratie.*

#### Mitmachen als Markenzeichen:

##### Die Online-Beteiligung

Mit der Konstituierung der Kommission ging unter der Adresse [bundestag.de/internetenquete](http://bundestag.de/internetenquete) die Microsite der Enquete-Kommission online,

die dann schnell um Blog und Forum erweitert wurde, um den tatsächlichen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen. Wir haben durchgesetzt, dass darüber hinaus die Online-Beteiligungsplattform *Adhocracy* unter der Adresse [enquetebeteiligung.de](http://enquetebeteiligung.de) an den Start gehen konnte. Dieses Beteiligungssystem, der so genannte 18. Sachverständige der Enquete Kommission, soll es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, Textentwürfe der Kommission zu kommentieren, Änderungsvorschläge zu unterbreiten oder eigene Vorschläge einzubringen.

#### Sport braucht Politik. Wir fördern Engagement

Sport ist die größte Bürgerbewegung Deutschlands. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Sportlerinnen und Sportler sowie die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ein.

#### Konsequent gegen Doping

Wir kämpfen konsequent gegen Doping verschrieben. So wurde auch auf unsere Initiative jede finanzielle Zuwendung des Bundes an die Sportverbände vom Kampf gegen Doping abhängig gemacht. Die sogenannten Anti-Doping-Berichte muss jeder Zuwendungsempfänger im Sport einmal jährlich abgeben; damit sind die Verbände gezwungen, sich intensiv mit dem Thema Doping auseinanderzusetzen. Dabei haben wir immer versucht, die Balance zwischen glaubwürdigem Anti-Dopingkampf und den praktischen Möglichkeiten und Problemen der Verbände zu finden. Übermäßige Strafen haben wir genauso abgelehnt, wie halbherziges Agieren und klammheimliches Wegsehen durch die Verbände. Die Anti-Doping-Berichte der vergangenen Jahre dokumentieren eine stetige Verbesserung und Intensivierung des Kampfs gegen Doping.

In der 16. Wahlperiode haben wir den *nationalen Dopingpräventionsplan* auf den Weg gebracht haben auf dessen Umsetzung gedrungen. Ein wichtiger Eckpfeiler im Anti-Doping-Kampf ist die *Nationale Anti-Dopingagentur (NADA)*. Die SPD-

Fraktion hat für eine solide finanzielle Ausstattung der NADA und eine dauerhafte Förderung gekämpft. Leider sehen die Regierungsfaktionen in den Zuwendungen an die NADA Sparpotential, was von uns entschieden abgelehnt wird.

Schwarz-Gelb hat im Bundeshaushalt 2010 den *Goldene Plan Ost* ersatzlos gestrichen. Mit diesem Programm wurde über viele Jahre die mangelhafte Sportstätten-Infrastruktur im Osten Deutschlands saniert. Trotzdem setzen wir uns weiter dafür ein, diesen Ansatz zu einem gesamtdeutschen Instrument der Sportstättenförderung weiterzuentwickeln.

Auch die Auswirkungen des neuen *Rundfunkstaatsvertrags* auf den Sport haben die SPD-Bundestagsfraktion beschäftigt. Durch das Verbot von Programmsponsoring sind viele Sportübertragungen abseits des Fußballs stark gefährdet, da sich die Ausnahmetatbestände – bis auf Olympische und Paralympische Spiele – nur auf den Fußball beziehen. Ohne die Möglichkeit von Programmsponsoring können die Verbände wesentliche Teile des Sportangebots nicht mehr wirtschaftlich vermarkten, so dass die Kosten internationaler Sporttreffen nicht gedeckt werden können. Dann entfallen solche internationalen Großveranstaltungen in Deutschland ganz. Deshalb haben wir im Sportausschuss einen Antrag gestellt, mit dem die Ministerpräsidenten gebeten wurden, die Regelung zu überprüfen. Der Antrag ist von den anderen Fraktionen übernommen und gemeinsam beschlossen worden.

Die SPD-Fraktion hat die Bewerbung der Landeshauptstadt München für die *Olympischen Winterspiele 2018* seit langem mit Nachdruck unterstützt. Schon frühzeitig hat die AG Sport auf die Probleme in Garmisch-Partenkirchen reagiert und war vor Ort, um mit den Befürwortern und Gegnern der Olympiabewerbung in einen konstruktiven Dialog zu treten. Auf unser Drängen hat sich der Sportausschuss vor dem positiven Ergebnis des Bürgerentscheids mit dem Stand der Olympiabewerbung befasst, um den politischen Rückenwind des Bundestages für die Austragung der Winterspiele und der Paralympics

Für die Arbeit der Enquete-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft* ist diese Transparenz und das Erproben von neuen Beteiligungsmöglichkeiten aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion von entscheidender Bedeutung, denn nur dann kann man auch die Potenziale der Digitalisierung und Vernetzung für die Politik, das Parlament und unsere demokratisch verfasste Gesellschaft bewerten und heben.

2018 in Deutschland öffentlich zu demonstrieren.

Die *FIFA Fußball WM der Frauen 2011* war ein tolles Ereignis. Wir haben die Austragung in Deutschland von Anfang an unterstützt und begleitet.

Ein zentraler Schwerpunkt der Arbeit der AG Sport der SPD-Bundestagsfraktion lag in der Begleitung der Verhandlungen der Länder über einen neuen *Glücksspielstaatsvertrag*. Über Lotto werden jedes Jahr 500 – 800 Mio. Euro an die Landessportverbände überwiesen. Dies bildet neben Mitgliedsbeiträgen die zentrale Grundlage der Finanzierung des Breitensports. Deshalb und auch im Interessens der Suchtprävention haben wir uns für den Erhalt des bisherigen Monopols eingesetzt.

Europa

#### Gegen Populismus. Für Europa.

Mit *Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009* haben nicht nur die europäischen Institutionen, allen voran das Europäische Parlament, an Mitwirkungsrechten hinzugewonnen, sondern auch die nationalen Parlamente, die jetzt stärker Einfluss auf die europäische Agenda nehmen können. Die nationale Politik wird europäischer. Viele Fragen der Innen- und Rechtspolitik, der Wirtschafts- und Technologiepolitik, der Umwelt- und Energiepolitik, vor allem aber auch der Finanzpolitik sind nur im erweiterten europäischen Horizont zu beantworten. Die Finanzmarktkrise und in ihrer Folge die Schuldenkrise im Euroraum haben wie kaum eine andere politische Frage die Bedeutung und die Gefährdung der europäischen Einheit zu Bewusstsein gebracht. Die SPD-Bundestagsfraktion räumt europapolitische Fragestellungen hohe Priorität ein, pflegt einen sehr engen Informationsaustausch mit den SPD-Europaabgeordneten, nimmt Vorhaben auf europäischer Ebene frühzeitig auf und bündelt die Kompetenzen der Arbeitsgruppen der Fraktion, um komplizierte Probleme zu lösen. Die europäische Einheit ist keine Selbstverständlichkeit und kein Selbstläufer. Sie muss gerade in unserer Zeit neu

#### Schuldenkrise und Euro-Rettung: Schuldenabbau. Wachstum. Solidarität in Europa.

Schon im Herbst 2009, spätestens aber Anfang 2010 war klar, dass Griechenland in eine schwere Staatsfinanzierungskrise rutscht. Mit den Meldungen über die Höhe des griechischen Defizits stiegen auch die Zinsaufschläge für griechische Staatsanleihen. Ein Mitglied der Eurozone geriet an den Rand des Staatsbankrotts. Viel zu lange ignorierte die schwarze Bundesregierung die Entwicklung. Auf mehrfache Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion antworteten die Vertreter des Finanzministeriums, Außenminister Westerwelle und Angela Merkel hinhaltend. Bis unmittelbar vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 wollte Merkel den Wählerinnen und Wählern weis machen, Griechenland brauche keine Hilfe.

Dieses Kalkül endete in einem politischen Desaster. Überstürzt und mit völlig unzureichender Beteiligung des Parlaments musste ein 110-Mrd.-Euro-Rettungspaket für Griechenland und kurz darauf ein Rettungsschirm von 750 Mrd. Euro für die Euro-Zone geschnürt werden, denn auch Irland und Portugal gerieten in eine Staatsschuldenkrise.

#### Hilfe ja, aber mit den richtigen Mitteln

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich der Euro-Rettung nicht in den Weg gestellt. Wir haben aber von Anfang an kritisiert, dass das Rettungspaket nicht ausreicht, um die Krise dauerhaft zu lösen. Ein Jahr nach der Griechenland-Hilfe zeigte sich im Frühjahr 2011, dass das Land in einer Rezessions-Schulden-Spirale steckt und trotz erheblicher Sparbeschlüsse nicht weniger, sondern noch mehr Schulden hat. Eine dauerhafte Lösung muss den Schuldenabbau mit einer Wachstumsperspektive verbinden, die Gläubiger beteiligen und durch eine Finanztransaktionssteuer neue Spielräume für Investitionen ermöglichen.

Mit dem Entschließungsantrag zur *Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 16./17. Dezember 2010 in Brüssel* hat die SPD-Bundestagsfraktion auf das desolote Verhalten der Bundesregierung reagiert, die es verpasst hat, ein klares Bekenntnis von Deutschland zur Solidarität in der Eurozone abzugeben. Dadurch wurde der Preis für die Stabilisierung

der Eurozone immer weiter in die Höhe getrieben. Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise darf nicht allein den Bürgerinnen und Bürgern der Eurozone durch massive Einschnitte beim Lebensstandard oder bei öffentlichen Leistungen aufgebürdet werden. Deshalb haben wir die Bundesregierung aufgefordert, private Gläubiger in jedem Fall in einen Umschuldungs- und Restrukturierungsmechanismus einzubeziehen, dafür zu sorgen, dass bis zur Einführung eines permanenten Krisenbewältigungsmechanismus auch begleitende Maßnahmen ergriffen werden, um die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise einzuschränken, sowie auftretende Schwierigkeiten frühzeitig und transparent offengelegt werden, um so für eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung zu sorgen. Weiter müssen die nationalen Steuerpolitiken wie auch die Steuerverwaltungen besser zusammenarbeiten, um unfairen Steuerwettbewerb und Steuerflucht zu vermeiden. Eine Harmonisierung der Mehrwertsteuer ist hierbei unausweichlich. Der Bundesregierung muss klar werden, dass sich die Europäische Union in einer historischen Bewährungsprobe befindet. Nationale Egoismen dürfen den gemeinschaftlichen Zusammenhang nicht gefährden. Nur so können wir innerhalb und mit der Europäischen Union den Herausforderungen der Globalisierung begegnen.

Unser Antrag, *Herstellung des Einvernehmens bezüglich der Ergänzung von Artikel 136 AEUV zur Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus verantwortlich gestalten* sowie der darauf folgende Änderungsantrag, bezogen sich auf die im März 2011 stattgefundenen europäischen Gipfel (des Europäischen Rates sowie des Eurogruppen Sondergipfels), auf welchen relevante Entscheidungen bezüglich der Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) getroffen wurden. Der ESM soll den bisherigen Rettungsschirm (EFSF und EFSM) ablösen. Hierfür wird der Vertrag von Lissabon in Art. 136 AEUV durch einen zusätzlichen Absatz geändert. Das Einvernehmen zur entsprechenden Vertragsänderung wurde entsprechend der Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages (nach § 10 Abs. 3 EUZBBG i.V.m. § 10 Abs. 1 und 2 EUZBBG) hergestellt. Doch die SPD-Bundestagsfraktion stellte klar, dass zur Stabilisierung des Euro-Währungsgebietes die Schaf-

fung eines ESM zwar notwendig, aber nicht hinreichend ist. Sowohl bei der Vertragsänderung als auch künftig bei der Etablierung des ESM und seiner Aktivierung, müssen die bestehenden Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages nach GG, IntVG und EUZBBG gewährleistet sowie – wo nötig – erweitert werden. Die demokratische Legitimation durch Beteiligung der nationalen Parlamente wie des Europäischen Parlaments bei der Implementierung und Ausgestaltung des ESM, die Beteiligung des Deutschen Bundestages bei der Etablierung des ESM sowie bei der Umsetzung der Vertragsänderung ein Gesetz nach Art. 23 GG Abs. 1 zu gewährleisten, sind und bleiben unsere zentralen Bedingungen. Darüber hinaus muss das EU-ZBBG so weiterentwickelt werden, dass Beteiligungsrechte bei Entscheidungen der Eurogruppe (Akteur beim ESM) gewährleistet werden und auf EU-Ebene eine Rekapitalisierungs- und Restrukturierungsinstitution geschaffen wird.

Im März 2011 stellte die SPD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag zu *der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat in Brüssel am 24./25. März 2011*, da sich die bislang in der Finanzkrise ergriffenen Maßnahmen einseitig auf die Schuldenreduzierung der öffentlichen Haushalte und eine strikte Austeritätspolitik beziehen. Dies greift zu kurz. Statt eines zahnlosen konservativen Paktes für Wettbewerbsfähigkeit ist eine Strategie für stabiles Wachstum und Beschäftigung in Europa von Nöten.

Wir haben erkannt, dass hierzu die existierenden makroökonomischen Ungleichgewichte problematisch sind. Gemeinsame Regeln und Ziele, die ein Gleichgewicht von exportorientierter Wettbewerbsfähigkeit und Binnennachfrage in allen EU-Staaten sicherstellen, sind hier unabdingbar. Auch eine stärker koordinierte Fiskalpolitik und eine Beteiligung der Verursacher an den Kosten der Krise, wie durch die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer, müssen durchgesetzt werden. Durch Gemeinschaftsanleihen oder ein System der Verbundhaftung können dauerhafte europäische Stabilitätsmechanismen zur Sicherung der Refinanzierung von Staaten errichtet werden. Den Fehler, Staatsschulden nur durch Sparmaßnahmen zu reduzieren, gilt es mit einer angemessenen Wachstumspolitik zu verhindern.

zur *Europäischen Bürgerinitiative* verabschiedet. Hierin halten wir fest, dass die Initiative einen wichtigen Beitrag leisten kann, um europäische Debatten verstärkt in den öffentlichen Raum zu transportieren. Die Europäische Bürgerinitiative ist eine der zentralen Neuerungen des Vertrags

begründet und neu befestigt werden. Gegen den neuen aggressiven antieuropäischen Populismus rechtskonservativer Kräfte, aber auch gegen manche Heuchelei der schwarz-gelben Koalition, die in Brüssel europafreundliche Miene macht, in Deutschland aber zum Stichwortgeber der Euro-

ropafeinde wird, steht die Sozialdemokratie mit der Idee der Einheit und der Solidarität Europas.

Im Januar 2010 haben wir als SPD-Bundestagsfraktion eine Stellungnahme zum *Grünbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*



Foto: Lichtblick / Achim Weide

Insbesondere die weiblichen Mitglieder der Fraktion drückten unserer Nationalmannschaft die Daumen.

von Lissabon. Sie schafft erstmalig ein Element der direkten Bürgerbeteiligung an europäischer Politik. Sie eröffnet endlich die Chance, dass sich Bürgerinnen und Bürger konkret an der Gestaltung europäischer Politik beteiligen können. Hierfür haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Verfassungskonvent erfolgreich die Einführung direktdemokratischer Elemente erstritten und wollen jetzt zu ihrem Gelingen in der Praxis beitragen. Wir haben deshalb im Juni 2010 einen entsprechenden Antrag *Europäische Bürgerinitiative bürgerfreundlich gestalten* in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Mit der im März 2010 verfassten Kleinen Anfrage und dem darauf gefolgten Antrag im Juni 2010, den *Europäischen Auswärtigen Dienst im Dienste aller EU-Institutionen handlungsfähig und wirkungsvoll auszugestalten*, hat die SPD-Bundestagsfraktion klar Partei ergriffen, eine Lösung zu finden, die von allen europäischen Institutionen längerfristig respektiert und unterstützt wird. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) muss demnach derart ausgestaltet werden, dass die Hohe Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union bei ihrer Arbeit maßgeblich unterstützt wird. Nur so kann in Europa nach dem Vertrag von Lissabon ein einheitliches, kohärentes und wirksames außen- und sicherheitspolitisches Handeln der EU entwickelt werden. Damit forderten wir gleichzeitig, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag durch Maßnahmen wie Berichte und Kontrollregelungen stärker als bisher von der Bundesregierung vorgesehen in die längerfristige Ausgestaltung des EAD einzubeziehen. Nur wenn der EAD als echtes Gemeinschaftsprodukt aller europäischen Institutionen aufgebaut wird, wird er als neues, identifikationsstiftendes Element der EU betrachtet und genutzt werden.

Ebenfalls im März 2010 haben wir mit einem Antrag, den *EU-Beitrittsgesuch Islands unterstützen und verantwortungsvoll begleiten*, die Bundesregierung aufgefordert, der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island zuzustimmen. Zuvor haben wir jedoch beanstandet, dass hierbei nicht der nach den Begleitgesetzen zum Vertrag von Lissabon formell korrekte Weg der Einvernehmensherstellung von der Bundesregierung eingeleitet worden ist. Vor dem Hintergrund der langjährigen EWR-Mitgliedschaft Islands erwarten wir ergebnisorientierte und zügige Verhandlungen. Bestehende bilaterale Konflikte dürfen kein Hindernis für die Aufnahme der Verhandlungen darstellen. Es muss auch sichergestellt werden, dass für Island keine Sonderregeln gelten. Es darf keine Ausnahmen vom Wahlfangverbot, der vollständigen Eingliederung der isländischen Fischereipolitik in den europäischen Rahmen und die Bereitschaft zur

vollen politischen Integration geben.

Da im Dezember 2010 der 10 Jahre zuvor auf dem Europäischen Rat in Lissabon begonnene Prozess der Lissabon-Strategie endete, haben wir im März einen Antrag *Europa 2020-Strategie für ein nachhaltiges Europa – Gleichklang von sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Entwicklung* erarbeitet. Mit der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen neuen Europa 2020-Strategie soll sich die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickeln. Die neue Strategie beinhaltet eine integrierte Wachstums- und Beschäftigungsstrategie, die den zeitlichen Rahmen bis zum Jahr 2020 umfassen soll.

Um auf die zentralen Herausforderungen (u.a. Finanz- und Wirtschaftskrise, Energiepolitik, Klimawandel) reagieren zu können, müssen eindeutige Prioritäten gesetzt werden. Wir haben in unserem Antrag deutlich hervorgehoben, dass es erforderlich ist, einen Gleichklang von nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung und Wohlstand, sozialem Schutz und Beschäftigung sowie dem Schutz der natürlichen Ressourcen herzustellen und dauerhaft zu sichern. Notwendig ist eine nachhaltige Wohlstandsstrategie. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit sowie die Vermeidung und Reduzierung von Armut lassen sich nicht mehr im Alleingang durch einzelne Staaten umsetzen, sondern bedürfen der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Koordinierung innerhalb der EU. Unserer Auffassung nach muss die neue Europa-2020-Strategie daher das Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und sozialer Sicherheit herstellen und deren Gleichrangigkeit sichern. Zugleich muss die Europa-2020-Strategie klar strukturiert sein und die nötige Kohärenz zwischen den einzelnen Zielen, Maßnahmen und politischen Prozessen schaffen.

Als überzeugte Europäerinnen und Europäer beobachten wir selbstverständlich auch das politische Geschehen in den Mitgliedsländern der EU. So verfolgen wir seit Dezember 2010 mit Sorge die Verschärfung des Mediengesetzes durch die mit einer 2/3-Mehrheit regierende konservative FIDESZ-Partei in Ungarn. Dies steht unseres Erachtens im Widerspruch zu den europäischen Grundwerten und Grundrechten. In dem von uns mit Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam eingebrachten Antrag *Das ungarische Mediengesetz – Europäische Grundwerte und Grundrechte* verteidigen, haben wir hervorgehoben, dass die EU zur Situation der Medien und die mit dem Mediengesetz einhergehende mögliche Kontrolle und Beschränkung der Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit in Ungarn nicht schweigen. Wir haben hierzu eine Aktuelle Stunde im Bundestag beantragt, um in der Debatte auch deutlich zu machen, dass es nicht um Kritik

am ungarischen Volk geht, das entschieden zur Demokratisierung Europas beigetragen hat. Wir üben Kritik an der ungarischen Regierung und an dem Mediengesetz.

Ferner wurde in diesem Kontext im Februar 2011 eine Kleine Anfrage zur *Lage der Meinungs- und Pressefreiheit* in der Europäischen Union gestellt. Die Bundesregierung wurde darin befragt, wie es konkret um die Lage des Grundrechts Meinungs- und Pressefreiheit in der EU steht und wie sie dazu beitragen möchte, dass dieses europäische Grundrecht gewahrt bleibt. Konkret wollten wir wissen, wie die Bundesregierung die Einigung zwischen der Europäischen Kommission und Ungarn hinsichtlich des Mediengesetzes, welches umstritten bleibt, bewertet, wie die vorhandenen Berichterstattungsstrukturen bezüglich der Lage der Meinungs- und Pressefreiheit in allen 27 EU-Staaten sowie in allen EU-Bewerberländern aussehen und welche konkreten Maßnahmen die Bundesregierung im Hinblick auf die bekannt gewordenen Verletzungen der Meinungs- und Pressefreiheit in den EU-Mitgliedstaaten unternehmen kann und soll. Insgesamt sind in der EU sowie in den EU-Kandidatenstaaten sowie potenziellen Kandidaten negative Tendenzen zu vernehmen, welche Bedrohungen und Aushöhlungen der Presse- und Meinungsfreiheit beinhalten. Diesen gilt es, angemessen zu begegnen.

Durch die Stellungnahme der SPD-Bundestagsfraktion zu den *Schlussfolgerungen aus dem 5. Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Die Zukunft der Kohäsionspolitik* im Januar 2011, ist es uns gelungen, unsere sozialdemokratische Position in den Konsultationsprozess der Europäischen Kommission einzubringen. Eine Ausgestaltung der Kohäsionspolitik nach 2013 muss mehr Kohärenz mit anderen Politiken, die Konzentration auf Prioritäten, eine Ablehnung der Ausweitung finanzieller Sanktionierung in der Kohäsionspolitik, eine Indikatorenfestlegung durch Regionen, die Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit, eine Übergangsregelung für Regionen mit einem BIP, das das Durchschnitts-BIP der EU übersteigt, sowie letztlich der Verbleib des Europäischen Sozialfonds bei Kohäsion beinhalten. Nur eine wirksame Kohäsionspolitik fördert nachhaltige Entwicklung und damit den sozialen Zusammenhalt in Europa.

Internationale Politik

### Der sozialdemokratische Weg der Globalisierung.

#### Afghanistan: Stabilisierung fortsetzen, Abzug einleiten

Die SPD-Bundestagsfraktion hat gemeinsam

mit dem Parteivorstand in den vergangenen zwei Jahren zwei große, international besetzte Afghanistankonferenzen durchgeführt: Im Januar 2010 und im Dezember 2010, jeweils im Vorfeld der anstehenden Mandatsverlängerungsentscheidungen im Bundestag. Dies unterstreicht die Ernsthaftigkeit, mit der Fraktion und Partei sich dieses Themas angenommen haben. In beiden Fällen ist es der SPD gelungen, sozialdemokratische Kernforderungen in das Mandat der Bundesregierung zu transportieren. Im Februar 2010 konnte durchgesetzt werden, dass die Mittel für den zivilen Wiederaufbau nahezu verdoppelt wurden. Im Januar 2011 war es wiederum die SPD, die dafür gesorgt hat, dass der *Beginn des Abzugs der ersten Bundeswehrsoldaten im Laufe des Jahres 2011* im Mandat festgeschrieben und eine konkrete Abzugsperspektive bis 2014 fest verankert wurde.

Damit ist klar, dass die Übergabe an die afghanischen Institutionen ein unumkehrbarer Prozess ist. Wir werden Afghanistan nicht im Stich lassen und auch über 2014 unterstützen. Kampfeinsätze der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan werden nach 2014 jedoch der Vergangenheit angehören.

#### Naher und Mittlerer Osten und Nordafrika: Demokratisierung unterstützen

Die arabischen Demokratiebewegungen zu Beginn des Jahres 2011 kamen für viele überraschend. In Tunesien und Ägypten kamen diktatorische Regime zu Fall. Der Umbruch ist noch lange nicht abgeschlossen und birgt eine Vielzahl von Chancen aber auch Risiken. Bundesregierung und Europäische Union haben nur sehr zögerlich und ungenügend auf die Entwicklungen in der Nachbarregion reagiert. Statt von Beginn an ein klares Signal der Entschlossenheit und Solidarität mit den Menschen in der Region auszusenden, überwog lange Zeit eine Politik des Zauderns. In vielen Situationen sprach Europa nicht mit einer Zunge. Die Bundesregierung hatte ihren Anteil an der Kakophonie des europäischen Auftretens und hat die Bedeutung der Freiheitsbestrebungen viel zu spät erkannt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat frühzeitig auf die Entwicklung reagiert und eine Reihe parlamentarischer Initiativen auf den Weg gebracht.

Frank-Walter Steinmeier und Günter Gloser forderten in einem Strategie-Papier einen *Marshall-Plan für das Mittelmeer*, um mit wirtschaftlicher und sozialer Unterstützung eine umfassende Modernisierung der im Umbruch befindlichen Staaten zu unterstützen. Mit den parlamentarischen Initiativen *Reformprozesse in Nordafrika und Nahost umfassend fördern*

und *Für einen Neubeginn der deutschen und europäischen Mittelmeerpolitik* zielen wir darauf, den historischen Moment der Demokratisierung zu nutzen und eine gemeinsame europäische Linie zu entwickeln.

#### Sicherheits- und Verteidigungspolitik

In Deutschland markiert die *Aussetzung der Wehrpflicht* und der begonnene Umbau der Bundeswehr von einer Wehrpflichtigen- zu einer Freiwilligen- bzw. Berufsarmee einen tiefen Einschnitt. Doch weder die Finanzierung noch eine ausreichende Nachwuchsgewinnung sind dabei gesichert. Die Jahrhundertreform, noch begonnen unter dem damaligen Verteidigungsminister zu Guttenberg, wurde stümperhaft vorbereitet und überstürzt auf den Weg gebracht. Sein Nachfolger, Verteidigungsminister de Maiziere ist es bislang nicht gelungen, ein überzeugendes Konzept vorzulegen. Er verwaltet einen permanenten Notstand.

Mit einem neuen freiwilligen Wehrdienst versucht die Bundesregierung, weiter breite Schichten der Bevölkerung anzusprechen. Doch die angestrebten Zahlen werden voraussichtlich nie erreicht. Es fehlt an attraktiven Anreizen für junge Menschen. Wir fordern deshalb einen konsequenten Ausbau aller Freiwilligendienste mit entsprechenden Angeboten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Herbst 2011 eine Konferenz zum Thema *Streitkräfte im außen- und sicherheitspolitischen Umfeld des 21. Jahrhunderts – sozialdemokratische Erwartungen und Perspektiven* durchgeführt, auf der unsere Vorstellungen von den Aufgaben, Strukturen und dem Auftrag einer neuen Bundeswehr formuliert wurden.

Auf Initiative der SPD-Fraktion hat der Verteidigungsausschuss eine Studie in Auftrag gegeben, die mögliche Auswirkungen der verlängerten Stehzeiten für Art und Anzahl von *Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS)* und Verhaltensänderungen von Soldaten im Einsatzgebiet untersucht. Wir haben ferner darauf gedrängt, den Änderungsantrag für die Verbesserung des Versorgungsausgleichsgesetzes aus der 16. WP jetzt endlich umzusetzen. Zudem haben wir einen neuen Anlauf unternommen, um die Situation für die Radarstrahlenopfer von Bundeswehr und NVA zu verbessern.

#### Untersuchungsausschuss Kundus

Der Untersuchungsausschuss sollte die Umstände des Luftangriffs in Kundus am 4. September 2009 klären, bei dem auf Befehl eines deutschen Offiziers zahlreiche Zivilisten umkamen. Untersucht wurde auch die sich daran anschließende Informationspolitik des damaligen Bundesverteidigungsministers. Klar ge-

worden ist, dass die deutsche Öffentlichkeit und das Parlament fehlerhaft informiert wurden, um den Anschein der Angemessenheit des Luftschlages aufrecht zu erhalten.

#### Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik bis 2009 wurde als globale Strukturpolitik gestaltet. FDP-Minister Niebel hat diesen Pfad verlassen und setzt verstärkt auf bilaterale Maßnahmen. Konkret bedeutet dies, dass zwei Drittel der Gelder für deutsche Projekte und nur noch ein Drittel für EU und Vereinte Nationen zur Verfügung stehen. Mit der Fokussierung auf nationale Projekte riskiert er, den guten Ruf, den sich Deutschland in der Entwicklungspolitik erworben hat, zu verspielen.

Deutschland hatte sich mit Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion international auf den *Stufenplan für die ODA-Quote* mit dem *0,7 %-Ziel bis 2015* verpflichtet und konsequent die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit gesteigert. Davon hat sich schon Minister Niebels erster Haushalt verabschiedet: Durch Kürzungen wie beim BMZ-Freiwilligendienst *weltwärts* für Jugendliche, durch Umschichtungsmanöver bei internationalen Verpflichtungen für Mütter- und Kindergesundheit und Umweltschutz. Selbst die Unterstützung des *Globalen Fonds* für den Kampf gegen HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria GFATM sind auf seiner Streichliste. Niebel wollte die geplanten Kürzungen für den Globalen Fonds vor den großen Konferenzen der Vereinten Nationen im Herbst 2010 durchsetzen. Schon die Ankündigung hat dem Ansehen Deutschlands sehr geschadet. Der Protest in Deutschland und der angestrebte Sitz im UN-Sicherheitsrat zwangen die Kanzlerin und den Minister letztendlich doch noch zur Bewilligung der Haushaltsmittel.

Der gemeinsame globale Kampf gegen die 3 tödlichen Krankheiten AIDS, Malaria und Tuberkulose ist wichtiger denn je. Die SPD-Bundestagsfraktion hat auf die Gefährdung der Aidsbekämpfung in der aktiven Ausschussarbeit sowie im Plenum regelmäßig hingewiesen. Sie hat neue Initiativen gegen Tuberkulose und Impfungen gegen Malaria gefordert. Dies wird ebenfalls in der Arbeit des *Unterausschusses Gesundheit in Entwicklungsländern* thematisiert. Die Entwicklungspolitikerinnen und -politiker der Fraktion haben daher einen Antrag zu Gesundheit in Entwicklungsländern eingebracht, den die schwarz-gelbe Mehrheit abgelehnt hat.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht weiter zu dem 0,7 %-Ziel und hat in allen Haushaltsberatungen dieser Wahlperiode die zur Erreichung

dieses Ziels notwendige Mittelaufstockung von 1,2 Mrd. Euro pro Jahr beantragt. Dazu gibt es jetzt einen *fraktionsübergreifenden Entwicklungspolitischen Konsens*, den fast alle SPD-Abgeordneten unterzeichnet haben.

Es ist unter SPD-Führung gelungen, zentrale entwicklungspolitische Themen wie die Zu den wichtigen Themen ländliche Entwicklung, Bildung und Gesundheit, die Förderung von Frauen, regenerative Energien in Entwicklungsländern, nachhaltige Nutzung von Ressourcen oder den internationalen Klimaschutz, hat die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Wahlperiode öffentliche Ausschuss-Angehörungen beantragt und im Deutschen Bundestag zahlreiche Anträge gestellt. Zur nachhaltigen Entwicklung gehören starke Frauen. Dies fordert die SPD-Fraktion mit dem Antrag *Gleichberechtigung in Entwicklungsländern voranbringen*.

Die große Linie ist dabei durch die internationalen *Millenniums-Entwicklungsziele* der Vereinten Nationen vorgezeichnet. Das Ziel ist die Halbierung der weltweiten Armut bis zum Jahre 2015. Doch im Frühjahr 2011 hat Minister Niebel die deutsche Millenniumskampagne, die in Deutschland für die Erreichung der Ziele erfolgreich geworben hat, kurzfristig und ohne Angabe von Gründen eingestellt. Die SPD-Fraktion hat dazu einen Antrag *Deutsche UN-Millenniumskampagne erhalten*, eingebracht.

Zur UN-Konferenz im Herbst 2010 anlässlich 10 Jahre Millenniumserklärung hat die SPD-Fraktion die Initiative *Herausforderung Millenniums-Entwicklungsziele* dem Bundestag zur Beratung und Entscheidung vorgelegt. Im Entwicklungsausschuss hat sie dazu eine Anhörung *Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele* beantragt, die am 16. Juni 2010 mit nationalen und internationalen Sachverständigen unter breiter öffentlicher Teilnahme durchgeführt wurde. Die schwarz-gelbe Mehrheit hat den Antrag, über dessen Ziele es in vorhergehenden Wahlperioden weitgehend Konsens gab, abgelehnt. Das entspricht ihrem Haushaltsgebaren. Die SPD-Fraktion hat ihre Millenniumsinitiative in mehreren sehr gut besuchten Veranstaltungen vertreten.

Wir arbeiten an einem Konzept für einen Aktionsplan *Millenniumsentwicklungsziele 2015 plus*. Das Forum *Eine Welt* und die Zivilgesellschaft mit ihren Organisationen sind daran beteiligt. Die Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion wird in der zweiten Jahreshälfte 2011 einen ersten Entwurf dazu vorlegen.

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt es ab, dass der Anbau von Pflanzen zur Produktion von Biokraftstoffen auf Kosten der Nahrungssicherung geht. Es darf kein Konflikt mit den Zielen sicherer Ernährung, dem Erhalt der Biodiversität und der Tropenwälder sowie des Lebensraums der indigenen Völker entstehen. Deshalb soll das von allen Fraktionen im Deutschen Bundestag unterstützte *ITT-Projekt in Ecuador* endlich umgesetzt werden. Die ecuadorianische Regierung ist bereit, im Yasuni-Nationalpark auf die Förderung von Öl zu verzichten und damit den Tropenwald zu erhalten, wenn sie die Hälfte der daraus entstehenden Verluste von der internationalen Staatengemeinschaft über einen Fonds erstattet bekommt. Ecuador hat seine Verpflichtungen erfüllt. Minister Niebel aber hat als eine seiner ersten Amtshandlungen die Zusage zur Förderung dieses Modells und der Beteiligung am Weltbankfonds gebrochen und damit erneut Vertrauen in deutsche Entwicklungspolitik verspielt.

Im Welthandel dürfen weder das *Auslaufen der Agrarexportsubventionen* spätestens 2013, noch die Öffnung der Märkte für Produkte aus Entwicklungsregionen und das *Aid-for-Trade*-Hilfspaket in Frage gestellt werden, unabhängig vom Gesamtabschluss der WTO-Runde. *Verantwortungsvolle Kreditvergabe* und die Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts für Staaten bleiben notwendig. Die *Finanztransaktionssteuer*, aus der auch Entwicklungszusammenarbeit finanziert werden soll, bleibt parlamentarischer Ziel.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert auch in der Opposition: Entwicklungspolitik ist globale Strukturpolitik und elementarer Teil gegenwärtiger und zukünftiger Strategien für eine gerechte Globalisierung, gegen Hunger, Armut und Umweltzerstörung, Staatszerfall, Gewalt, bewaffnete Konflikte, Krieg und Terrorismus.

**Menschenrechte und humanitäre Hilfe**  
Menschenrechtspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Die parlamentarischen Initiativen der SPD-Fraktion im Menschenrechtsbereich spiegeln dies wider. Sie greifen menschenrechtliche und völkerrechtliche Fragen der internationalen Politik ebenso auf wie Fragen der deutschen und EU-Flüchtlingspolitik, der Frauen- und Kinderrechtspolitik sowie der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Unser Ziel ist eine menschenrechtlich kohärente Politik. Dieser Ansatz hebt sich deutlich von dem eindimensionalen Ansatz der Koalitionsfraktionen ab, die einen besonderen Schwerpunkt beim Thema *Christenverfolgung* sieht. Insbesondere CDU/CSU versuchen, dieses Thema

gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei zu instrumentalisieren. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dagegen unabhängig von der jeweiligen Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung weltweit für das Recht auf Glaubens- und Religionsfreiheit ein und hat dies in einem entsprechenden Antrag dargelegt.

Deutliche Unterschiede zwischen der SPD auf der einen und CDU/CSU und FDP auf der anderen Seite sind auch bei der Behandlung menschenrechtlicher Fragen der (Außen-) Wirtschaftspolitik zu konstatieren. Während wir uns für die menschenrechtliche Verantwortung von transnationalen Unternehmen einsetzen und klare Regelungen nicht nur für die Unternehmen selbst, sondern auch für deren Zulieferbetriebe fordern, lehnt die Koalition verbindliche Regelungen ab.

Mit Anträgen zum Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt über ein Individualbeschwerderecht, zum EU-Handelsabkommen mit Kolumbien und Peru sowie zur Revision der OECD-Leitlinien hat sich die Fraktion klar positioniert.

Ein Dissens zur Politik der schwarz-gelben Koalition besteht auch in der nationalen und EU-Flüchtlingspolitik. Das EU-Asylsystem muss grundlegend reformiert werden. Solange Mitgliedstaaten wie Deutschland nicht an einer gerechten Lastenverteilung interessiert sind, wird eine Lösung nicht einfach zu finden sein. Mit Anträgen zur UN-Kinderrechtskonvention, zum Rückübernahmeabkommen mit Syrien, zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern, zu Folteropfern oder zur Aufnahme iranischer Flüchtlinge hat die SPD-Fraktion ihre Position zu einer menschenrechtsorientierten und humanen Flüchtlingspolitik klar abgesteckt.

Länder- und auf das Völkerrecht bezogene menschenrechtliche Anträge der SPD-Fraktion befassen sich mit der Lage in Birma, der Bekämpfung der Todesstrafe, der Umsetzung der UN-Resolution 1325 *Frauen, Frieden, Sicherheit*, dem Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und dem UN-Menschenrechtsrat. Interfraktionelle Anträge wurden zu den Wahlen im Sudan, zur Lage in Iran und zum 60. Jahrestag der Europäischen Menschenrechtskonvention erstellt.

Im Juli 2011 führte die Fraktion ein hochrangiges Fachgespräch zum Thema *Menschenrechte und Unternehmensverantwortung* durch, bei dem über das Spannungsverhältnis von freiwilligen und verbindlichen Regelungen bei der Durchsetzung menschen- und arbeitsrechtlicher Standards diskutiert wurde.

## Veröffentlichungen der SPD-Bundestagsfraktion

### 2009

#### Broschüren

Unsere Handschrift  
Themenreihe  
Themenreihe

Unsere Handschrift  
Zur Sache

Themenreihe  
Allgemein  
Allgemein  
Themenreihe

Themenreihe  
Unsere Handschrift  
Allgemein  
Unsere Handschrift  
Familienkampagne

dokumente  
dokumente  
dokumente  
dokumente  
dokumente

dokumente  
dokumente  
dokumente  
dokumente

#### Thema

**Bilanz in 77 Stichworten  
Handeln für Stabilität und Beschäftigung  
Ansprachpartner für Sektoren- und Weltanschauungsfragen  
70 Argumente gegen Atomenergie  
Ihr gutes Recht - Für Verbraucherinnen und Verbraucher  
Arbeitnehmerlexikon  
Die geglückte Verfassung  
Kompendium kompakt  
Afghanistan 2009  
Handeln für Stabilität und Beschäftigung  
Die Zukunft unserer Städte  
Bilanz - 4 Jahre erfolgreiche Arbeit  
Bilanz der Bildungs- und Forschungspolitik  
Familienfibel A - Z**

**Aufstieg und Gerechtigkeit (01/09)  
Entwicklungspolitische Bilanz (02/09)  
Aufstehen für ein soziales Europa (03/09)  
Klimawandel und soziale Gerechtigkeit in Deutschland (04/09)  
Eckpunkte für eine kohärente Migrationspolitik in Deutschland und in Europa (05/09)  
Innovationsmotor Raumfahrt (06/09)  
Tag des Mittelstands (07/09)  
Wege zur solidarischen Bürgergesellschaft (08/09)  
Öffentlich Private Partnerschaften (09/09)  
Mit guten Beispielen voran: Bildung für**

dokumente

dokumente

dokumente

dokumente

dokumente

#### Zeitung

#### Thema

**nachhaltige Entwicklung (10/09)  
Erleichterungen für Genossenschaftsgründer – Neue Wege zu mehr Genossenschaften (11/09)  
Schutzschirm für Beschäftigung (12/09)  
Verbraucher stärken und schützen (13/09)  
Arbeitnehmerdatenschutzgesetz (14/09)  
Freiwillig – im Dienste der Gesellschaft (15/09)  
Kurz und gut – vom Behördendeutsch zur bürgernahen Sprache (16/09)  
Migrationspolitik weiter gedacht (17/09)**

**„Gute Arbeit“-ArbeitnehmerInnenzeitung  
4 Ausgaben 01-04/2009**

#### Faltblätter

Unsere Handschrift  
Unsere Handschrift  
Unsere Handschrift  
Unsere Handschrift  
Unsere Handschrift  
Unsere Handschrift  
Unsere Handschrift  
Unsere Handschrift  
Familienkampagne  
Familienkampagne  
Unsere Handschrift  
Unsere Handschrift  
Schwarz-Gelb

**Langzeitkonten  
Alter(n) hat Zukunft  
Entgegnung auf Behauptungen der Atomlobby  
Energetische Gebäudesanierung  
Gleiche Chancen für Frauen im Beruf  
Am Atomausstieg festhalten  
Gute Versorgung – gerecht und sozial  
Der Sport – unverzichtbar für unsere Gesellschaft  
Aufstieg durch Bildung  
Alles für'n Ar ... beitsplatz  
Gutes Studium für alle  
Die Zukunft unserer Städte  
Der kulturelle Aufbruch ist gelungen  
Schwarz-Gelb kürzt bei der Integrationspolitik**

### 2010

#### Broschüren

Unsere Handschrift  
Unsere Handschrift  
Themenreihe  
Schwarz-Gelb

dokumente

dokumente

dokumente

positionen

#### Thema

**70 Argumente gegen Atomenergie  
70 Argumente gegen Atomenergie  
60 Jahre Bundestagsfraktion  
Schwarz-Gelb im Fakten-Check**

**Perspektiven für den Breitbandausbau in Deutschland (01/10)  
Mitbestimmung und Beschäftigungspolitik: Erfolgsmodell, krisengeprüft (02/10)  
Reichtum und Finanzmarktcrise: Handlungsbedarf und politische Antworten (03/10)  
Die Spaltung bekämpfen: Wachstum, Arbeit, Teilhabe (01/10)**

#### Zeitung

#### Faltblätter

Unsere Handschrift  
Unsere Handschrift  
Schwarz-Gelb  
Schwarz-Gelb  
Unsere Handschrift  
Werkstatt Bundestag  
Unsere Handschrift

#### Thema

**„Gute Arbeit“-ArbeitnehmerInnenzeitung  
5 Ausgaben 01-05/2010**

**Schwarz-gelb riskiert unser solidarisches Gesundheitswesen  
Gute Bildung und Betreuung von Anfang an  
Mit Petitionen die Welt verändern  
Ein verlorenes Jahr für Deutschland  
Atomdeal gegen die Bürgerinnen und Bürger  
Gefährliche Spielkumpane  
Fortschritt neu denken  
Schluss mit Generation Praktikum**

## Gremien der Fraktion

## Geschäftsführender Fraktionsvorstand:

Stand: 01.01.2009 – 27.10.2009 (Ende 16. WP).

## Fraktionsvorsitzender:

Struck, Peter

## Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Poß, Joachim  
 Ferner, Elke  
 Schwall-Düren, Angelica  
 Humme, Christel  
 Kolbow, Walter  
 Hübner, Klaas  
 Stiegler, Ludwig  
 Kelber, Ulrich  
 Körper, Fritz Rudolf

## Parlamentarische GeschäftsführerInnen:

Oppermann, Thomas (1.PGF)  
 Ernstberger, Petra

Kumpf, Ute  
 Gleicke, Iris  
 Lange, Christian

## Erweiterter Fraktionsvorstand:

Stand: 01.01.2008 – Ende 16. WP.

Arnold, Rainer  
 Barnett, Doris  
 Beckmeyer, Uwe  
 Bollmann, Gerd Friedrich  
 Nahles, Andrea  
 Dörmann, Martin  
 Edathy, Sebastian  
 Freitag, Dagmar  
 Griese, Kerstin  
 Bartol, Sören  
 Marks, Caren  
 Merkel, Petra  
 Pronold, Florian  
 Reiche, Steffen  
 Reimann, Dr. Carola  
 Rossmann, Dr. Ernst Dieter

Runde, Ortwin  
 Scheelen, Bernd  
 Schulz, Swen  
 Spiller, Jörg-Otto  
 Stöckel, Rolf  
 Tauss, Jörg bis 06.03.2009\*  
 Volkmer, Dr. Marlies  
 Wend, Dr. Rainer bis 01.04.2009\*  
 Schaaf, Anton  
 Akgün, Lale  
 Stünker, Joachim  
 Wolff, Waltraud  
 Fograscher, Gabriele  
 Kofler, Bärbel

Anmerkung: Die beiden Sitze im erw. FV von Jörg Tauss und Rainer Wend wurden nach deren Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag nicht mehr nachbesetzt.

## ArbeitsgruppensprecherInnen:

Stand: 01.01.2009 – Ende 16. WP

- **Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**  
Lambrecht, Christine
- **Petitionen**  
Lösekrug-Möller, Gabriele
- **Außenpolitik**  
Weisskirchen, Gert
- **Inneres**  
Wiefelspütz, Dieter
- **Sport**  
Freitag, Dagmar
- **Recht**  
Stünker, Joachim
- **Finanzen**  
Krüger, Hans Ulrich

■ **Haushalt**

Schneider, Carsten

■ **Wirtschaft und Technologie**

Berg, Ute ab 27.01.09

■ **Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Wolff, Waltraud

■ **Arbeit und Soziales**

Nahles, Andrea

■ **Verteidigung / Sicherheitsfragen**

Arnold, Rainer

■ **Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Marks, Caren

■ **Gesundheit**

Reimann, Dr. Carola

■ **Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung**

Beckmeyer, Uwe

■ **Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Bülow, Marco

■ **Menschenrechte und humanitäre Hilfe**

Strässer, Christoph

■ **Bildung und Forschung**

Tauss, Jörg bis 16.03.2009

■ **Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Rossmann, Dr. Ernst-Dieter ab 17.03.2009

■ **Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Raabe, Sascha

■ **Tourismus**

Faße, Annette

■ **Angelegenheiten der Europäischen Union**

Schäfer, Axel

■ **Kultur und Medien**

Griefahn, Monika

■ **Verteidigungsausschuss**

VS: Merten, Ulrike

St. VS: -

■ **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

VS: Griese, Kerstin

St. VS: -

■ **Ausschuss für Gesundheit**

VS: -

St. VS: -

■ **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung**

VS: -

St. VS: -

■ **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

VS: Bierwirth, Petra

St. VS: -

## Vorsitzende / stellv. Ausschussvorsitzende:

Stand: 01.01.2009 – Ende 16. WP

■ **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**

VS: -

St. VS: Dressel, Carl-Christian

■ **Petitionsausschuss**

VS: -

St. VS: -

■ **Auswärtiger Ausschuss**

VS: -

St. VS: Klose, Hans-Ulrich

■ **Innenausschuss**

VS: Edathy, Sebastian

St. VS: -

■ **Sportausschuss**

VS: Danckert, Peter

St. VS: -

■ **Rechtsausschuss**

VS: -

St. VS: -

■ **Finanzausschuss**

VS: -

St. VS: , Gabriele

■ **Haushaltsausschuss**

VS: -

St. VS: -

■ **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

VS: Bulmahn, Edelgard

St. VS: -

■ **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

VS: -

St. VS: Zöllmer, Manfred

■ **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

VS: -

St. VS: Krüger-Leißner, Angelika

■ **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**

VS: Däubler-Gmelin, Herta

St. VS: -

■ **Ausschuss für Bildung und Forschung**

VS: Burchardt, Ulla

St. VS: -

■ **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

VS: -

St. VS: -

■ **Ausschuss für Tourismus**

VS: -

St. VS: Irber, Bruni

■ **Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union**

VS: -

St. VS: Bodewig, Kurt

■ **Ausschuss für Kultur und Medien**

VS: -

St. VS: Ehrmann, Siegmund

## Die SPD-Bundestagsabgeordneten

Stand: 01.01.2009 – Ende 16. WP

■ **A**

Akgün, Dr. Lale  
 Amann, Gregor  
 Andres Dr. h.c., Gerd  
 Annen, Niels  
 Arndt-Brauer, Ingrid  
 Arnold, Rainer

■ **B**

Bätzing-Lichtenthäler, Sabine  
 Bahr, Ernst  
 Barnett, Doris  
 Bartels, Dr. Hans-Peter  
 Barthel (Starnberg), Klaus  
 Bartol, Sören  
 Becker, Dirk  
 Beckmeyer, Uwe  
 Benneter, Klaus Uwe  
 Berg, Dr. Axel  
 Berg, Ute  
 Bierwirth, Petra  
 Binding (Heidelberg), Lothar  
 Blumentritt, Volker  
 Bodewig, Kurt  
 Bollen, Clemens  
 Bollmann, Gerd Friedrich  
 Botz, Dr. Gerhard  
 Brandner, Klaus  
 Brase, Willi  
 Brinkmann (Hildesheim), Bernhard  
 Bülow, Marco  
 Bürsch, Dr. Michael  
 Bulmahn, Edelgard  
 Burchardt, Ulla  
 Burkert, Martin

■ **C**

Carstensen, Christian  
 Caspers-Merk, Marion

■ **D**

Däubler-Gmelin, Prof. Dr. Herta  
 Danckert, Dr. Peter  
 Diller, Karl  
 Dörmann, Martin  
 Dressel, Dr. Carl-Christian  
 Drobinski-Weiß, Elvira  
 Duin, Garrelt  
 Dzembritzki, Detlef

■ **E**

Edathy, Sebastian  
 Ehrmann, Siegmund  
 Eichel, Hans  
 Erler, Dr. h.c. Gernot

Ernstberger, Petra  
 Evers-Meyer, Karin

■ **F**

Faße, Annette  
 Ferner, Elke  
 Fograscher, Gabriele  
 Fornahl, Rainer  
 Frechen, Gabriele  
 Freitag, Dagmar  
 Friedrich, Peter

■ **G**

Gabriel, Sigmar  
 Gerster, Martin  
 Gleicke, Iris  
 Gloser, Günter  
 Gradistanac, Renate  
 Graf (Rosenheim), Angelika  
 Grasedieck, Dieter  
 Griefahn, Monika  
 Griese, Kerstin  
 Groneberg, Gabriele  
 Großmann, Achim  
 Grotthaus, Wolfgang  
 Gunkel, Wolfgang

■ **H**

Hacker, Hans-Joachim  
 Hagedorn, Bettina  
 Hagemann, Klaus  
 Hartenbach, Alfred  
 Hartmann, Michael  
 Hauer, Nina  
 Heil (Peine), Hubertus  
 Hemker, Dr. Reinhold  
 Hempelmann, Rolf  
 Hendricks, Dr. Barbara  
 Herzog, Gustav  
 Heß, Petra  
 Hiller-Ohm, Gabriele  
 Hilsberg, Stephan  
 Hinz (Essen), Petra  
 Höfer, Gerd  
 Högl, Dr. Eva ab 12.01.2009  
*Nachrückerin für Staffelt, Ditmar*  
 Hoffmann (Wismar), Iris  
 Hofmann (Volkach), Frank  
 Hovermann, Eike  
 Hübner, Klaas  
 Humme, Christel

■ **I**

Ibrügger, Lothar  
 Irber, Brunhilde

■ **J**

Jung (Karlsruhe), Johannes

Juratovic, Josip

■ **K**

Kahrs, Johannes  
 Kasparick, Ulrich  
 Kastner, Dr. h.c. Susanne  
 Kelber, Ulrich  
 Kleiminger, Christian  
 Klose, Hans-Ulrich  
 Klug, Astrid  
 Körper, Fritz Rudolf  
 Kofler, Dr. Bärbel  
 Kolbow, Walter  
 Kortmann, Karin  
 Kramer, Rolf  
 Kramme, Anette  
 Kranz, Ernst  
 Kressl, Nicolette  
 Kröning, Volker  
 Krüger, Dr. Hans-Ulrich  
 Krüger-Leißner, Angelika  
 Kucharczyk, Jürgen  
 Kühn-Mengel, Helga  
 Küster, Dr. Uwe  
 Kumpf, Ute

■ **L**

Lambrecht, Christine  
 Lange (Backnang), Christian  
 Lauterbach, Prof. Dr. Dr. Karl  
 Lehn, Waltraud  
 Lösekrug-Möller, Gabriele  
 Lopez, Helga

■ **M**

Manzewski, Dirk  
 Mark, Lothar  
 Marks, Caren  
 Mast, Katja  
 Mattheis, Hilde  
 Meckel, Marko  
 Merkel, Petra  
 Merten, Ulrike  
 Miersch, Dr. Matthias  
 Mogg, Ursula  
 Mühlstein, Marko  
 Müller, Detlef  
 Müller (Düsseldorf), Michael  
 Müntefering, Franz  
 Mützenich, Dr. Rolf  
 Multhaupt, Gesine

■ **N**

Nahles, Andrea

■ **O**

Ober, Dr. med. Erika ab 25.05.2009  
*Nachrückerin für Schmidt, Dr. Frank*

- Oppermann, Thomas  
Ortel, Holger
- **P**  
Paula, Heinz  
Pflug, Johannes  
Poß, Joachim  
Pries, Christoph  
Priesmeier, Dr. med. vet. Wilhelm  
Pronold, Florian
- **R**  
Raabe, Dr. Sascha  
Rawert, Mechthild  
Reiche (Cottbus), Steffen  
Reichel, Maik  
Reichenbach, Gerold  
Reimann, Dr. Carola  
Riemann-Hanewinkel, Christel  
Riester, Walter  
Rix, Sönke  
Röspel, René  
Rossmann, Dr. Ernst Dieter  
Roth (Esslingen), Karin  
Roth (Heringen), Michael  
Runde, Ortwin  
Rupprecht, Marlene
- **S**  
Schaaf, Anton  
Schäfer, Axel  
Scheelen, Bernd  
Scheer, Dr. Hermann  
Schieder (Schwandorf), Marianne  
Schily, Otto
- Schmidt, Frank *bis 25.05.2009*  
*Nachrückerin: Ober, Erika*  
Schmidt (Nürnberg), Renate  
Schmidt (Eisleben), Silvia  
Schmidt (Aachen), Ulla  
Schmitt (Landau), Heinz  
Schneider (Erfurt), Carsten  
Scholz, Olaf  
Schreiner, Ottmar  
Schultz (Everswinkel), Reinhard  
Schulz (Spandau), Swen  
Schurer, Ewald  
Schwabe, Frank  
Schwall-Düren, Dr. Angelica  
Schwanholz, Dr. Martin  
Schwanitz, Rolf  
Schwarzelühr-Sutter, Rita  
Spanier, Wolfgang  
Spielmann, Dr. Margrit  
Spiller, Jörg-Otto  
Staffelt, Dr. Dittmar *bis 12.01.2009*  
*Nachrückerin: Högl, Eva*  
Steinecke, Dieter  
Steppuhn, Andreas  
Stiegler, Ludwig  
Stöckel, Rolf  
Strässer, Christoph  
Struck, Dr. Peter  
Stünker, Joachim
- **T**  
Tabillion, Dr. Rainer  
Tauss, Jörg *ab 20.06.2009 fraktionslos*

- Teuchner, Jella  
Thierse, Dr. h.c. Wolfgang  
Thießen, Jörn  
Thönnies, Franz
- **V**  
Veit, Rüdiger  
Violka, Simone  
Vogelsänger, Jörg  
Volkmer, Dr. Marlies
- **W**  
Wegener, Hedi  
Weigel, Andreas  
Weis, Petra  
Weißgerber, Gunter  
Weisskirchen (Wiesloch), Prof. Gert  
Wend, Dr. Rainer *bis 01.04.2009*  
*Nachrückerin: Wester, Hildegard*  
Wester, Hildegard *ab 01.04.2009*  
*Nachrückerin für Wend, Rainer*  
Westrich, Lydia  
Wetzel, Dr. Margrit  
Wicklein, Andrea  
Wieczorek-Zeul, Heidemarie  
Wiefelspütz, Dr. Dieter  
Wistuba, Engelbert  
Wodarg, Dr. Wolfgang  
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud  
Wright, Heidi
- **Z**  
Zapf, Uta  
Zöllmer, Manfred  
Zypries, Brigitte

**Geschäftsführender Fraktionsvorstand:**  
*Stand: Beginn 17. WP (27.10.2009) – 31.12.2010*  
**Fraktionsvorsitzender:**  
Steinmeier Frank, Walter

**Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:**  
Erlar, Gernot  
Ferner, Elke  
Heil, Hubertus  
Kelber, Ulrich  
Poß, Joachim  
Pronold, Florian  
Scholz, Olaf  
Schwall-Düren, Angelika *bis 14.07.2010*  
*Dafür: Schäfer, Axel ab 28.09.2010*  
Ziegler, Dagmar

**Parlamentarische GeschäftsführerInnen:**  
Oppermann, Thomas (1. PGF)

**ArbeitsgruppensprecherInnen:**  
*Stand: Beginn 17. WP – 31.12.2010*  
■ **Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**  
Hartmann, Michael  
■ **Petitionen**  
Hagemann, Klaus

Ernstberger, Petra  
Kumpf, Ute *bis 01.06.2010\**  
Gleicke, Iris  
Lange, Christian

**Erweiterter Fraktionsvorstand:**  
*Stand: 17. WP – 31.12.2010*  
Arndt-Brauer, Ingrid  
Arnold, Rainer  
Barnett, Doris  
Bartol, Sören  
Bätzing, Sabine  
Bollmann, Gerd Friedrich  
Brandner, Klaus  
Dörmann, Martin  
Edathy, Sebastian  
Hagedorn, Bettina  
Humme, Christel  
Kofler, Bärbel

Kramme, Anette  
Kressl, Nicolette  
Lambrecht, Christine  
Lösekrug-Möller, Gabriele  
Marks, Caren  
Merkel, Petra  
Raabe, Dr. Sascha  
Reimann, Dr. Carola  
Rossmann, Dr. Ernst Dieter  
Schaaf, Anton  
Scheelen, Bernd  
Schulz, Swen  
Wolff, Waltraud

*Anmerkung: \*Die Zahl der PGF wurde nach Ausscheiden von Ute Kumpf auf 3 begrenzt*

■ **Recht**  
Lambrecht, Christine  
■ **Finanzen**  
Kressl, Nicolette  
■ **Haushalt**  
Schneider, Carsten

- **Wirtschaft und Technologie**  
Duin, Garrelt  
■ **Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**  
Priesmeier, Wilhelm  
■ **Arbeit und Soziales**  
Kramme, Anette  
■ **Verteidigung / Sicherheitsfragen**  
Arnold, Rainer  
■ **Familie, Senioren, Frauen und Jugend**  
Marks, Caren

- **Gesundheit**  
Lauterbach, Prof. Dr. Dr. Karl W.  
■ **Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung**  
Beckmeyer, Uwe  
■ **Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**  
Miersch, Matthias  
■ **Menschenrechte und humanitäre Hilfe**  
Strässer, Christoph  
■ **Bildung und Forschung**  
Rossmann, Ernst-Dieter

- **Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**  
Raabe, Dr. Sascha  
■ **Tourismus**  
Hacker, Hans-Joachim  
■ **Angelegenheiten der Europäischen Union**  
Schäfer, Axel *bis 28.09.2010*  
*ab 09.11.2010 Roth, Michael*  
■ **Kultur und Medien**  
Ehrmann, Siegmund

- Vorsitzende / stellv. Ausschussvorsitzende:**  
*Stand: Beginn 17. WP – 31.12.2010*  
■ **Sportausschuss**  
VS: Freitag, Dagmar  
St. VS: -  
■ **Haushaltsausschuss**  
VS: Merkel, Petra  
St. VS: -  
■ **Verteidigungsausschuss**  
VS: Kastner, Susanne  
St. VS: -

- **Ausschuss für Gesundheit**  
VS: Reimann, Dr. Carola  
St. VS: -  
■ **Ausschuss für Bildung und Forschung**  
VS: Burchardt, Ulla  
St. VS: -  
■ **Auswärtiger Ausschuss**  
VS: -  
St. VS: Klose, Hans-Ulrich  
■ **Innenausschuss**  
VS: -  
St. VS: Hofmann, Frank

- **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**  
VS: -  
St. VS: Dörmann, Martin  
■ **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**  
VS: -  
St. VS: Humme, Christel  
■ **Ausschuss für Kultur und Medien**  
VS: -  
St. VS: Krüger-Leißner, Angelika

**Die SPD-Bundestagsabgeordneten**  
*Stand: Anfang 17. WP – 31.12.2010*

- **A**  
Arndt-Brauer, Ingrid  
Arnold, Rainer  
■ **B**  
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine  
Barchmann, Heinz-Joachim  
Barnett, Doris  
Bartels, Dr. Hans-Peter  
Barthel (Starnberg), Klaus  
Bartol, Sören  
Bas, Bärbel  
Becker, Dirk  
Beckmeyer, Uwe  
Binding (Heidelberg), Lothar  
Bollmann, Gerd Friedrich  
Brandner, Klaus  
Brase, Willi  
Brinkmann (Hildesheim), Bernhard  
Bülow, Marco  
Bulmahn, Edelgard  
Burchardt, Ulla  
Burkert, Martin  
■ **C**  
Crone, Petra  
■ **D**  
Danckert, Dr. Peter  
Dörmann, Martin  
Drobinski-Weiß, Elvira  
Duin, Garrelt  
■ **E**  
Edathy, Sebastian  
Ehrmann, Siegmund  
Erlar, Dr. h.c. Gernot

- Ernstberger, Petra  
Evers-Meyer, Karin  
■ **F**  
Ferner, Elke  
Fograscher, Gabriele  
Franke, Dr. Edgar  
Freitag, Dagmar  
Friedrich, Peter  
■ **G**  
Gabriel, Sigmar  
Gerdes, Michael  
Gerster, Martin  
Gleicke, Iris  
Gloser, Günter  
Gottschalck, Ulrike  
Graf (Rosenheim), Angelika  
Griese, Kerstin *ab 23.07.2010*  
*Nachrückerin für Schwall-Düren, Dr. Angelica*  
Groschek, Michael  
Groß, Michael  
Gunkel, Wolfgang  
■ **H**  
Hacker, Hans-Joachim  
Hagedorn, Bettina  
Hagemann, Klaus  
Hartmann, Michael  
Heil (Peine), Hubertus  
Hempelmann, Rolf  
Hendricks, Dr. Barbara  
Herzog, Gustav  
Hiller-Ohm, Gabriele  
Hinz (Essen), Petra  
Högl, Dr. Eva  
Hofmann (Volkach), Frank  
Humme, Christel

- **J**  
Juratovic, Josip  
■ **K**  
Kaczmarek, Oliver  
Kahrs, Johannes  
Kastner, Dr. h.c. Susanne  
Kelber, Ulrich  
Klingbeil, Lars  
Klose, Hans-Ulrich  
Körper, Fritz Rudolf  
Kofler, Dr. Bärbel  
Kolbe (Leipzig), Daniela  
Kramme, Anette  
Kressl, Nicolette  
Krüger-Leißner, Angelika  
Kumpf, Ute  
■ **L**  
Lambrecht, Christine  
Lange (Backnang), Christian  
Lauterbach, Prof. Dr. Dr. Karl  
Lemme, Steffen-Claudio  
Lischka, Burkhard  
Lösekrug-Möller, Gabriele  
Lühmann, Kirsten  
■ **M**  
Marks, Caren  
Mast, Katja  
Mattheis, Hilde  
Merkel, Petra  
Meißner, Ullrich  
Miersch, Dr. Matthias  
Müntefering, Franz  
Mützenich, Dr. Rolf  
■ **N**  
Nahles, Andrea



Nietan, Dietmar  
Nink, Manfred  
■ Ö  
Özoğuz, Aydan  
■ O  
Oppermann, Thomas  
Ortel, Holger  
■ P  
Paula, Heinz  
Pflug, Johannes  
Poß, Joachim  
Priesmeier, Dr. med. vet. Wilhelm  
Pronold, Florian  
■ R  
Raabe, Dr. Sascha  
Rawert, Mechthild  
Reichenbach, Gerold  
Reimann, Dr. Carola  
Rix, Sönke  
Röspel, René  
Rossmann, Dr. Ernst Dieter  
Roth (Esslingen), Karin  
Roth (Heringen), Michael

Rupprecht, Marlene  
■ S  
Schaaf, Anton  
Schäfer, Axel  
Scheelen, Bernd  
Scheer, Dr. Hermann *verst. am 14.10.2010*  
Schieder (Schwandorf), Marianne  
Schieder (Weiden), Werner  
Schmidt (Eisleben), Silvia  
Schmidt (Aachen), Ulla  
Schneider (Erfurt), Carsten  
Scholz, Olaf  
Schreiner, Ottmar  
Schulz (Spandau), Swen  
Schurer, Ewald  
Schwabe, Frank  
Schwall-Düren, Dr. Angelica *bis 14.07.2010*  
*Nachrückerin für Scheer, Hermann*  
Schwanholz, Dr. Martin  
Schwanitz, Rolf  
Schwartz, Stefan  
Schwarzlühr-Sutter, Rita *ab 28.10.2010*  
Sieling, Dr. Carsten

Steffen, Sonja  
Steinbrück, Peer  
Steinmeier, Dr. Frank-Walter  
Strässer, Christoph  
■ T  
Tack, Kerstin  
Thierse, Dr. h.c. Wolfgang  
Thönnies, Franz  
Tiefensee, Wolfgang  
■ V  
Veit, Rüdiger  
Vogt, Ute  
Volkmer, Dr. Marlies  
■ W  
Wicklein, Andrea  
Wieczorek-Zeul, Heidemarie  
Wiefelspütz, Dr. Dieter  
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud  
■ Z  
Zapf, Uta  
Ziegler, Dagmar  
Zöllmer, Manfred  
Zypries, Brigitte

### Veranstaltungen der SPD-Bundestagsfraktion 2009

19.01. Neujahrsempfang	06.05. Mit guten Beispielen voran!	19.06. für Behinderte Menschen
28.01. 1. Kommunalpolitische Konferenz	Bildung und Ausbildung für nach-	Blaulichtkonferenz – Teil 1
06.03. Patientenrechtegesetz	haltige Entwicklung	für Feuerwehren und THW
23.03. kurz und gut – vom Behördendeutsch	07.05. Tag des Mittelstandes	24.06. 2. Kommunalpolitische Konferenz
zur bürgernahen Sprache	11.05. Migrationspolitik weiter gedacht	29.06. 10 Jahre Bund-Länder-Programm
25.03. Erleichterungen für Genossenschafts-	13.05. UN-Konvention über die Rechte	„Soziale Stadt“
gründer – Neue Wege zu mehr	der Menschen mit Behinderung	30.06. Hoffest
Genossenschaften	22.05. Vorabend Bundesversammlung	02.07. Gute Arbeit in der Schienenbranche
26.03. Verbraucherpolitische Konferenz	25.05. Europäische Industriepolitik	06.07. Blaulichtkonferenz – Teil 2
27.03. Ladies Day	27.05. Arbeitnehmerdatenschutzgesetz	für die „weißen“ Hilfsorganisationen
22.04. Betriebsrätekonferenz	29.05. Schwerbehindertenvertreterkonferenz	27.08. 60 Jahre SPD-Bundestagsfraktion
22.–24.04. Jugendpressetage	17.06. Konferenz der Beiräte der Werkstätten	13.–15.11. SPD-Bundesparteitag

Darüber hinaus fanden im Jahr 2009 insgesamt 282 Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen in allen Bundesländern statt.

### Veranstaltungen der SPD-Bundestagsfraktion 2010

14.01. Neujahrsempfang	19.05. Ein nationales Klimaschutzgesetz	07.10. Mittelstandspolitisches Frühstück
25.02. 10 Jahre EEG	07.06. Werkstattgespräch „Chancen einer	25.10. Mit Petition zu ePartizipation
15.03. Kommunalpolitische Konferenz	modernen Dienstleistungspolitik“	Werkstattgespräch „Fachkräfte
17.03. 20. Jahrestag der ersten freien	11.06. Ladies Day	dringend gesucht“
Volkskammerwahlen	16.06. Betriebs- und Personalrätekonferenz	27.10. Fraktion kontrovers „Zukunft
18.03. Mittelstandspolitisches Frühstück	28.06. Reichtum und Finanzmarktkrise	des Finanzkapitalismus“
24.03. Mobilität der Zukunft – Leitmarkt	29.06. Vorabend Bundesversammlung	08.11. Ländliche Räume entwickeln –
Elektromobilität	01.07. Mittelstandspolitisches Frühstück	Moderne europäische Agrarpolitik
26.03. Equal Pay Day	05.07. Fraktion kontrovers „Schulden,	
21.–23.04. Jugendpressetage	Steuern, Gerechtigkeit“	10.11. Konferenz der Beiräte der Werkstätten
03.05. Bologna reloaded – Die Zukunft	12.09. Tag der Ein- und Ausblicke	für Behinderte Menschen
guter Lehre	15.09. Leitmarkt „Energiedienstleistungs-	Tag des Mittelstandes
06.05. Leitmarkt Gesundheitswirtschaft	gesellschaft“	22.11. Gesellschaftliche Teilhabe
17.05. Werkstattgespräch „Exportorientie-	23.09. Engagementförderung zwischen	durch sozialräumliche Planung
rung der deutschen Wirtschaft“	Anerkennung und Missbrauch	und Ausbau von Infrastrukturen

Darüber hinaus fanden im Jahr 2010 insgesamt 136 Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen in allen Bundesländern statt.

## Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament